

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1897 unter Nr. 7497.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolon-
 nellen ober deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 30 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr
 vormittags geöffnet.

Korrespondent: Kant 1, Nr. 1508.
Telegraphen-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2.

Sonntag, den 6. Februar 1897.

Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

Das Frauenstimmrecht in England.

In dem englischen Parlament hat vorigen Mittwoch ein Antrag auf Verleihung des Stimmrechts an die Frauen die zweite Lesung passirt. Das ist ein Ereignis, welches nicht ohne die verdiente Würdigung bleiben darf, weil es immerhin eine Etappe auf der Bahn des sozialpolitischen Fortschritts bedeutet.

Die Frage des Frauenstimmrechts ist in England schon seit anderthalb Menschenaltern auf der Tagesordnung. Es handelte sich aber zunächst um das Stimmrecht für Gemeindevertretungen; und solchen Frauen, die Grundeigentum selbständig besitzen, ist das Gemeinde-Stimmrecht in England auch thatsächlich erteilt worden. Die Frage des Frauenstimmrechts für die Unterhauswahlen kam erst später in Fluss.

Bemerkenswerth ist es und auch bezeichnend, daß die Frage nicht zuerst von radikaler Seite angeregt wurde. Die Charakteristiken fordern ausdrücklich das allgemeine Stimmrecht der Männer — das Manhood Suffrage —; und bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß bis in die neueste Zeit überhaupt unter „allgemeinem Stimmrecht“ (suffrage universel) von den demokratischen Parteien ein bloß die männliche Hälfte der Bevölkerung umfassendes Stimmrecht verstanden worden ist. Erst die Sozialdemokratie war es, welche das allgemeine Stimmrecht als wirklich allgemeines Stimmrecht aufgefassen und die Forderung aufgestellt hat, daß das Stimmrecht, gleich allen anderen politischen Rechten, den Frauen ebensoviel gehört wie den Männern.

Die Bewegung für die politische Gleichberechtigung der Frauen, namentlich für Verleihung des Stimmrechts an die Frauen, geht in England und in Frankreich — den beiden Ländern, wo diese Bewegung die tiefsten Wurzeln geschlagen hat — von bürgerlichen Kreisen aus, zum Theil von großbürgerlichen und selbst aristokratischen Kreisen. In England besonders haben die Damen der Aristokratie allezeit in der Politik eine hervorragende Rolle gespielt, und da erscheint es nur natürlich, daß in diesen Damen der Wunsch entstehen mußte, direkt den politischen Einfluß auszuüben, den sie bisher nur indirekt ausüben konnten. Es versteht sich indes von selbst, daß diese Damen der Aristokratie, gleich den Frauen des Bürgerthums, mit seltenen Ausnahmen, nicht auf den Gedanken kommen konnten, die Gleichberechtigung aller Frauen zu fordern.

Auch die Bill, welche das Unterhaus am vorigen Mittwoch in zweiter Lesung annahm, geht keineswegs von dem Gesichtspunkt der Gleichberechtigung aller Menschen aus. Sie verlangt bloß, daß die bestehenden Bestimmungen des englischen Wahlrechts auf die Frauen ausgedehnt werden sollen. Nun hat aber England bekanntermaßen nicht das allgemeine Stimmrecht; das Wahlrecht hängt dort an verschiedenen Bedingungen, die zum großen Theil mit dem Eigentum, Pacht und Miethsverhältnis zu thun haben und so formulirt sind, daß sie zwar die größere Hälfte der männlichen Bevölkerung einschließen, die große Mehrheit der Frauen jedoch nicht berühren, weil das Eigentum, die Pacht, die Miethse u. s. w. in der ungeschworenen Mehrzahl der Fälle von dem Mann besessen und bezahlt wird, und nicht von der Frau. Immerhin ist die Zahl der Frauen, denen durch die dem Parlament vorliegende Bill das Wahlrecht verliehen würde, eine ziemlich beträchtliche; sie wird von den Urhebern der Bill auf eine halbe Million veranschlagt. Das ist freilich nicht ein Zehntel der Frauen, die bei wirklichem allgemeinem Wahlrecht für das Unterhaus zu wählen hätten. Allein ist einmal das Prinzip des Frauenstimmrechts für das Unterhaus anerkannt, so wird dieses Prinzip auch sehr bald zu ausgedehnterer Anwendung gelangen, und das allgemeine Stimmrecht, welches sich in England nicht mehr lang wird zurückhalten lassen, kann dann unmöglich auf die Männer beschränkt werden.

Die Bill gelangt jetzt vor das Komitee — in England ist das parlamentarische Verfahren verschieden von dem bei uns üblichen — und die Aussichten auf Annahme sind durchaus nicht hoffnungslos. Sie sind es umso weniger, als unter den Konservativen, und zwar infolge der Propaganda Disraeli's, der ein tapferer Verfechter der Frauenrechte war, eine sehr starke Strömung für das Frauen-Stimmrecht vorhanden ist.

Was immer das Schicksal der Bill sein möge — die Frage des Frauenstimmrechts für das Parlament wird in England nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden; und in die englischen Arbeiter sehen wir das Vertrauen, daß sie an stelle des bürgerlichen Stimmrechts für Frauen der besitzenden Klasse, und an stelle des jetzigen buntschekigen und unvollständigen Wahlrechts für Männer das allgemeine Wahlrecht erkämpfen werden, das gleichmäßig für Männer und Frauen gilt.

Politische Uebersicht.

Berlin, 5. Februar 1897.

Aus dem Reichstage. Die heutige Sitzung verdiente die Ueberschrift: „Duell zwischen dem Grafen Limburg-Sturum und Freiherrn v. Marschall“. Zwar hat keiner der Herren die Debatte eingeleitet, trotzdem aber bildeten ihre Ausführungen den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen. Damit soll freilich

nicht gesagt sein, daß die rednerischen Leistungen der beiden Herren etwa gleichwerthig waren. Im Gegentheil. So fein zugespitzt und haarscharf geschliffen die Pfeile des Herrn v. Marschall waren, so platt und abgenutzt waren die Redensarten, deren sich der weiland Gesandte am großherzoglich weimarischen Hofe bediente. Beachtung verdienen des letzteren Ausführungen nur insofern, als dieselben, nach der Versicherung des Redners, die ausdrückliche Billigung der konservativen Fraktion gefunden haben, daraus also auf das Verhältnis dieser Herren zum Staatssekretär des auswärtigen Amtes geschlossen werden kann. Daß dieses Verhältnis ein bitterböses ist, das ist heute wohl auch für einen Blinden klar geworden.

Die Feststellung dieser Thatsache, wenn sie nach allem, was bereits vorausgegangen ist, noch einer Feststellung bedurfte, ist auch das einzige positive Ergebnis der heutigen Debatte. Denn alle übrigen Fragen, welche sich an den Fall Ledert-Lühow-Tausch anschließen und ihrer Lösung harren, so vor allem die Frage, ob Herr v. Tausch Hintermänner hatte, und wenn ja, wo sie stecken, sind heute noch genau so unbeantwortet, als sie es bisher waren.

Es sind schon früher in dieser Beziehung Namen genannt worden und unser Genosse Bebel, der außerdem in energischer Weise gegen das Institut der politischen Polizei vorging und deren Treiben brandmarkte, nannte auch heute die bekannten Namen, erzielte aber damit nur, daß v. Marschall für die Herren v. Waldersee und v. Eulenburg die Erklärung abgab, daß keine Spur auf diese Männer weise und Graf Bismarck lehnte sich für sich und seine Familie jede Beziehung zu Tausch und Konforten ab. In wessen Dienst also dieser geriebene Polizeilump Jahre lang gearbeitet und über die reichlichen Geldmittel der politischen Polizei verfügt hat, bleibt nach wie vor ein Geheimnis.

Eine recht interessante Episode aus der Rede des Herrn v. Marschall war die Mittheilung, daß die Regierung wüßte, daß wenn sie gegen v. Tausch und Genossen nicht vorgegangen wäre, von sozialdemokratischer Seite Enthüllungen in Vorbereitung waren, welche geeignet gewesen wären, die Autorität des Staates und der Regierung in schwerster Weise zu schädigen. Wir gestehen, daß diese Mittheilungen uns sehr überraschend kommen. Es mag ja sein, daß man in sozialdemokratischen Kreisen manches weiß, was man da nicht wissen sollte; daß in unseren Reihen aber ein Roup gegen v. Tausch und Konforten in Vorbereitung war, davon erfahren wir erst jetzt etwas aus dem Munde des Herrn v. Marschall. Es scheint, daß die „gereinigte“ politische Polizei in Bezug auf die Richtigkeit ihrer Feststellungen noch genau ebenso unzuverlässig ist, wie sie es gewesen ist, als Tausch und Konforten noch im Amte waren. Der morgige Tag bringt Fortsetzung der heutigen Debatte, an die sich dann eine Erörterung über die neueren Maßnahmen gegen die Polen sowie eine Unterhaltung über den Werth der Handelsverträge anschließen wird. In letzterem Punkte ist zu bemerken, daß heute Herr v. Marschall sich in sehr energischer Weise für die Politik der Verträge aussprach, was wohl als ein Aviso aus der Reichskanzlei nach dem preussischen Ministerium hinüber zu betrachten ist.

Wie die „kleinen Mittel“ arbeiten. Bekanntlich war es der gegenwärtige Landwirtschaftsminister, der das Wort von den „kleinen Mitteln“ erlangt, die angewandt werden müßten, der Landwirtschaft zu helfen, so lange die großen Mittel nicht zu haben seien. Anfangs verhielten sich unsere „Nothleidenden“ sehr skeptisch zu diesem Programm, auf die Dauer scheinen sie aber doch recht gut dabei zu fahren. Zu den „kleinen Mitteln“ gehört auch das Absperren der Grenzen gegen die Vieheinfuhr. Selbstverständlich geschieht dieses in allen Fällen und ausnahmslos nur „der vom Auslande drohenden Seuchengefahr“ wegen. Thatsache aber ist, daß diese Abspernungen sich dem Amtsantritt des gegenwärtigen Landwirtschaftsministers v. Hammerstein-Vorzen im Anfang des Jahres 1895 mit aller Energie eingesetzt haben und daß zur Zeit fast sämtliche Grenzen des Deutschen Reiches gegen die Vieheinfuhr gesperrt sind. In den norddeutschen Ostseehäfen besteht für auf dem Seewege eingeführtes Vieh vierwöchige Quarantäne; aus Amerika darf „zum Schutze gegen das Texasfieber“ kein Rindvieh und frisches Rindfleisch eingeführt werden; Holland, Belgien, Frankreich, Rußland sind für Rindvieh und Schweine, Dänemark und Belgien auch für Milch, Dänemark und Rußland auch für Schweinefleisch gesperrt; Oesterreich ist für Schafe und Schweine gesperrt, die Einfuhr von Rindvieh fast unmöglich gemacht. Und Thatsache ist ferner, daß unter dem Druck dieser Maßregeln die Vieheinfuhr im Laufe weniger Jahre ganz unglücklich zurückgegangen ist. Nach dem soeben erschienenen Jahresnachweis für den auswärtigen Handel im Jahre 1896 wurden eingeführt

	1894	1895	1896
Rühe	153 310	113 712	82 882
Ochsen	82 228	62 405	51 553
Jungvieh	106 408	88 044	65 876
Kälber	23 634	15 065	9 660
Schweine	710 128	345 495	108 091

Damit sollten doch unsere einheimischen, vaterländischen Vieh züchtenden Agrarier zufrieden sein. Denn da man keinen Grund hat anzunehmen, daß im Laufe der letzten beiden Jahre bei der günstigen Geschäftskonjunktur der Fleischkonsum im Deutschen Reich zurückgegangen ist, so muß das, was weniger eingeführt worden ist, den deutschen Agrariern voll zu nütze gekommen sein. Dies geht auch aus der verstärkten Einfuhr von Futtermitteln hervor. Die Einfuhr von Hafer ist gegen das Vorjahr von 2 887 240 auf 4 950 541 Doppelzentner, Mais von 3 298 275 auf 8 213 509 gestiegen; ebenso ist die Einfuhr von Stroh, Kartoffeln, Futtergewächsen, Erbsen und Wicken gestiegen.

Der Werth der Vieheinfuhr ist in zwei Jahren um 120 Millionen Mark zurückgegangen, mindestens ebensoviel also den nothleidenden deutschen Agrariern mehr zugeslossen. Unter solchen Umständen lohnt es sich schon, Mitglied einer kleinen, aber einflussreichen Partei zu sein. — Daß das deutsche Volk, insbesondere die deutschen Proletarier die Kosten für das infolge der fehlenden ausländischen Konkurrenz theurer gewordene Fleisch bezahlen müssen, ist bei der im Deutschen Reich üblichen Politik zu selbstverständlich, um sich besonders darüber aufzuregen.

Das Problem, unsere Agrarier zufrieden zu machen, ist freilich unlösbar, dies beweisen ja die ununterbrochenen Fleischvertheuerungs-Anträge unserer Agrarier. Morgen wird ja wieder das preussische Abgeordnetenhaus die Verhandlungen über den Antrag Ring und Genossen, betreffend die Abwehr von Viehschaden fortsetzen. —

Freiherr von Manteuffel hat den Vorsitz in der konservativen Parteileitung niedergelegt. Er begründete diesen Schritt mit den vielen Geschäften, die er als Landesdirektor von Brandenburg zu erledigen habe. Die Angabe ließe sich hören, wenn Herr v. Manteuffel früher nicht noch mehr Klemmer in seiner Hand vereinigt hätte, und wenn man sich nicht der letzten konservativen Delegirtenversammlung erinnerte. Kurz nach ihr zog die „Konserv.“ Korrespondenz gegen die Blöße gar nicht übel vom Leder, und es hatte den Anschein, als wollten die in Amt und Würden sitzenden Konservativen die ärgsten Schrei-Agrarier von sich schütteln. Verstärkt wurde diese Vermuthung durch die Stellung, die der Oberste der Konservativen, eben dieser Freiherr von Manteuffel, gegen den Bundesrath internationalen Landwirtschafts-Kongress genommen hatte. Er war eingeladen worden, hatte aber dankend abgelehnt. Das mußte die Blöße verschärfen. Und als nun gar die „Kons. Kor.“ ihre ganze Lebenswürdigkeit zum Besten gab, da mußten sie, wie viel es geschlagen. Seit dieser Zeit tobte hinter den Kulissen der Kampf um die Macht. Wer den Sieg erringen wird, ob die Agrarier, ob die Hof-Konservativen, ist zur Stunde noch nicht ausgemacht. Vorderhand scheint auf beiden Seiten noch das Bedürfnis vorzuliegen, den Widerstreit der Interessen nicht allzu grell hervortreten zu lassen. Aber ein Sündenbudd muß geschlichtet werden. Und das war der Herr v. Manteuffel. Daß der Streit noch nicht entschieden ist, geht schon aus der Wahl des Nachfolgers hervor. Der Vorsitz in der Parteileitung wurde dem ehemaligen Reichstags-Präsidenten v. Leseow übertragen. Der Mann steht beiden Richtungen der Partei gleich nahe, besitzt ein konstantes Wesen, ist schon Erzelung und braucht nicht mehr zu „kriechen“. Er ist heute der Rothnagel. Verschieden ist, daun hat sich der Charakter der konservativen Partei abermals geändert. Nach v. Helldorf Herr v. Manteuffel, nach diesem v. Leseow, nach Leseow? — Wir hätten gern nichts dagegen, wenn wir Herrn von Blöße bald — gratuliren könnten. —

Eine komische Entdeckung hat die „Post. Ztg.“ gemacht. Das Blatt meint nämlich, daß der „Vorwärts“ nach Kräften die Einigung des liberalen Bürgerthums zu hinterreiben sucht. Die Tante scheint der Meinung zu sein, daß wir recht viel überflüssige Zeit haben, denn anders verstehen wir nicht, wie uns das Blatt Reizung zu solch zweckloser Arbeit unterstellen kann. Die paar Mal, wo wir es überhaupt der Mühe werth gefunden haben, von dem liberalen Einigungsgelute Notiz zu nehmen, haben wir zwar auf die Bedeutungslosigkeit dieser ganzen Sache hingewiesen, daß wir aber irgendwie Anstregungen gemacht haben sollten, den Herren Pachtwinde und Ricker die Kreise zu föhren, wer das behauptet, der muß eine sehr starke Phantasie haben. Ob einig oder getrennt, wird der „wirkliche Liberalismus“ bei den nächsten Reichstagswahlen schlechte Geschäfte machen, ja er würde aus den Reihen der parlamentarischen Parteien überhaupt verschwinden, wenn nicht voraussichtlich die Arbeiter wieder in einer Reihe von Kreisen in die Lage kommen würden, zwischen zwei Uebeln wählen zu müssen. Da nun in einer solchen Situation die Liberalen für die Arbeiter zwar nicht die besseren aber doch die ungefährlicheren Gegner sein werden, so wird voraussichtlich, wie es ja auch bei den letzten Wahlen der Fall war, wieder ein Zahl Liberaler in den Reichstag kommen, die aus eigener Kraft zu wählen die Partei niemals im Stande wäre.

Die Tante Post mag also ganz ruhig sein; Angst vor den Liberalen kennt man in unseren Reihen nicht. Im Gegentheil, als Postenhalter, bis so lange wo wir nachrücken, sind die Herren uns unter Umständen sogar sehr bequem, denn fehlt es ihnen auch nicht an dem bösen Willen, so doch an dem Vermögen uns zu schädigen. —

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse. Gestern verhandelte die Strafkammer in Konstantz gegen den Handlungsgesellen Alfred Kaiser von hier wegen Majestätsbeleidigung. Der Denunziant Haller, Reporter der nationalliberalen „Konst. Ztg.“, gab die Möglichkeit zu, sich verhört zu haben. Die Begleiter Kaiser's hatten die Aeußerung auch nicht gehört. Der Staatsanwalt stellte keinen Strafaufrag und der Gerichtshof sprach den Angeklagten frei.

Deutsches Reich.

— Den Zeugniszwang in Disziplinarsachen muß heute die „Nordd. Allg. Ztg.“ verteidigen. Es muß schlecht um die Sache stehen, wenn selbst schon norddeutsche allgemeine Gründe für sie ins Feld geführt werden müssen. —

— Das Landgericht in Essen hat in Sachen Schröder und Genossen (Essener Meineltsprozess) den Wiederaufnahme-Antrag zugelassen und eine erweiterte Beweiserhebung angeordnet. —

— Bismarck's parlamentarische Thätigkeit. Dem Bureau des Herrenhauses ist folgendes Schreiben des Herrn von Friedrichsruh zugegangen:

„Dem Bureau des Herrenhauses theile ich ergebend mit, daß ich dem von der wirtschaftlichen Vereinigung des hohen Hauses angenommenen Antrag des Herrn Grafen v. Frankenberg (beiz. Margarine) beitrete.“

Mit dem Fernsprecher hätte sich die Geschichte noch einfacher machen lassen. —

Der Abgeordnete Pfarrer Dr. Volkstegler hat sich der „Gazeta Torunsk“ zufolge für seine Pfarrstelle in Glogow einen Vertreter beschafft. Es steht mithin nichts im Wege, daß er sein Mandat in Berlin ausüben könne, wenn nicht der hochwürdige Bischof einen anderen Grund gegen die parlamentarische Thätigkeit des Abgeordneten findet.

Zur Affäre Gröneberg-Decker. Wie ein Bericht erzählt, ist ein Verfahren wider unbekannt eingeleitet worden, das allerdings die Feststellung zum Gegenstand hat, ob Gröneberg im Prozeß Witte kontra Stöcker die Eidespflicht verletzt hat, als er die Ueberlassung seines Tagebuches an Decker jun. zu beliebigem Gebrauch leugnete — oder — ob Decker das Buch, wie Gröneberg behauptet, widerrechtlich zurückgehalten, also unterschlagen hat. Da im Vorverfahren Aussage gegen Aussage stand, und die von Gröneberg's Hand herrührenden Notizen für sich allein nicht für ausreichend erachtet werden konnten, die Thäterschaft nach dieser oder jener Richtung überzeugend darzutun, so mußte von einer weiteren Verfolgung der Angelegenheit vorläufig Abstand genommen werden. — Bei dieser Gelegenheit sei eine geheimnisvolle Andeutung des Schneiders Gröneberg nachzutragen, welcher behauptete, Decker jun. habe seinerzeit die Herausgabe des Tagebuches mit der Motivierung für unmöglich erklärt, daß ein Kriminalkommissar das Buch bei ihm beschlagnahmte hätte. Wenn letzteres richtig ist, so wäre es zweifellos auch für den Prozeß Decker-Ligow von hohem Interesse, festzustellen, welcher Kriminalkommissar das Buch bei Decker jun. beschlagnahmte.

Kiel, den 4. Februar. (Fig. Ber.) Wo unsere Panzerschiffe bleiben. Durch Kabinettsordre des Kaisers vom 25. Januar sind die Panzerschiffe II. Klasse „König Wilhelm“, wofür im diesjährigen Etat schon Ersatz gefordert wird, „Raifer“ und „Deutschland“ aus der Liste der Panzerschiffe gestrichen und werden als Kreuzer I. Klasse weitergeführt. Da wundert man sich denn, daß die Panzerschiffe immer weniger werden und die kleinere Zahl nun dann als Grund zu Reklamationen herhalten. Zum Bewilligen neuer Schiffe kann man den Reichstag gebrauchen, aber beim Laßren von Schiffen hat er nichts zu sagen.

Oesterreich.

Triest, 5. Februar. Die politische Krise hat eine Verschärfung erfahren. Der Gemeinderath dürfte aufgelöst und ein Kommissar zur Verwaltung der Geschäfte ernannt werden.

Schweiz.

Zürich, 3. Februar. (Fig. Ber.) Das von und seinerzeit als Entwurf besprochene neue Gesetz über die Ausübung der Advokatur im Kanton Zürich ist am Montag und Dienstag vom Kantonsrath bis auf redaktionelle Änderungen erledigt worden und zwar im wesentlichen nach dem Entwurf der Regierung. Wie vorausgesehen war, gab der Paragraph über die Zulassung der Frauen, worüber bereits die kantonsrätliche Kommission sich in Mehrheit und Minderheit gespalten hatte, Anlaß zu lebhafter Debatte. Am meisten opponirte dagegen der alte Kommunitarier Treichler, dem von seinen Jugendidealen der vierziger Jahre auch kein Restchen geblieben ist. Sehr geistreich meinte er, wie die Frau nicht in den Kampf für das Vaterland geht, so soll sie auch nicht in den Kampf für's Recht gehen. Die Frau ist logischen Schlussfolgerungen nicht zugänglich, sie ist daher auch zur Jurisprudenz nicht geeignet. Der Juristenberuf ist für die Frauen zu anstrengend. Die Zulassung der Frau zum Advokaturberuf würde auch die Zulassung zum Richterberuf im Gefolge haben. — Alle diese Argumente verselbsteten aber ihre beabsichtigte Wirkung. Der liberale Kommissionsreferent Dr. Uferi, unsere Genossen Bürkli und Lang, der liberale Justizminister Nageli und die Demokraten Schappi, Müller und Grob traten für die Zulassung der Frauen zur Advokatur ein, welche denn auch der Kantonsrath mit 122 gegen 20 Stimmen beschloß.

Ein deutscher Patriot Schöpfer in Zürich haust mit einem Flugblatt über die Unzulänglichkeit der deutschen Kriegsflotte und sucht für deren Verstärkung bei den Deutschen in der Schweiz einige Panzer-Pennnige zusammenzuschmornen, die er an Professor Hesse in Leipzig weiter befördern wolle. Da wird wohl nicht viel herauspringen.

Frankreich.

Paris, 3. Februar. (Fig. Ber.) Die „Petite République“ ist seit heute, wie ich Ihnen telegraphisch gemeldet habe, wieder ein sozialistisches Organ. Der frühere Chefredakteur der „Petite République“ Millerand, sowie eine Reihe früherer Mitarbeiter, namentlich Jaurès, Viviani, Broussé und die Blanquisten Turot, Dubrenilh gehören zum neuen Redaktionspersonal nicht. Die neue Leitung des Blattes erklärt jedoch, der Taktik der sozialistischen Union zwischen den verschiedenen Fraktionen treu bleiben zu wollen, und fordert alle auf proletarisch-sozialistischem Boden stehenden Elemente zur gemeinsamen Arbeit auf. Es entspricht übrigens dem tatsächlichen Stärkeverhältnis zwischen den verschiedenen Richtungen, wenn die Guesdittische Arbeiterpartei die Leitung des wichtigsten französischen Tagesblattes übernimmt, während sie früher darin eine ganz untergeordnete Rolle spielte. Hoffentlich gelingt es der neuen Redaktion, den namentlich in Paris bestehenden Fraktionsverhältnissen Rechnung tragend, die Interessen der Arbeiterpartei mit den Interessen der bisher außerhalb der Partei stehenden sozialistischen Elemente in Einklang zu bringen.

Paris, 4. Februar. Der mit der Prüfung der Wahlen im Departement Haute Garonne beauftragte Ausschuss des Senats hat dahin entschieden, daß Constans, da er die erforderliche Anzahl Stimmen erhalten habe, als Senator proklamiert werden muß.

Daß die Klassenbewußte Bourgeoisvertretung dem Sozialistenführer Constans mit allen Mitteln das Mandat retten will, versteht sich von selbst.

Paris, 5. Februar. Der „Figaro“ macht die etwas sehr unwahrscheinlich klingende Meldung, der Vertrag mit Spanien enthalte auch eine Klausel, der zufolge Frankreich die Feinde des Königs Menelik als seine eigenen Feinde ansehen werde.

England.

London, 5. Februar. Die Anleihe, welche England Egypten aufgedrückt, beträgt 20 Millionen Mark.

Spanien.

Ein Musterrepublikaner ist Senor Castelar, der große spanische Schützbüchler, der 15 Jahre lang nach der Republik rief und, als sie da war, sein Möglichstes that, sie wieder zu zerstören. Er ist seitdem immer zahlreicher geworden. Boriges Jahr konnten wir melden, daß Castelar, im Interesse Spaniens' darauf verzichtet habe, der monarchischen Regierung Opposition zu machen. Und heute finden wir im Pariser „Temps“ ein von ihm approbirtes und auch redigirtes Interview, durch welches er der Welt verkündet, daß der große Castelar noch immer der große Republikaner und Staatsmann von früher ist, daß er aber als Republikaner und Staatsmann die Regierung in ihrem Kampf gegen — Kuba unterstützen muß; und daß er es für ein Erfordernis der Zivilisation und Demokratie hält, den kubanischen Aufstand um jeden Preis und mit jedem Mittel zu erschiden, und müsse Spanien auch zur Erreichung dieses Ziels „gegen die ganze Welt“ einen Krieg bis auf Messer führen!

Ein schöner Republikaner das, und noch immer der Held unserer bürgerlich-demokratischen Presse.

Ungarrien.

Sofia, 5. Februar. Wie in parlamentarischen Kreisen behauptet wird, hat das Ministerium das Ansuchen des Fürsten Ferdinand, bei der Sobranje eine Erhöhung seiner Zivilliste durchzusetzen, einstimmig abgelehnt.

Türkei.

Konstantinopel, 5. Februar. Die Situation im Distrikte Canaa ist unverändert ernst. Die russischen Truppen erklärten einem Abgesandten des englischen Konsulats, die Waffen niederzuliegen, wenn auch die Truppen die Feindseligkeiten einstellen. Das Konfularkorps und der Generalgouverneur bieten alle Bemühungen auf, um eine Beruhigung herbeizuführen. Der französische Militärattaché Oberst Binar, der nach Frankreich zurückkehren sollte, reist infolge der letzten Ereignisse abermals nach Kreta.

Zahlreiche Teles (Mönchsklöster) werden behufs Durchführung des Verbots der Abhaltung nächtlicher Gebete militärisch bemacht.

Die sieben oppositionellen Mitglieder der aus zwölf Mitgliedern bestehenden klementischen Synode halten Versammlungen ab und verlangen, der Patriarch solle seine jüngsten antikanonischen Anordnungen zurücknehmen. Die Opposition bereitet für Sonntag Kirchendemonstrationen vor.

Amerika.

Washington, 4. Februar. Die republikanischen Mitglieder der Zollkommission haben endgiltig einige wichtigere Punkte des Zollgesetzes festgelegt, welche der außerordentlichen Sitzung des Kongresses vorgelegt werden sollen. Die Tendenz ist im allgemeinen diejenige gewesen, spezifische Zölle an die Stelle der Werthzölle zu setzen. Die Vorschläge auf Industrieerzeugnisse treffen hauptsächlich bessere Waaren und solche, die als Luxuswaaren angesehen werden. Der größte Theil der Zollsätze wird aber wahrscheinlich derselbe bleiben wie die jetzt bestehenden. Der Bericht des Komitees wird mit wenigen Abänderungen die Wiedereinführung des Agrarprogramms Mac Kinley's befürworten, ferner die Beibehaltung vieler Zollsätze der Wilson-Bill über chemische Produkte und die Zollsätze Wilson's über Wein und Spirituosen, welche im allgemeinen höhere sind als die der früheren Mac Kinley-Bill. Die Belegung von Erden, irdenen Waaren und Glaswaaren mit spezifischen Zöllen entspreche den Sätzen des Mac Kinley-Tarifs, welcher hauptsächlich auf Werthzöllen beruht. Das Komitee tritt für nur wenige Abänderungen bezüglich der Sätze für Baumwolle ein, außer in denjenigen für feineres Garn und die kostbarsten Fabrikate. Die Änderungen in den Sätzen für Eisen und Stahl sollen auf wenige ganz besondere Sorten beschränkt werden.

Washington, 4. Februar. Der Senat hat die Einwanderungsbill an den Konferenzschuß zurückverwiesen behufs Abänderung der Bestimmungen darüber, in welchem Alter des Lesens und Schreibens unkundigen Personen die Einwanderung nicht gestattet sein soll.

Kubanisches. Von Zwistigkeiten zwischen dem General Weyler und mehreren anderen Generälen weiß das Madrider Blatt, der „Imparcial“ zu berichten. Die Generale Bin und Bernal haben bereits ihren Abschied eingereicht und werden am 10. d. M. nach Spanien zurückkehren. Denselben Wunsch hegt der General Gonzalez Runzo, und auch der General Arolas, der tüchtigste einer, ist unzufrieden, weil ihn Weyler's unfruchtbarer Kriegespläne zur Unthätigkeit verdammen. Noch andere Stabschefs übermitteln der „Imparcial“, dessen Glaubwürdigkeit in kubanischen Angelegenheiten nicht angezweifelt werden kann, so erzählt das Blatt von einem jüngst stattgehabten Kampfe in der Provinz Pinar del Rio, der in den amtlichen Telegrammen gänzlich verschwiegen worden ist, weil die spanischen Truppen unter Führung des Generals Melgoso eine empfindliche Niederlage erlitten; 30 Spanier wurden getödtet. Ferner wird berichtet, daß das Resultat der Interroperation in diesem Jahre gleich Null sein werde infolge der ohne Unterbrechung wäthenden Feld- und Waldbrände.

Nach einer aus Keywest eingegangenen Depesche schleuderte eine Schaar kubanischer eine Bombe gegen einen von Havana nach Pinar del Rio fahrenden Eisenbahnzug. Ein Hauptmann, fünf Soldaten, der Lokomotivführer und die Heizer wurden verwundet, ein Bauer wurde getödtet. Eine andere Insurgenten-Abtheilung brachte einen Eisenbahnzug zur Entgleisung, wobei zwei Reisende und ein Major um's Leben kamen.

Reichstag.

168. Sitzung vom 5. Februar 1897. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Fürst zu Hohenlohe, v. Marshall, v. Söttcher.

Das Haus setzt die zweite Beratung des Reichshaushalts-Stats für 1897/98 fort, und zwar beim Etat des Reichskanzlers und der Reichskanzlei.

Zum Gehalt des Reichskanzlers liegen folgende zwei Anträge vor:

1. von den Abg. Acker und Genossen (rs. Sp.): „den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, das preussische Staatsministerium zu veranlassen, Vorkehrungen zu treffen, welche öffentliche Verdächtigungen der obersten Reichsbehörden durch Organe der königlich preussischen politischen Polizei, wie sie im Prozeß Sedert-Ligow zu Tage getreten sind, für die Zukunft ausschließen.“

2. Von den Abg. Barth u. Gen. (rs. Sp.): „Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage baldmöglichst eine Denkschrift über die erkennbaren volkswirtschaftlichen Wirkungen der seit 1892 bezw. 1894 zwischen dem Deutschen Reich einerseits und Oesterreich-Ungarn, Italien, Belgien, der Schweiz, Serbien, Rumänien und Auland andererseits bestehenden Handelsverträge vorzulegen.“

Abg. von Komierowski: Wir Polen erachten es für unsere Pflicht, bei dem Gehalt des Reichskanzlers auf die ernste Lage der polnischen Bevölkerung hinzuweisen. Wir Polen haben in loyalster Weise alle Bedenken und bitteren Erfahrungen unterdrückt und haben dem kaiserlichen Willen zufolge und gegen den Umsturz gewandt und die Hologierung unterläßt. Aber die Behörden haben die polnische Bevölkerung als ein Objekt ihrer Verfolgungen und Unterdrückungen benutzt. Gegen die polnischen Vereine haben sich die Deutschen gewendet und haben die Behörden zu ihrer Unterdrückung veranlaßt. Gegenüber dieser Unterdrückung der polnischen Bevölkerung glauben wir in der Öffentlichkeit Beschwerde erheben zu sollen bei den verhandeltenden Regierungen, die hier im Reichstage vertreten sind. Ein solcher Zustand der Erbitterung, wie er in der moralisch verkehrten und boykottirten Bevölkerung in unseren Heimathprovinzen herrscht, widerspricht dem Staatsinteresse. Was ich hier gesagt habe, ist einstimmiger Beschluß der polnischen Fraktion.

Reichskanzler Fürst Hohenlohe: Die Fraktion der Polen hat die Beratung des Etats des Reichskanzlers für die geeignete Gelegenheit erachtet, um durch den Mund des Herrn Abgeordneten von Komierowski die schon oft gehörten und, wie ich glaube, oft widerlegten Klagen über eine ungerechte und harte Behandlung der polnisch sprechenden Bevölkerung zum Ausdruck zu bringen.

Nachdem der Reichskanzler die polnische Frage als eine spezifisch preussische bezeichnet hatte, fährt er fort: Die verfassungsmäßigen Rechte, die jedem preussischen Staatsangehörigen gewährleistet sind, sollen auch den polnisch sprechenden Preussen nicht verläßt werden und sind ihnen nicht verkürzt worden. Nichts wäre ungerechter als der Vorwurf, daß der preussische Staat seinen Pflichten gegenüber der polnischen Bevölkerung nicht nachgekommen wäre. Die außerordentliche Hebung des Kulturzustandes der in Frage kommenden Landesheile während eines Jahrhunderts preussischer Verwaltung entbehrt mich eines Beweises nach dieser Richtung. Nicht nur die materielle Wohlfahrt hat sich unter der preussischen Regierung gehoben, sondern auch für das Bildungsbedürfnis der polnischen Bevölkerung ist in ausgiebigster Weise Sorge getragen worden. Gegenüber den Rechten, welche die Polen als preussische Staatsbürger, gegenüber den Wohlthaten, welche sie als Mitglieder eines geordneten Staatswesens genossen haben und genießen, stehen aber auch Pflichten. Wir können von der Forderung nicht abgehen, daß die polnischen Unterthanen lernen müssen, sich ganz und gar

als preussische Staatsangehörige zu fassen. Die Erscheinungen, welche wir in früherer und neuerer Zeit zu beobachten Gelegenheit gehabt haben, müssen uns zu meinem Bedauern die Ueberzeugung aufdrängen, daß dieses Ziel noch nicht erreicht ist; im Gegentheil läßt sich nicht verkennen, daß vielfach noch eine Art von Polentum, eine Art von nationaler Propaganda gepflegt wird, welche in einem bewußten Gegensatz zu dem preussischen Staate steht. Dem mit allen verfügbaren Mitteln energisch entgegenzutreten, ist ein Gebot der Staatsweisheit, die in Wahrheit auch das Interesse der polnisch sprechenden Bevölkerung verfolgt, indem sie das Umstürzen von Institutionen hindert, die schließlich der Gewalt der Thatfachen gegenüber nur mit einer bitteren Enttäuschung enden könnten. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Mundel (rs. Sp.): Es haben sich einige Menschen gefunden, die in Beziehung stehen zur preussischen politischen Polizei, die das Vorhandensein der offiziellen Presse benutzt haben, um einen hohen Beamten des Reiches zu beleidigen bloß zu dem Zweck, um sagen zu können, daß diese Beleidigung vom Staatssekretär des auswärtigen Amtes ausgegangen sei. Der eine ist der Herr v. Löhov, den der Reichskanzler gekennzeichnet hat, daß er zwar als hoffähig, aber nicht als geeignet erschien, mit den preussischen Behörden zu verkehren; der andere ist der Unterstaatssekretär a. D. Sedert (Heiterkeit), der für die Erledigung einiger Ministerialangelegenheiten sorgen wollte; er hat sehr uneigennützig dabei gehandelt, denn er konnte auf einen der erledigten Ehre nicht Anspruch erheben. (Heiterkeit.) Hintermänner, die sich seiner bedient haben, hat Herr Decker wohl niemals gehabt. Ich hatte gehofft, daß Herr v. Tausch dazu nicht gehört hat. Die Artikel gegen die preussischen und Reichsbeamten sind von den Personen geschrieben worden, welche der Herr v. Tausch später mit der Ermittlung der Verfasser betraut hat, das beste Mittel, um die Thäter nicht zu ermitteln. Einer so ununterrichteten Polizei ist schließlich gar keine Polizei vorzuziehen. Es ist gut, daß die Dinge aufgeklärt sind. Zu meiner Freude theilen die verhandeltenden Regierungen den Gedanken nicht, daß diese Aufdeckung eine Gefahr ist; eine Gefahr liegt nur darin, daß solche Zustände bestanden haben, nicht, daß sie aufgedeckt sind. Wir können diese schmutzige Wäsche in der Öffentlichkeit waschen, weil, abgesehen von diesem faulen Punkte, noch alles gesund ist. Aber daß diese Thatfachen sich Jahre hindurch ereignet haben, daß dieses Institut der politischen Polizei bestanden hat unter wechselnden Personalitäten, daß nur eine gerichtliche Prozedur davon befreien konnte, ist bedenklich. Die politische Polizei untersteht dem preussischen Ministerium des Innern, der Staatssekretär des auswärtigen Amtes ist sein Kollege. Herr v. Tausch spielt diesen Herren gegenüber eine etwas untergeordnete Rolle, (Sehr richtig! rechts) der auch in dem Prozeß der genügende Ausdruck gegeben ist. Der Prozeß hat einiges Licht darüber verbreitet, wie man gegen den früheren Kriegsminister und den früheren Minister des Innern vorgegangen ist.

Hat Herr v. Tausch im eigenen Interesse oder im Auftrage eines Hintermannes gearbeitet? Jedenfalls hat er gearbeitet, wie es in Deutschland und Preußen nicht möglich sein sollte, sodas dem Herrn Staatssekretär nichts übrig blieb als die Flucht in die Öffentlichkeit. (Heiterkeit.) Von der Flucht von Mella nach Medina deirats eine neue Zeit! (Heiterkeit; Zustimmung links.) In den Schaiten ist er nicht geflohen, sondern ins helle Licht. (Zustimmung links.) Die Artikel der offiziellen Presse erscheinen nicht als ein offener Ausdruck der Regierungsanfichten, sondern als eine private Bekämpfung der Regierungsmeinung. Man sagt, daß man in auswärtigen Dingen nicht der kleinen Unwahrheiten entbehren kann; das wird ein kleines aber notwendiges Uebel sein. Vom Fürsten Bismarck sagt man, daß er die deutliche und deutsche Sprache in die Diplomatie eingeführt habe. Wenn er gleichwohl einiger Zeitungen nicht entbehren konnte, die ihm ein weißes Blatt Papier zur Verfügung stellten, so scheinen wir in der diplomatischen Kunst noch nicht soweit gekommen zu sein, um dieser Dinge ganz zu entbehren. Aber ich hoffe, wir werden dahin kommen. Ich habe mit Genugthuung die Erklärung des Staatssekretärs vor Gericht gelesen, daß er schon seit langer Zeit sich bemüht habe, den Verkehr mit offiziellen Artikeln auf das allgeringste Maß zu beschränken. Daraus habe ich den Schluß gezogen, daß man früher in größerem Umfange sich damit befaßt. Ich bezweifle, daß ein so reichlicher Erfolg mit dergleichen Artikeln erzielt wird. Ich glaube, daß die wirklich unabhängige Presse den offiziellen Artikeln ihren Ursprung schon von weitem anmerkt. Dagegen kann es oft vorkommen, daß ein garnirt offizieller Artikel als solcher angesehen wird und dann viel mehr Unheil anrichtet. (Sehr richtig! links und im Zentrum.)

Ist die politische Polizei ein Theil der Kriminalpolizei oder geht sie daneben her? Hat sie einen besonderen Zweck? Arbeiten muß sie, das ist allerseits anerkannt, mit Menschen, mit denen anständige Leute nicht gerne zu thun haben. Sage mir, mit wem du umgehst, und ich will dir sagen, wer du bist. Wenn die politische Polizei mit solchen verkommenen Menschen, wie die beiden Herren umgeht, so muß man annehmen, daß Herr v. Tausch durch diesen Umgang erst verdorben worden ist. (Heiterkeit.) Die politische Polizei ist eine preussische, sie ist keine deutsche, das möchte ich besonders betonen. Aber wenn sie erhalten bleiben muß, dann sehe man sie unter Zucht und Ordnung in den Käfig hinein, in dem man gefährliche Thiere zu bewahren pflegt. Es ist dieselbe politische Polizei, die auf Verlangen eines Hintermannes, dessen Name möglichst unbekannt bleiben möge, gegen die Staatsbeamten arbeitet, dieselbe Polizei, welche gegen die Arbeiterpartei arbeitet und die selbst Vergehen anstiftet. Daß das zum Heile Deutschlands oder Preußens ausschlagen könnte, ist nicht anzunehmen. Ich meine also, es hat auch das Deutsche Reich und der Reichstag ein Interesse daran, daß hier ausgedrückt wird, und sollte der Reichskanzler nicht die Möglichkeit haben, auf preussische Verhältnisse einzurücken, dann bitte ich auf Grund des Artikels 10 der Bundesverfassung seine Beamten zu schützen gegen solche Angriffe. Wir werden ihn dabei unterstützen. (Beifall links.)

Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe: Ich möchte zunächst auf einen Irrthum aufmerksam machen, von dem die Herren Antragsteller ausgehen. Sie wollen, daß der Reichstag beschließen, den Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß Mißstände beseitigt werden, die sich bei der Handhabung der politischen Polizei in Preußen ergeben haben. In einer solchen Einwirkung giebt die Reichsverfassung dem Reichskanzler keine Handhabe. Daran ändern auch die intimen Beziehungen nichts, die zwischen dem Reichskanzlerposten und dem Ministerpräsidenten bestehen. Er kann sich nicht einmischen in die Verwaltung eines Einzelstaates. Ebenso gut könnten Sie mir zumulden, Mißstände zu beseitigen, die etwa in der bayerischen oder württembergischen Verwaltung zu Tage getreten sind. Ich will mich aber bei der formellen Seite der Frage nicht aufhalten. Der Antrag ist gestellt, um die Angelegenheit, die in weiten Kreisen Aufsehen erregt hat, hier zur Sprache zu bringen. Ich bedauere das nicht, da ich der Meinung bin, daß das, was die Gemüther des Volkes bewegt, auch öffentlich zur Sprache gebracht werden muß (Lebhafte Beifall links); nur weiß ich nicht, was außer einigen Sandalgeschichten noch viel weiter zu sagen wäre. Für mich entsteht daraus die Verpflichtung, für die politische Polizei im allgemeinen einzutreten. Ich halte das Institut der politischen Polizei für unentbehrlich. Der friedliche Bürger würde es der Staatsregierung nicht verzeihen, wenn sie ihn schutzlos ließe und nicht alle Maßregeln ergreife, um ihn gegen verbrecherische Unternehmungen, welche die Sicherheit des Staates oder die Sicherheit des Bürgers bedrohen, zu schützen. Solchen Erscheinungen gegenüber ist doch mindestens sorgfältige Beobachtung geboten; um diesen Schatz auszuüben, bedarf die Regierung berufener Organe. Nun will ich zugeben, daß man bei der Wahl dieser Agenten nicht immer glücklich gewesen ist. (Sehr gut!) Aber daraus und aus dem Umfange, den einige Polizeigenten geübt haben, ein Motiv zur Verurteilung der ganzen politischen Polizei abzuleiten, ist entschieden Uebertriebung. Im übrigen hätte es der Anregung des Antragstellers nicht bedurft, da der preussische Minister des Innern unmittelbar nach den Enthüllungen des

Prozess Ledert-Lühow alle Maßregeln ergriffen hat, um die Wiederholung ähnlicher Vorkommnisse unmöglich zu machen. (Zustimmung links.)

Staatssekretär v. Marschall: Sie begreifen, daß ich nicht das Bedürfnis empfinde, auf die unerschöpflichen Auseinandersetzungen, die sich an diesen Prozess geknüpft haben, einzugehen. Mit dem Urtheil des Gerichtshofes ist diese Angelegenheit definitiv erledigt. Was mich veranlaßt, das Wort zu ergreifen, ist die Thatsache, daß die Angelegenheit jüngst im preussischen Abgeordnetenhaus zur Diskussion gekommen ist, der ich leider nicht beiwohnen konnte. Graf Limburg-Stirum und seine Freunde haben mein Vorgehen einer sehr scharfen Kritik unterzogen. Es würde gegen alle parlamentarische Höflichkeit verstoßen (Heiterkeit links), wenn ich nicht die erste Gelegenheit benutzte, (Sehr gut! links) darauf zu antworten, zumal da nach den Mittheilungen eines seiner Fraktionskollegen die ganze konservative Partei des Abgeordnetenhauses hinter seinen Ausführungen steht (Hört! links). Graf Limburg hat zunächst die Bekümmertheit des Auswärtigen Amtes im allgemeinen bemängelt. Hätte er Zeit gehabt, den stenographischen Bericht über den Prozess etwas genauer zu betrachten, so würde er eine Reihe von Behauptungen nicht aufgestellt haben. Er hat gesagt, daß im Auswärtigen Amt ganz untergeordnete Subjekte empfangen worden seien. Richtig ist, daß ein Kriminalkommissar den Versuch gemacht hat, das Auswärtige Amt mit diesen untergeordneten Subjekten in Verbindung zu bringen, um sie kompromittiren. (Sehr gut! links.) Dieser schöne Plan ist aber an unserer Wachsamkeit und Voracht gescheitert. (Beifall links.) Die Herren Ledert und Lühow sind niemals bei uns empfangen worden. Der Abg. Graf Limburg hält es für absolut unzulässig, daß ein Beamter des Ministeriums ohne die bestimmte Erlaubnis des Chefs Mittheilungen an die Vertreter der Presse gemacht habe. (Zuruf rechts.) Das ist nicht geschehen. Wenn die Herren den stenographischen Bericht nachlesen wollten, dann würden sie finden, daß politische Informationen an die Presse nur auf meine ausdrückliche Bestimmung gegeben werden. Dann hat der Graf Limburg mit Ersäunen gefeiert, daß einfach die Karte des Chefredakteurs eines hiesigen Blattes genügt hat, um einem Mann Zutritt zum Auswärtigen Amt zu verschaffen. Ob dieser Vorgang, wenn er so bedeutsam und wichtig wäre, es verdiente, mit dem Ausdruck des Ersäuens bezeichnet zu werden, ist mir zweifelhaft. (Heiterkeit links.) Diese Behauptung ist aber nur mit einer sehr wesentlichen Modifikation zutreffend. Der Mann ist im Auswärtigen Amt erschienen, er hat nicht nur eine Karte, sondern auch einen Brief eines Chefredakteurs gehabt, er hat auch Zutritt verlangt, der Zutritt ist ihm aber verweigert worden, wie Seite 285 des stenographischen Protokolls ergibt. (Große Heiterkeit links.) Graf Limburg-Stirum sagte dann weiter, ein Ministerium müsse sich doch sehr in acht nehmen, mit einer Zeitung in Verbindung zu treten, die doch nach ihrer Haltung den Verdacht erregt, daß sie intrigante Mittheilungen von einem Ministerium gegen das andere enthalte. Das ist sehr vorsichtig ausgedrückt, aber die Spitze ist recht klar erkennbar. In diesem Falle ist das Ersäunen auf meiner Seite (Sehr gut! links) darüber, daß man diese Behauptung aufstellen kann, nachdem durch die jüngste Verhandlung erwiesen ist, wer es war, der in einem Ministerium gegen das andere intrigirte, daß ich es gewesen bin, der diese Intriguen durchkreuzte, wie überhaupt nach dem Urtheil des Gerichtshofes nicht ein Schimmer des Beweises für Intriguen des Auswärtigen Amtes vorhanden war. Daß das Auswärtige Amt auch solchen Blättern Informationen erteilt hat, welche im Innern Opposition machen, will ich garnicht bemängeln. Ich habe sogar solchen Blättern Informationen erteilt, welche zur Zeit der Diskussion der Handelsverträge gegen diese Opposition machten. (Heiterkeit links.) Graf Limburg-Stirum hat uns Normativbestimmungen aufgestellt, wie ein Blatt beschaffen sein müßte, damit es der Auszeichnung des Empfanges im Ministerium würdig ist. Er meint, es dürfe nicht aus Sensation schreiben und nicht des Abenteurerfanges wegen. Das ist theoretisch ganz vorzüglich, aber praktisch kann ich damit gar nichts anfangen, denn wer entscheidet darüber, ob ein Blatt so beschaffen ist? Für die Informationen über die auswärtige Politik kommt in erster Reihe in Betracht, daß das Blatt im Ausland gelesen und geachtet wird, daß es also dort wirkt, wo es wirken soll. (Sehr wahr!) Ich gebe die Informationen, die ich pflichtgemäß über die auswärtige Politik geben muß. Aber ich werde mich niemals dazu hergeben, aus diesen Informationen ein Handelsobjekt zu machen, um Einfluß auf die inländischen Blätter zu üben. (Zustimmung links.) Wenn ich auf diesem Wege ginge, würde ich eine Verantwortung übernehmen, von der ich heute vollkommen frei bin. Und dann würde sehr bald kein Blatt, das halbwegs auf seine Ehre etwas giebt, sich diesen Handel gefallen lassen, und schließlich wären die deutschen Blätter darauf angewiesen, ihre Informationen über die auswärtige Politik aus den offiziellen Blättern des Auslandes zu beziehen, wohl kaum ein den deutschen Interessen dienlicher Zustand. Es ist auch die Frage behandelt worden, was ich eigentlich machen sollte, und da beschränkte sich Graf Limburg auf allgemeine Andeutungen. Er sagte, man hätte mit den anderen Ressorts verhandeln sollen. Nun hat man seit Jahren in der Öffentlichkeit behauptet, daß das Auswärtige Amt im Kriege läge gegen hochgehaltene Personen. Das ist von Mund zu Mund gegangen. Man hat mir vorgeworfen, ich hätte eine Instruktion aus dem Ministerium in ein Blatt lancirt, ich hätte einen Minister bespitzelt, ich hätte versucht, zwei meiner Kollegen mit einander zu verheizen, ich hätte die Umgebung Sr. Majestät angegriffen und in einem hiesigen Montagsblatt einen Artikel inspirirt, der einen hochgestellten Beamten in den Verdacht des Hochverrats brachte. Wer im Leben steht, muß sich heutzutage Wurfgeschosse aller Art gefallen lassen. Ich habe in den letzten zehn Jahren gezeigt, daß ich nicht gleich nach dem Strafrichter rufe, daß in mir bei Angriffen kein anderes Gefühl aufkommt als das schmerzliche Bedauern darüber, daß ich so vielen meiner Mitmenschen Aergeris bereite. (Heiterkeit.) Hier aber handelte es sich um systematische Verdächtigungen von Beamten, eine That begangen zu haben, die man zu deutsch einen Schurkenreich nennt. (Sehr richtig! links.) Da war es eine Pflicht der Selbstachtung und eine Forderung der öffentlichen Moral (Sehr wahr! links), die Schuldigen auf die Anklagebank zu bringen. Ich wüßte nicht, was es sonst in der Welt darauf ankäme, ob die Ledert und Lühow und alle sonstigen im Gefängnis sitzen oder nicht. Es kam vielmehr nur darauf an, jene Behauptungen als Erfindungen zu brandmarken und die Integrität einer deutschen und preussischen Behörde klar zu stellen. Man hat gesagt, ich hätte von der Pflicht in der Öffentlichkeit gesprochen. Es war eine Pflicht vor der Lüge und der Verleumdung. Mit diesen im Dunkel zu kämpfen, habe ich in meiner Jugend nicht gelernt. (Beifall links.) Darum bin ich vor das Gericht gegangen, und viele meiner Kollegen haben vor mir dasselbe gethan. (Beifall links.) Ob ich vor Gericht den Eindruck eines Mannes gemacht habe, der ängstlich um Hilfe ruft (Heiterkeit) lasse ich dahin gestellt. Andererseits greift man mich an das heiligste an, daß ich zu scharf zugegriffen habe und daß Leute zu Schaden gekommen seien, um die es schade sei. (Große Heiterkeit) und man meint, daß ich diplomatischer hätte vorgehen sollen.

Graf Limburg-Stirum sagt, man hätte die Sache unter den Ressorts regeln sollen, und der Abg. Mundel hat heute einen analogen Gedanken ausgesprochen; auch er hat mich dem Schutze der Ressorts empfohlen. So dankenswerth diese Fürsorge für mich ist, die von entgegengegesetzten Voten dieses Hauses kommt, ich kann damit nichts anfangen. In solchen Dingen muß jeder auf eigenen Füßen stehen. Wenn ich meine Ehre nicht schätzen kann, kann es niemand, und die Pflicht, für meine Beamten Ehre einzutreten, kann kein Ressort mir abnehmen. (Beifall links.) Indem ich diesen Grundsatze befolgte, habe ich jedenfalls keine preussische Tradition verletzt. Man sagt, es sei ein unerquickliches Bild gewesen, es sei viel Schmutz aufgeführt, es sei ein Polizeikommissar zu Schaden gekommen, und das sei im öffentlichen Interesse sehr zu bedauern. Niemand wird bestreiten, daß das Bild der Verhandlungen ein sehr bedauerliches gewesen ist. (Abg. Graf Mirbach: Sehr richtig! — Große Heiterkeit.) Aber der Prozess

konnte nicht vermieden werden. Sobald das erste Verdachtsmoment gegen v. Tausch in meine Hände kam, bei Gelegenheit des Strafverfahrens, habe ich davon dem Minister des Innern Kenntniß gegeben. Früher war mir dies nicht möglich. Mit dem Kriminalkommissar war vor der Hauptverhandlung nichts zu machen. Ob die Verdachtsmomente gegen ihn sich zu Beweisen verdichten würden, hing zuerst von dem Beamten selbst ab und von dem Aussagen der Zeugen, deren Mehrzahl noch nicht vernommen war, und namentlich davon, ob der Agent Lühow sich bis zum Schluß des Prozesses mit dem Kriminalkommissar identifiziren würde. Gerade diese Oeffentlichkeit war für das Auswärtige Amt und mich unumgänglich. Daß trotz dieser unbedingten Oeffentlichkeit der Abg. Graf Limburg-Stirum irrtümliche Behauptungen aufstellt, giebt einen Vorgeschmack, welche Verwirrung der Geister eingetreten wäre, wenn der Prozess ganz oder theilweise vermieden worden wäre. (Sehr richtig! links.) Hätte die Oeffentlichkeit in dem Augenblick Halt gemacht, wo der Kriminalkommissar zur Erscheinung kam, wieviel Leute hätten dann geglaubt, daß dies geschehen sei, um den Kriminalkommissar zu schonen? Wäre nicht weithin der Eindruck erweckt worden, daß umgekehrt das Auswärtige Amt ein Interesse habe an der Geheimhaltung der Aussagen? (Sehr richtig! links.) Nun sagt man, der Kriminalkommissar hätte im Wege der Disziplinaruntersuchung vernommen werden können. Eine solche Untersuchung kann man nur durchführen, wenn man Beweise hat, und die hat erst die Hauptverhandlung erbracht, und jeder wird zugeben, daß nur in der öffentlichen Hauptverhandlung bei einer Prozeßlage, wo ein Interessengegensatz entstand zwischen dem Kommissar und seinen Agenten, diese Beweise beschafft werden konnten. Jede Disziplinaruntersuchung würde an einer unüberbrücklichen Unbalanz abgeprallt sein. Man sagt, man hätte den Kriminalkommissar unter der Hand beseitigen sollen, und ein Mann in meiner Stellung müßte kräftig genug sein, um das zu machen. Da überschätzt der Graf Limburg-Stirum doch ganz gewaltig die Gutmüthigkeit meiner Gegner. In einer Sache, wo ich mich zu vertheidigen habe gegen solche Beschuldigungen, da kann ich nicht den geraden Weg verlassen, der zum Gerichtsaal führt, und einen krummen Weg einschlagen. Das wäre das Verlethteste gewesen, was ich hätte thun können. (Sehr richtig! links.) Eine Zumuthung, die man eigentlich einem ersten Manne nicht stellen sollte. (Beifall links.) In den schon behaupteten „Intriguen der Wilhelmstraße“ hätte man eine weitere gesagt, daß nämlich durch mich dieser pflichttreue Beamte, dieser Hüter des Gesetzes, der das Wohlwollen aller verdient, beseitigt wäre. Graf Limburg-Stirum wünschte, daß man den Mantel des Dienstgeheimnisses über diese ganze Angelegenheit geworfen hätte. Er übersieht dabei, daß dieser Mantel mit dem Polizeibeamten auch das gute Recht, die Ehre und die Integrität des Auswärtigen Amtes verhält hätte. Der Beamte, der gefehlt hat, wäre geschäft worden, aber die Herren, die sich nichts zu schulden kommen ließen, wären erst recht bloßgestellt worden. (Sehr richtig!) Das wäre ein Verfahren, das mit den besten preussischen Traditionen in direktem Widerspruch gestanden wäre. Nun sagt man, das Auswärtige Amt, das allgemeine Interesse sei durch diese Oeffentlichkeit verletzt oder, um eine beliebige Form anzuwenden, ich hätte in der ganzen Sache als Staatsanwalt, nicht als Staatsmann gehandelt. (Zwischenruf des Grafen Mirbach.) Graf Mirbach fragt mich, wer das gesagt hat. Ich bitte ihn, in der Presse sich darum zu bemühen. Ich habe mich niemals dankbarer meiner früheren Thätigkeit als Staatsanwalt erinnert, als in dem Augenblick, wo es mir nach alter Übung gelang, die ziemlich verwerrenden Fäden zu entwirren. (Große Heiterkeit.) Dieser Vorwurf geht von dem einseitigen Standpunkt aus, daß die Autorität der Staatsgewalt allein in dem Polizeikommissar repräsentirt wäre; in einem preussischen Staatsminister, der gleichzeitig Chef eines obersten Reichsamts ist, besteht doch auch ein Theil der Staatsgewalt. Und da lag doch auch eine Verletzung einer Autorität vor. Warum hat man darüber nicht gesprochen? (Zustimmung links.) Graf Limburg-Stirum hat auch die gewaltige Uebertreibung begangen, und von dieser Uebertreibung hat sich auch der Abg. Mundel nicht freigehalten. Daß, wo Menschen thätig sind, auch menschliche Fehler vorkommen, haben wir schon früher gewußt, und wenn ein Kriminalkommissar das in ihn gesetzte Vertrauen täuscht und schwere Fehltritte begeht, so ist das noch kein staatserschütterndes Ereigniß. Jede staatliche Organisation, jede Partei, wenn einer ihrer Angehörigen auf Wegen des Unrechts geht, verlangt mit Recht, daß man nicht das Ganze dafür verantwortlich mache. Mit vollem Rechte hat der Staatsminister des Innern dasselbe ausgesprochen. Es liegt mir nichts fern, als aus dem Begriff dieser einzelnen Beamten auf die gesammte politische Polizei zu schließen und eine Reihe von tüchtigen Beamten zu verdächtigen. Die Thatsache, daß der Kriminalkommissar sich schwer vergangen hat, ist bedauerlich, nicht aber die Enthüllung der That. (Sehr wahr! links.) Und damit komme ich auf einen Punkt, wo ich zu meinem Bedauern anscheinend diametral von dem Grafen Limburg-Stirum abweiche. Ich will nicht in eine Erörterung darüber einsteigen, ob das öffentliche oder geheime Gerichtsverfahren das beste ist. Ich erkenne an, daß das Wohl des Staates eine Verhandlung hinter verschlossenen Thüren erheischen kann. Die Gesetzgebung steht das vor. Was aber diesen speziellen Fall betrifft, so sage ich ganz offen, daß es dem öffentlichen Interesse dienlicher ist, wenn das Land detartige Dinge durch das natürliche Auge einer öffentlichen Verhandlung sieht, als durch die trübe Brille einer geheimen Prozedur. Die Oeffentlichkeit ist das beste Mittel, das Uebel abzustellen. Im anderen Falle wird der öffentlichen Meinung ein verschwommenes Bild gezeigt, das herrührt aus Wahrheit und Dichtung und Kombinationen und Uebertreibungen, aus Klatsch und noch schlimmeren Dingen. Und dann entsteht die Gefahr, daß man auf den Verdacht kommt, daß die Regierung habe etwas verbergen wollen. Dann hätte die Presse die Frage nur von ihrem Interessenstandpunkt behandelt und die geheime Prozedur hätte in der Presse einen unendlichen Faden gebildet, den man nach Belieben fortspinnen konnte. Unter dem mancherlei Material, was wir seinerzeit in der Hand hatten, war auch die Thatsache, daß die sozialdemokratischen Führer um einen großen Theil der Vorgänge in der politischen Polizei wußten und ihrerseits eine große Enthüllung vorbereitet. Wenn sich die sozialdemokratische Presse zuerst damit beschäftigt hätte, wäre die öffentliche Verhandlung vor Gericht auch nicht vermeidlich gewesen. Wäre dann gesagt worden, die Regierung hätte von diesen Dingen Kenntniß gehabt, die Sache aber unter der Hand erledigt, so wäre damit dem öffentlichen Interesse auch nicht gedient. Ich habe stets für mein Thun und mein Lassen die volle Verantwortlichkeit getragen. Wenn in dieser Sache unerfreuliche Dinge vor die Oeffentlichkeit gebracht sind, so fällt die Schuld ausschließlich denen zu, welche politische Gegnerschaft und persönliche Verunglimpfung nicht unterscheiden können, die, um ihre eigenen Interessen zu vertreten, andere — (Zuruf rechts: Wer?) Ja, ich meine, ich habe den Kriminalkommissar bereits so oft genannt.) (Große Heiterkeit links.) Wenn infolge dieses Prozesses eine Besserung eintritt, so würde das niemandem lieber sein als mir. Ich werde aber in Zukunft genau ebenso handeln, wie ich diesmal gehandelt habe. (Beifall links.) Ich werde den Weg gehen, der für Hoch und Niedrig der geeignetste ist, den Weg zum Gericht, und damit glaube ich die alten preussischen Traditionen zu wahren, ebenso die monarchischen und öffentlichen Interessen. (Behafter Beifall links.)

Abg. Graf Mirbach (L.): Die ersten Worte des Redners, der vom Ploche aus spricht, bleiben unverstanden wegen des fortwährenden Rufes: Tribune! Er entschuldigt sich, daß er wegen Erfüllung so hartnäckig sei, daß er, wenn sie dauernd sein würde, zu den höchsten parlamentarischen Ehren qualifizirt sein würde. (Widerpruch.) Die Unruhe herrscht weiter; der Ruf: Zur Tribune! wiederholt sich. Redner protestirt gegen einige Ausführungen des Abg. Mundel. Die Auseinandersetzung zwischen dem Grafen Limburg-Stirum und dem Staatssekretär v. Marschall ist eine persönliche Sache. Wegen gewisse Angriffe bringt man sich nicht vertheidigen. Es giebt in Deutschland niemanden, der

der Meinung fähig wäre, daß Freiherr v. Marschall gegen seine Kollegen intriguirt. (Beifall rechts.) Herr v. Marschall hat heute nicht als Staatsanwalt gesprochen, sondern in durchaus milder und vornehmer Form. (Heiterkeit links.) Ich habe keine Fühlung mit der Presse im allgemeinen; den Vorwurf, daß wir gegen Herrn v. Marschall vorgehen wollten, muß ich zurückweisen. Er ist aus unserer Partei hervorgegangen, und wir sind stolz darauf. Bei dem Falle Ledert-Lühow muß man sich fragen: cui bono? Er hat bei gewissen Leuten außerordentlichen Jubel hervorgerufen, nur nicht bei den Konservativen. Die Folgen des Prozesses sind eine Herabsetzung der politischen Polizei, die wir nicht erdulden können; das Ansehen der preussischen Regierung ist dadurch nicht gehoben, sondern geschmälert worden. Das bedauere ich als konservativer Mann schmerzlich. Die Antwort, die der Reichskanzler und Ministerpräsident im Abgeordnetenhause gegeben hat, kann uns nicht vollständig genügen. Der Hinweis auf das „von“ vor dem Namen Lühow, daß durch den gesperrten Bruch in dem stenographischen Bericht besonders hervortritt, hat Jubel hervorgerufen bei allen, die den Kampf gegen Junker und Pfaffen proklamiren. Mit den Junkern werden Sie nicht so schnell fertig werden. Ich bin dem Ministerpräsidenten dankbar für die Erklärung, daß eine volle Kontinuität bestehen müsse im Staatsministerium. Aber nach außen hin ist diese Kontinuität nicht hervorgerufen, und ich befinde mich in Uebereinstimmung mit meinen Freunden, wenn ich das bedauere. Es wird weder den Ministerpräsidenten noch einen Minister oder Staatssekretär verlegen können, wenn ich erkläre, daß der größte Staatsmann des Jahrhunderts Fürst Bismarck ist, dessen Politik eine zielbewusste, kraftvolle und erfolgreiche war nach außen und nach innen. (Lachen links.) Würden derartige Vorkommnisse in die Oeffentlichkeit gedrungen sein unter seiner Regierung? Ich behaupte: nein! (Behafter Widerspruch. Zuruf: Arnim!) So liegen die Dinge; auf eine Polemik gehe ich nicht ein. (Beifall rechts.) Sie haben kein Recht, das zu verlangen. Das ist die Stellung meiner politischen Freunde. Das übrige überlasse ich Ihnen. (Beifall rechts.)

Abg. Bebel (So.): Graf Mirbach protestirt gegen die Verunglimpfung der politischen Polizei von der Tribune dieses Hauses, weil das zum Schaden des Staates ausföhlige. Unter dem von ihm so verehrten Fürsten Bismarck wäre ein solcher Prozess nicht vorgekommen, weil die Thaten des Herrn v. Tausch und seiner Agenten genau dem System entsprechen, welches unter Bismarck auf jede Weise gefördert ist. (Sehr richtig! links.) Wenn wir heute über die politische Polizei zu Gericht sitzen müssen, dann schulden wir das zunächst dem Fürsten Bismarck (Sehr richtig! links) und seiner Politik, die ihre Früchte auch auf diesem Gebiete gezeitigt hat und jetzt endlich ihren verdienten Lohn und öffentliche Anerkennung findet. Uns hat der Prozess nicht überrascht. Allerdings halten wir über vieles, was in diesem Prozess erörtert ist, bereits seit Jahren genaue Kenntniß, aber eine Reihe anderer Dinge kannten wir bis dato noch nicht. Wenn wir uns über den Prozess freuen, so geschah es, weil wir ein Regiment einmal am Ruder sahen, welches auf eine gewisse Ehrlichkeit sieht und auf die Verfolgung von Dingen, die in einem ethisch verwalteten Staatswesen nicht vorkommen dürfen. Die Vorgänge Ledert-Lühow-Tausch sind genau dasselbe, was wir schon bei der Erörterung der Verlängerung des Sozialistengesetzes zur Sprache gebracht. Schon 1888 habe ich bei der Erörterung der sogenannten Expatrirungsvorlage ausgesprochen, daß ein System, das zu solchen Mitteln greift, notwendig eines Tages sich gegen die Regierung selbst richten müsse. Das ist geschehen. Allerdings nicht gegen jene Regierung, die jenes System aufgezogen und aufgezappelt hat, die den Wessensfonds dazu benützt hat, der politischen Polizei diese Ausdehnung zu geben, sondern gegen das jetzige Regierungssystem, das mit dem System Bismarck und der politischen Polizei austräumen wollte. Mit dem Fall des Sozialistengesetzes ist der politischen Polizei ein großes Feld ihrer Thätigkeit abgegraben, und der Haß der Polizei gegen das neue System mußte sich steigern, als Graf Caprivi den Wessensfonds beseitigte und damit die Hauptquelle der Korruption. Mit Ausnahme Napoleons III. und der russischen Regierung giebt es keine Regierung, in der der offiziöse Preskumpung in solchem Umfang betrieben wurde, wie unter Bismarck. Mit 2 Millionen jährlichen Wessensfondszinsen, über die nur dem Kaiser selbst persönliche Reichthümer zu geben war, konnte man das System der Korruption aufrechterhalten und durchführen. Herr v. Tausch hätte gar nicht die Rolle spielen können, die durch den Prozess in die Oeffentlichkeit gedrungen ist, wenn die Polizei sich nicht bewußt gegen Wesen wäre, daß sie in sehr einflussreichen Kreisen Rückhalt findet. Ohne die Opposition, die seit Jahren von der Partei der Grafen Limburg und Mirbach gegen den Mann ohne Nar und Halm, gegen den Trouper, geführt wurde, hätte Tausch niemals wagen dürfen, zu solchen Mitteln zu greifen. (Zustimmung links.) Diese Opposition richtete sich nicht allein gegen Herrn v. Marschall, sondern auch gegen den neuen Reichskanzler. Wenn erst einmal Herr v. Marschall beseitigt war, dann kam so sicher wie etwas Fürst Bismarck selbst an die Reihe. Es hat mich heute mit Genugthuung erfüllt, daß der Reichskanzler eine Verhandlung dieser Angelegenheit trotz formeller Bedenken nicht abgelehnt hat. Eine Kompetenz des Reichstages wäre aber auch kaum zu bestreiten gewesen. Diese Legitimation des Reichstages besteht schon darin, gegen das Treiben gewisser einflussreicher Agenten gegen erste Reichsbeamte Stellung zu nehmen. Auch beim Etat an sich ist eine solche Besprechung möglich, denn im Etat des Reichsamts des Reichers sind 500 000 M. unter dem Titel „Geheimfonds“ vorgesehen, die das Reich zum großen Theil durch den Kanal der preussischen politischen Polizei verwendet. Wir haben also das Recht zu fragen, wie solche Summe gegebenenfalls verwendet wird.

Der Staatssekretär hat in dem Prozess ausgesagt, daß er seit dem berüchtigten Fall Normann-Schumann alles Vertrauen zur politischen Polizei verloren und seitdem jede Beziehung zu ihr abgebrochen habe. Das beweist, daß bis vor vier Jahren die politische Polizei in Preußen in direkter Beziehung zum Auswärtigen Amt stand. Allerdings hätte ich gewünscht, daß der Antrag weiter gegangen wäre; selbst wenn er vom Reichskanzler durchgeführt würde, würde damit herzlich wenig gewonnen. Der Fehler liegt in dem System der politischen Polizei. In diesem Punkt hat der bekannte Herr Normann-Schumann eine große Rolle gespielt. Der Staatssekretär war des Glaubens, daß gewisse Artikel, namentlich in der ausländischen Presse, die sich gegen den deutschen Kaiser, aber auch gegen den Grafen Caprivi und den Staatssekretär richteten, und die ordinärsten Angriffe enthielten, in erster Linie auf jenen Normann-Schumann zurückzuführen seien. Als nun vom Auswärtigen Amt mit Hilfe des preussischen Ministers des Innern, des Grafen Eulenburg, versucht wurde, daß dieser Normann-Schumann nicht mehr als Vertrauensmann der politischen Polizei in Thätigkeit gesetzt werden solle, hat ganz wunderbarerweise dieses Verlangen die entschiedenste Zurückweisung gefunden. Es sei, heißt es in dem Bericht, dem Grafen Eulenburg nicht möglich gewesen, diesen Vertrauensmann zu entlassen. Wunderbar, wie ein so untergeordnetes Organ, wie ein Vertrauensmann der Polizei ist, eine so einflussreiche Rolle spielt! Der politischen Polizei konnte es nicht unbekannt sein, daß Normann-Schumann der Verfasser jener berüchtigten Artikel war. Dieser Normann hatte die Eigenthümlichkeit, unter einer ganzen Reihe von Namen bei den verschiedensten Gelegenheiten aufzutreten; sein eigener Name ist Schumann, der Name Normann ist angenommen, ein dritter Name war Dr. Mundt; außerdem führte er noch andere Namen. Unter dem schottischen Namen hat er für das Memorial Diplomatique geschrieben. Ich hatte vor 4 Jahren Gelegenheit, durch einen unserer Vertrauensleute in London — wir haben nämlich auch Vertrauensleute (Heiterkeit), aber das sind eheliche Leute — zu erfahren, daß ein Dr. Schumann in Zellendorf, der notorisch im Dienste der Polizei stehe, trotzdem in dem Memorial Diplomatique eine ganze Reihe von Artikeln veröffentlichte, in denen höchste Personen des Deutschen

Reichs in der schmächtigsten und beleidigendsten Weise angegriffen wurden. Daß solche Leute sich in das Freie von Sozialdemokraten gefüllt haben, den agent provocateur spielen, ist schon vorgekommen, aber daß ein Agent der Polizei gegen Behörden, von denen er angestiftet und bezahlt war, gegen die höchsten Autoritäten so vorgehen sollte, hielt ich geradezu für unmöglich. Ich hat also den freimüthigen Abgeordneten Knörke (Heiterkeit), der auch in Zehlendorf wohnte, er möchte sich bei der dortigen Gemeindebehörde erkundigen, ob in der That ein solcher Mann dort existire. Nach einigen Tagen sagte mir Herr Knörke: Zunächst, ich kenne den Herrn zwar nicht, aber der Ortsvorstand hat mir bestätigt, daß er unter diesem Namen in Zehlendorf wohnt und zwar am Ende des Ortes, und daß er im Dienste des Ministeriums des Innern stehe. Darauf habe ich jemand beauftragt, der den Herrn eines Tages, als er aus Zehlendorf nach Berlin kam, beobachten mußte (Heiterkeit und Zwischenrufe rechts.) und gefunden, daß er sich an einen Herrn vom Ministerium des Innern gewandt hat. Was nun Herr Dr. Schumann unter seinem schottischen Namen geleistet hat? Zunächst habe ich einen Originalbrief dieses Dr. Schumann, datirt vom 15. Oktober 1891 an die Redaktion des „Mémorial diplomatique“, in dem er seine Mitarbeiterschaft für das Blatt anbot. Unter dem 10. November 1891 erhielt ich dann einen Originalbericht, der im „Mémorial diplomatique“ veröffentlicht war, in Urfchrift. Ferner lag mir vor eine Rechnungsaussstellung über einen eingeleiteten Artikel. Ferner ging mir zu von der Hand des Dr. Schumann ein Streifenband an den Herrn v. Mauderode von der politischen Polizei. Weiter erhielt ich die Nummern 44 bis 52 des „Mémorial diplomatique“ vom Oktober bis Dezember 1891 und weitere Nummern, in denen ohne Ausnahme die von mir charakterisirten Artikel enthalten waren. (Hört! hört! links.) Diese Artikel haben in den hiesigen Regierungs- und Hofkreisen das peinlichste Aufsehen erregt. Es wurde alles aufgeboten, um den Urheber festzustellen. Wenn nun damals — im Prozeß ist es nicht zum Ausdruck gekommen — auch Herr v. Tausch seinen Freund Schumann beauftragt hat, festzustellen, wer eigentlich die Artikel in das „Mémorial diplomatique“ lancirt habe, so versteht sich von selbst, daß auch bei dieser Gelegenheit nicht herauskam, wer das war. Ich habe später Gelegenheit gehabt, diesen Herrn v. Normann-Schumann persönlich kennen zu lernen. Ein Freund von mir bewarb sich um das Grundstück, in dem er wohnte. Und ich benutzte die Gelegenheit, unter dem Vorwande, mir das Grundstück anzusehen, den Herrn kennen zu lernen. Da habe ich denn nach kurzer Unterhaltung herausbekommen, daß er ein sehr gewandter, außerordentlich geliebter Mensch war, aber auch von ganz unglaublicher Indiskretion. Dies Zusammenreffen fand statt unmittelbar nach den Feierlichkeiten in Kiel. Dort war Schumann wieder politischer Polizeiberichterstatte, hatte zu den intimsten Kreisen Zutritt und hat eine ganz unglaubliche Menge Klatschereien und Tratsch meinen Freunden und mir ohne jede Veranlassung zum besten gegeben. Er hat damals und später mehrmals erwähnt, daß er mit dem Grafen Waldersee sehr genau bekannt sei, zu ihm gewissermaßen in freundschaftlichen Beziehungen stehe und daß Graf Waldersee eine Hypothek auf ein Grundstück in Charlottenburg ihm gegeben habe. Thatsache ist, daß 1892 Schumann im Kantener Anabenmord-Prozeß eine Rolle spielte, in dem benachbarten Cleve in einem jüdischen Hotel logirte und dem Grafen Waldersee einen Brief schrieb mit den Anfangsworten: „Hier geben die unglaublichen Dinge vor.“ Normann-Schumann reiste auch nach Wien, logirte im Grand Hotel unter dem Namen einer alten preussischen Adelsfamilie, erschien bei der Redaktion des „Wiener Tageblattes“ und veranlaßte dies die bekannten Vorgänge in der Welsensfonds-Affäre gegen die Verwandten des Herrn v. Bötticher aufzunehmen. Diese Kenntnis konnte er nur auf grund intimster Bekanntschaft haben, in deren Auftrage er jedenfalls nach Wien gegangen war, denn die Reise war sehr kostspielig. Derselbe Normann-Schumann hat hinter den Kulissen im Judenstinten-Prozeß des Kollegen Ahlwardt eine gewisse Rolle gespielt und sie haben dort mit einander gemogelt. Ahlwardt erhielt während seiner Haft sehr häufig den Besuch des Herrn v. Tausch (hört! hört! bei den Sozialdemokraten), der ihn mit Zeitungen und allem möglichen unterstützte; wenigstens kann ich mich kaum entsinnen, daß ich einen Gefangenen nach sechs Monaten Gefängnis so wohl erhalten gesehen hätte. (Heiterkeit.) Dazu kann doch wohl nicht bloß die geistige Stärkung des Herrn v. Tausch beigetragen haben. Normann-Schumann hat es auch mit Herrn Tausch fertig gebracht, daß der Korrespondent des „New-York Herald“ aus Berlin ausgewiesen wurde und daß er sich an dessen Stelle setzte. Schumann benutzte diese Stellung des Korrespondenten dazu, wieder dasselbe Treiben wie im „Mémorial Diplomatique“ gegen die Herren von der Regierung in Szene zu setzen. Alle diese Vorkommnisse geben doch zu denken. Als vor zwei Jahren die für gewisse Kreise sehr böse Nachricht durch die Presse ging, daß im Verlag von Casar Schmidt in Zürich die Welsensfonds-Aussittungen veröffentlicht werden sollten, war es derselbe Mann, der im Auftrage der politischen Polizei bezw. des Herrn v. Tausch sofort nach Zürich reiste, um dort mit diesem Buchhändler Verhandlungen anzuknüpfen, damit die Aussittungen nicht veröffentlicht würden. Derselbe Mann ist es auch, der den Grafen Caprivi als Veranlasser des Artikels in der „Köln. Zeitung“ denunzirte gegen den Grafen Botho Eulenburg, auf grund dessen Caprivi seinen Abschied nahm.

Im vergangenen Sommer richtete der Berichterstatte Whitman einen Brief an den Fürsten Bismarck. Es ist auffallend, daß einige Tage danach, als der Brief in die Hände des Fürsten Bismarck gelangt war, bei dem Schreiber des Briefes ein Beamter der politischen Polizei erschien und sich bei seinem Hauswirth nach den Verhältnissen erkundigte mit der Notiz, wenn der Herr hätte an den Fürsten Bismarck einen Brief geschrieben, über den die politische Polizei verschiedene Aufschlüsse begehre. Wie geht es zu, daß ein solcher Brief nach wenigen Tagen in die Hände der politischen Polizei bezw. des Herrn v. Tausch gelangte? Es scheint danach, daß die früheren amtlichen Beziehungen des Fürsten Bismarck zu gewissen Leuten der politischen Polizei auch später noch, als er außer Amtes war, fortgesetzt wurden und daß Fürst Bismarck ab und zu die Dienste des Herrn v. Tausch in Anspruch genommen hat, wenn es ihn interessirte, über gewisse Leute etwas zu erfahren, die sich an ihn herandrängten oder etwas mit ihm zu thun haben wollten. (Zwischenrufe des Abg. Graf v. Bismarck: Unfinn!) Wenige Tage danach erhielt der betreffende Herr von einem Dr. Mundt alias Dr. Normann-Schumann ein Schreiben, worin es hieß, der Herald-Korrespondent sei von der türkischen Regierung gekauft, um in seinem Blatte die Kreier und Griechen zu beschimpfen. Daß Herr v. Tausch der Ansicht war, daß es für das Deutsche Reich und Wahrscheinlich auch für ihn als Polizeikommissar garnichts schöneres geben könnte, als daß das System Bismarck wieder auflebe, beweist die Mittheilung Löwows, daß Tausch ihm erklärt habe, im Grunde genommen müßte an Stelle des Herrn v. Marschall Graf Bismarck stehen, daß sei der richtige Mann und er betrachte Herrn v. Marschall als eine Art Usurpator an einem Posten, der in Wahrheit einem Mitgliede der Familie des Fürsten Bismarck zukomme. (Heiterkeit.)

Auch die Beziehungen des Herrn v. Tausch und des Grafen Philipp Eulenburg geben zu denken. Es ist aber festgestellt worden in dem Prozeß, daß Tausch wiederholt Löwow beauftragt hat, gewisse Artikel ihm zu verfassen und Berichte zu schreiben in der Absicht, sie dem Grafen Eulenburg in die Hände zu spielen oder direkt zuzufenden in der Absicht, daß sie durch Eulenburg in die Hände des Kaisers gelangten. Eulenburg, der als Vorkämpfer in Wien der Untergebene des Staatssekretärs v. Marschall ist, hat es über sich gewonnen, mit Umgehung seines Chefs direkt bei dem Kaiser dahin vorstellig zu werden, daß Tausch eine ganz besondere Ordensauszeichnung zu theil werde. Graf Eulenburg hat ihm außerdem einen Gratulationsbrief geschrieben. Dem Staatssekretär mußte es nun außerordentlich wichtig erscheinen, durch diesen Prozeß festzustellen, wie weit diese Beziehungen reichten, und der Prozeß hat es schon durch die Zusage

förderung des eben charakterisirten Materials erwiesen. Erst veranlaßte Tausch seine Vertrauensleute, die höchsten Personen zu verächtigen, und dann erhielt er den Auftrag, durch seine Organe ausfindig zu machen, wer der Verfasser jener Artikel sei. Diese Verfasser sind aber seine eigenen Vertrauensleute. Als Tausch in dem Prozeß die Rolle des Angeklagten übernehmen mußte, trat er in dreifacher — ich möchte sagen — in geradezu frecher Weise auf und fragte herausfordernd, ob er denn der Angeklagte sei. Ich will nicht näher darauf eingehen, ob es Herr v. Tausch fertig gebracht hat, mit Hilfe seiner Agenten zu bewirken, daß nächst dem Grafen Caprivi auch der Kriegsminister und schließlich auch das Diebstahlstünd der Konserwativen, Herr v. Köller, zum Abschied gezwungen wurde. Das lag wohl weniger in dem Willen des Herrn v. Tausch, sondern war die nothwendige Folge des ganzen Intrigenspiels, die nothwendige Folge der Korruption der politischen Polizei.

Ich möchte hier die Frage vorlegen, ob es nicht nothwendig sei, eine Revision derjenigen politischen Prozesse vorzunehmen, in denen Herr v. Tausch eine Rolle gespielt hat. (Sehr richtig! links.) Ich habe die Befürchtung, daß dieser durch und durch gewissenlose Mensch für seine egoistischen und ehrgeizigen Zwecke seine Stellung mißbraucht hat, um arme Menschen ins Unglück zu stürzen und sich bei der Regierung ein rothes Bündchen zu verdienen. Bereits als Herr v. Bismarck noch Gefandter in Frankfurt a. M. war, sah er sich veranlaßt, einen Brief an seinen Chef zu schreiben, in dem er sich über die politischen Agenten beider beschwerte. Der Hochverraths-Prozeß gegen den Fabrikanten Schöffel und den Tischler Wurm aus dem Jahre 1848 wurde durch den Chef der politischen Polizei, Herrn Stieber in Szene gesetzt. Dieser Prozeß ging ohne Resultat aus, brachte aber dem Tischlergesellen Wurm, der zwar ein Schwärmer, aber ein ungefährlicher Mann war, 14 Jahre Zuchthaus. Dieser Prozeß war nur möglich dadurch, daß Herr Stieber selbst als Maler Schmidt sich bei den genannten Personen eingeführt und das Material zu dem bekannten Prozeß geliefert hat. Ich erinnere an den Prozeß Waldeck und an die Aera Hinkeldey. Als in Preußen die neue Aera kam, wagte der Oberstaatsanwalt Schwarz seine langjährigen Erfahrungen über die Schandwirthschaft der politischen Polizei zur Sprache zu bringen. Er hat wiederholt bei dem Polizeipräsidenten darauf gedrungen, daß diesen Gewaltthätigkeiten und Willkürlichkeiten der politischen Polizei ein Ende bereitet werde; mit welchem Erfolge, das wissen Sie alle. Der Prozeß Ledert-Löhnow hat uns also nichts Außergewöhnliches gebracht. Solange eine politische Polizei besteht, ist es immer so gewesen. Steht dieselbe Schweinerei. Trotzdem wurde Herr Stieber zum Chef der politischen Polizei von Bismarck gemacht und die politische Polizei neuorganisirte. Beim Beginn des Sozialistengesetzes war der Stamm der Beamten der politischen Polizei ein verhältnismäßig kleiner. Er bestand aus einem Mitglied des Präsidiums, einem Polizeirath, einem Kriminalkommissarius, einem Polizeiwachmeister, 13 Schulheuten und 5 Beamten, die die Presse zu kontrolliren hatten. Unter dem Sozialistengesetz waren hunderte von Personen beschäftigt. Sie haben alle Veranlassung, als Mitglieder der Einzellandtage darauf hinzuwirken, daß die politische Polizei nicht regenerirt, sondern beseitigt wird. Nur so können wir vor ähnlichen Vorkommnissen geschützt werden. Wie wir bisher es stets abgelehnt haben, irgend einer politischen Behörde geheime Fonds zur Verfügung zu stellen, so werden wir auch bei Veranlassung des Staats des auswärtigen Amtes uns entschieden gegen die geforderten 500 000 M. erklären. Das Institut der politischen Polizei ist eine Schule der Niedetracht und Korruption; sie muß so bald als möglich beseitigt werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Marschall: Der Vorredner hat die Person eines Beamten meines Ressorts in die Debatte gezogen, wogegen ich protestiren muß. Der Vorredner hat behauptet, daß der Agent Löwow Artikel habe schreiben müssen, die Herr v. Tausch dem Grafen Eulenburg zuzufenden könne. Das ist nicht erwiesen worden. Der Orden ist dem Herrn v. Tausch verliehen wegen der Thätigkeit, die er für die Sicherheit der höchsten Personen ausübten hatte. Der Vorredner hat den Normann-Schumann in Verbindung gebracht mit einem hochgestellten Offizier. Es ist nichts davon bewiesen, daß die Agenten einen hochgestellten Hintermann gehabt haben. (Heiterkeit.) Die Herren haben die Sache geschäftsmäßiger betrachtet. Ist es doch festgestellt, daß für einen kleinen Artikel, dessen Inspirator ich sein sollte, eine Summe von 80 M. gezahlt wurde. Die Suche nach hochgestellten Hintermännern ist nichts weiter als ein leichtfertiges Spiel mit der Ehre seiner Mitmenschen. (Beifall.)

Abg. Graf Limburg-Stirum (l.): Darauß, daß ein Vorkämpfer einem untergeordneten Beamten einen Orden verschafft, ist garnichts zu schließen. (Zuruf des Abg. Bebel: Nehren Sie vor Ihrer eigenen Thür, Herr Graf!) Die politische Polizei wird immer nothwendig sein, sollten Sie (zu den Sozialdemokraten) ans Ruder kommen, so werden Sie noch rücksichtsloser sein. (Sehr wahr! rechts.) Daß die gegenwärtige Regierung die Polizei nicht entbehren kann, zeigt Ihre Gegenwart (Gelächter links). Die Regierung muß wissen, was Sie planen (Widerspruch links). Wenn ein Veteran Ihrer Partei gesagt hat, daß nach einer Besetzung der deutschen Armees der Moment für die Sozialdemokratie gekommen wäre, so ist das bedenklich. (Zuruf des Abg. v. Bismarck: Quasich! Vizepräsident Schmidt: Ich habe einen Zwischenruf gehört, der nicht in der Ordnung war, ich vermittele mir das.) Meine Rede im Abgeordnetenhaus war der Kern der eingehenden Verhandlungen, der Widerspruch der Anschauungen der weitaesten Kreise des Landes (Widerspruch links; Zurufe: Wer denn?), Kreise, deren politische Bedeutung Sie nicht verkennen können. Eine politische Animosität gegen den Staatssekretär liegt mir fern. Wir sind einander gekommen wegen der Handelsverträge. Aber politische Meinungsverschiedenheiten begründen keine Gegnerschaft. Der Staatssekretär hat sich der answärtigen Angelegenheiten so angenommen, daß es wünschenswerth ist, daß er sie auch weiter führt (Heiterkeit links). Ich habe gesagt, daß die Behörde nur mit einer anständigen Presse verkehren soll, die nicht auf Sensation und Abonnentenzug aussehe. Ich will keine Namen nennen, aber Sie werden gleich wissen, welche Presse ich meine! Ich habe ferner gesagt, daß man nicht mit solchen Blättern verkehrt, die eine tendenziöse Haltung gegen andere Blätter einnehmen. Damit habe ich die „Kölnische Zeitung“ gemeint. Ich habe davor gewarnt, daß Leute empfangen werden ohne Autorisation des Chefs des Amtes. Der Staatssekretär bestreitet, daß Herr Singold-Stark empfangen worden sei; aus dem Prozeßberichte geht hervor, daß er empfangen ist von einigen Räten und daß dabei die Thüren verschlossen waren. Wenn das geschehen wäre zu der Zeit, wo ich vortragender Rath war, ich wäre aus meinem Amte entfernt worden. Der eigentliche Zweck des Prozeßes, die Verurtheilung der untergeordneten Journalisten, hätte durch einfachere Mittel erreicht werden können. Ich bin der Meinung, daß man im Wege des Disziplinarverfahrens gegen Herrn v. Tausch dasselbe hätte erreichen können. Der Erfolg des Prozeßes hat eine Diskreditirung der politischen Polizei mit sich gebracht.

Staatssekretär v. Marschall: Ich habe auch keinerlei Animosität gegen den Vorredner, es besteht also volle Gegenseitigkeit. Der Vorredner hat sich als Gegner der Handelsverträge erklärt, er wird es verstehen, daß ich nach wie vor die Handelsverträge für gut und nothwendig halte. Was den Singold-Stark betrifft, so ist es richtig, daß es dem Herrn, nachdem er einmal abgewiesen, nachträglich gelungen ist, bei einem Herrn einzudringen. Das ist verboten worden und giebt also keinen Anlaß zu der Behauptung, daß ganz untergeordnete Subjekte Zugang zum Ministerium hatten. Der Vorredner hat dargelegt, wie man den Prozeß hätte führen sollen, um seine Zustimmung zu finden. Wäre ich nach seinem Recepte vorgegangen, so hätte man mir das Sprichwort entgegengehalten: Die kleinen Diebe hängt man, die großen läßt man laufen! (Sehr richtig!)

Abg. Richter: Es ist eine allgemeine Sache, die ebenso gut jeden andern hohen Beamten hätte treffen können. Der Reichstanzler meint, man könnte auch die bayerische und württembergische Polizei zur Rede stellen. Das trifft nicht ganz zu. Es handelt sich um

die Polizei am Sitz der Reichsbehörde, um die Polizei des größten deutschen Staates, dessen Ministerpräsident der Reichstanzler ist. Graf Mirbach redete allerdings um die Sache herum; er hatte sich präparirt auf eine Rede gegen den Abg. Mundel wegen Verunglimpfung der politischen Polizei. Da erschien der Staatssekretär auf der Bildfläche. Je graufamer die Konserwativen von den Ministern abgeföhrt werden, um so höflicher werden sie. (Große Heiterkeit.) Schade, daß Graf Bismarck-Stirum nicht dargethan hat, welche weiten Kreise denn hinter ihm stehen? Die preussischen Traditionen sind verlernt! Merken Sie den Stich? Der Staatssekretär ist aus Baden, das kann man nicht verschmerzen. (Zustimmung links.) Der Herr hat ein Verdict, daß er den in Preußen überkommenen Anflug der politischen Polizei wenigstens an einem Ende scharf angefaßt hat. In dem Stadium, in welchem sich die Sache befand, blieb dem Staatssekretär nichts anderes übrig, als sich in die Öffentlichkeit zu flüchten. Das hat Graf Bismarck auch gethan. Haben Sie denn den Armin-Prozeß ganz vergessen? (Sehr richtig! links.) Dem Staatssekretär bin ich dankbar für die klassische Darlegung des Wertes der Öffentlichkeit im Strafverfahren. Damit ist auch der letzte Gegner der Öffentlichkeit im Militärstrafverfahren gebrochen. (Heiterkeit.) Aufgelärt ist aber noch nicht, weshalb es 3 Jahre gedauert hat, ehe Remedur in diesen Dingen geschaffen werden konnte. Man konnte doch eher gegen die politische Polizei vorgehen, nachdem das Auswärtige Amt seit Jahren vermindert hatte, der politischen Polizei Aufträge zu geben. Wenn eine Eingkeit im Ministerium vorhanden ist, wäre es nöthig gewesen, das ganze Institut einer Prüfung zu unterwerfen.

Der Reichstanzler sagt: Die politische Polizei sei nicht entbehrlich. Die politische Polizei ist aber ein Anwalt der verschiedensten Befugnisse: Ueberwachung der Presse, der Vereine und Versammlungen, die Zensur der Theater u. s. w. Als man beim Sozialistengesetz das Personal der Polizei verstärkte, hat sich ein ganzes System herausgebildet, nicht zur Verhütung von Verbrechen, sondern zur Beforgung von politischen Recherchen, nicht im Auftrage, sondern nur theil auf Lager. Dadurch wird die ganze Welt mit einem Spionagesystem überzogen und die politische Polizei kommt schließlich darauf, selbst Politik zu treiben. Aus der politischen Polizei ist der große Prozeß gegen die Sozialistenpartei hervorgegangen, der mit einem so kläglichen Fiasco geendet hat, daß die Regierung selbst das Verbot der Vereinigung von Vereinen nicht mehr aufrecht erhalten will. Der preussische Minister des Innern hat durchaus nicht gesagt, daß er schon Schritte gethan hätte zur Reformirung der politischen Polizei; er hat nur etwas in Aussicht gestellt. Der Minister des Innern ist nicht hier (Zuruf: Er war hier!); er hätte doch wenigstens den Rahmen angeben können, wie die Umgestaltung erfolgen soll. Es handelt sich um die Polizei überhaupt. Wenn das einem Staatssekretär passiert, so kann er sich verteidigen. Aber wie soll es einem einfachen Manne gehen, wenn er solchen Angriffen der Polizei ausgesetzt ist? Mag nun der Reichstanzler als solcher oder als Ministerpräsident sich der Sache annehmen, jedenfalls sollte er es energischer thun, als es bisher geschehen ist. (Beifall links.)

Abg. Graf Bismarck: Um so weniger will ich Sie mit einer langen Rede behelligen, als man sich ein abschließendes Urtheil über die Dinge erst wird bilden können, wenn der sich ausfüllende lange hingedehnte Prozeß Tausch zur Verhandlung kommen wird. Ich will nur eine Behauptung des Abg. Bebel richtig stellen. Er hat von einem Briefe gesprochen, den irgend jemand über Kreta an den Fürsten Bismarck geschrieben hätte. Dieser Brief wäre wenige Tage nach seinem Eintreffen in Friedrichshagen in Berlin und sogar in den Händen des Herrn v. Tausch gewesen. Daran hat Herr Bebel eine Aeußerung oder Andeutung geknüpft, die sich in der Richtung bewegt wie manche Insinuation der den Herren naheliegenden Presse im Laufe dieses Winters, nämlich daß dieser Herr v. Tausch doch wohl Beziehungen zum Fürsten Bismarck von früher her gehabt haben müsse, weil er sonst nicht Kenntniß von diesem an sich ganz gleichgültigen Briefe hätte haben können. Um diese Andeutung sich nicht verächtlich zu lassen zu Material für Insinuationen in einer gewissen Presse, will ich nun sagen, daß sie vollständig der Begründung entbehrt. Dieser Polizeikommissar ist meines Wissens erst 1890 nach Berlin gekommen. Fürst Bismarck hat ihn in seinem Leben nicht gesehen, und er ist auch mir persönlich unbekannt. Ich habe seinen Namen auch nie gehört, so lange ich im Amt gewesen bin, außer ein einziges Mal bei einer nicht sehr geschickt geführten Angelegenheit im Reichslande. Sein Name war mir aber entfallen. Wenn also der Kommissar Kenntniß gehabt hat von Briefen, die eigentlich nur zwei Leuten bekannt sein konnten, so kann das nur auf einem anderen Wege geschehen sein. Nach dem, was wir vom Bundesrathliche gehört haben, hat dieser Polizeikommissar lediglich auf seine eigene Rechnung gearbeitet. Vielleicht giebt der Prozeß auch über diesen Brief Aufklärung darüber, ob v. Tausch das Briefgeheimniß verlegt hat, um sich Material zu verschaffen, das er gelegentlich verwenden könnte. Gerade dieser Kriminalkommissar hat, wie mir erzählt worden ist, bei einer Zentralbehörde 1892 ausgefagt, daß der Artikel, den der Herr Staatssekretär mit recht so scharf kritisirte und der dem Normann-Schumann zugeschrieben wird, auf mich zurückzuführen wäre. Ich will feststellen, daß, wenn dieser Herr v. Tausch irgend eine Beziehung zum Fürsten Bismarck oder mir hatte, es nur eine unfreundliche hätte sein können. Wenn dann der Abg. Bebel noch mit einem gewissen Behagen eine Bemerkung wiederholt hat, die der Singold-Stark in dem Prozeß gemacht haben soll, dahin, Herr v. Tausch wüßte, mich in Amt und Würden zu sehen, so ist das nicht einmal erwiesen. Aus der Weltäre des Prozeßes hätten Sie ersehen können, daß dieser Stalk der Vertrauensmann des Berliner Tageblattes, also eines demokratischen, uns feindlichen Blattes war, einseitig diese Aufgabe gemacht hat und daß Tausch darüber garnicht vernommen worden ist. Herr v. Tausch hätte ebensogut behaupten können, daß er bei mir zu Mittag essen sollte. Ich hoffe, daß nach dieser Klarstellung die Angriffe einer gewissen Presse schweigen werden. Ich habe es nicht für nöthig gehalten, mich mit dieser Sorte von Presse dementirend abzugeben, ich habe aber im Reichstage meinen Mann stehen wollen.

Abg. Graf Mirbach: Ich habe mich vorhin wegen meines schlechten Gehörs entschuldigt. Meine Worte sollten keinerlei Verleumdung enthalten.

Darauf wird ein Vertagungsantrag angenommen. Persönlich bemerkt Abg. Bebel, daß seine Bemerkungen bezüglich des Grafen Eulenburg und des Grafen Waldersee nicht auf bloßen Kombinationen beruhen. Ein Angriff auf den Grafen Bismarck habe ihm ferngelegen, er wollte nur den Standpunkt des Herrn von Tausch charakterisiren.

Abg. Graf Limburg: Die Rede des Abg. Richter war eine solche, wie wir sie von ihm gewöhnt sind; er ist sehr unfeindlich und erhebt in der Gesellschaft nicht übliche Angriffe; einen solchen Erguß kann man sich leicht gestatten, wenn keine Gefahr dabei ist.

Abg. Liebknecht protestirt unter großer Anthebe des Hauses dagegen, daß er auf eine Niederlage der deutschen Armees gerechnet habe; er habe nur ausgefagt, daß Deutschlands Macht nicht auf seinen Armen, sondern auf seinem Volke und dem allgemeinen Wahlrecht beruhe.

Abg. Richter: Ich habe schon schwächere Reden des Abg. Graf Limburg gehört. Verleidigungen habe ich nicht vorgebracht, sonst würde mich der Präsident korrigirt haben. Die Hinweisung auf eine Tapferkeit im Grunewald konnte nur am Plage sein, wenn der Spiritus zur Antwort ausgegangen ist. Meinen Anschauungen von Anstand entspricht es nicht, einem Staatssekretär anzugreifen, der im Abgeordnetenhaus nicht anwesend sein konnte.

Abg. Graf Limburg bestreitet, daß er den Staatssekretär angegriffen habe; er habe nur sachlich kritisirt; die Vertheidigung gebührte dem Staatsministerum.

Schluß 5 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr. (Fortsetzung der Verathung des Staats des Reichstanzlers.)

Depeschen siehe am Schlusse der I. Beilage.

Parlamentarisches.

Der Entwurf eines Gesetzes wegen Abänderung des Gesetzes, betreffend die Beschlagnahme des Arbeits- oder Dienstlohnens, und der Zivil-Prozessordnung, über dessen Vorlage wir schon kurz berichteten, hat folgenden Wortlaut:

Artikel 1. Das Gesetz, betreffend die Beschlagnahme des Arbeits- oder Dienstlohnens, vom 21. Juni 1869 (Bundes-Gesetzbl. S. 242) wird dahin geändert:

1. Der § 4 Nr. 3 erhält folgende Fassung: auf die Beitreibung der den Verwandten, dem Ehegatten und dem früheren Ehegatten für die Zeit nach Erhebung der Klage und für das diesem Zeitpunkt vorausgehende letzte Vierteljahr kraft Gesetzes zu entrichtenden Unterhaltsbeiträge;

2. Als § 4a wird folgende Vorschrift eingefügt: Auf die Beitreibung der zu Gunsten eines unehelichen Kindes von dem Vater für den im § 4 Nr. 3 bezeichneten Zeitraum kraft Gesetzes zu entrichtenden Unterhaltsbeiträge findet dieses Gesetz nur insoweit Anwendung, als der Schuldner zur Beitreibung seines nothdürftigen Unterhalts und zur Erfüllung der ihm seinen Verwandten, seiner Ehefrau oder seiner früheren Ehefrau gegenüber gesetzlich obliegenden Unterhaltspflicht der Vergütung (§§ 1, 3) bedarf.

Artikel 2. Der § 749 Absatz 4 der Zivilprozess-Ordnung erhält folgende Fassung:

In den Fällen der beiden vorhergehenden Absätze ist die Pfändung ohne Rücksicht auf den Betrag zulässig, wenn sie wegen der den Verwandten, dem Ehegatten und dem früheren Ehegatten für die Zeit nach Erhebung der Klage und für das diesem Zeitpunkt vorausgehende letzte Vierteljahr kraft Gesetzes zu entrichtenden Unterhaltsbeiträge beantragt wird. Das gleiche gilt in Ansehung der zu Gunsten eines unehelichen Kindes von dem Vater für den bezeichneten Zeitraum kraft Gesetzes zu entrichtenden Unterhaltsbeiträge; diese Vorschrift findet jedoch insoweit keine Anwendung, als der Schuldner zur Beitreibung seines nothdürftigen Unterhalts und zur Erfüllung der ihm seinen Verwandten, seiner Ehefrau oder seiner früheren Ehefrau gegenüber gesetzlich obliegenden Unterhaltspflicht der Bezüge bedarf.

Die Wirkung der Handelsverträge. Der Abg. Dr. Barth (r. l. Vg.) und Genossen hat einen Antrag eingebracht, der Reichstag wolle beschließen:

„Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage baldmöglichst eine Denkschrift über die erkennbaren volkswirtschaftlichen Wirkungen der seit 1892 bzw. 1894 zwischen dem Deutschen Reich einerseits und Oesterreich-Ungarn, Italien, Belgien, der Schweiz, Serbien, Rumänien und Rußland andererseits bestehenden Handelsverträge vorzulegen.“

Die Kommission zur Vorberathung der Unfallgesetz-Novelle

hat ihre ersten beiden Sitzungen gestern und vorgestern abgehalten. Für die politische arbeiterfeindliche Situation bezeichnend ist, daß die Kommission in ihrer Mehrheit bereits bei Begrenzung des Kreises der versicherungspflichtigen Betriebe überaus feindselig den auf Ausdehnung der Unfallgesetzgebung seitens der Sozialdemokraten gestellten Anträgen gegenübersteht. Grillenberger, Wollenbühr und Stadthagen, die Mitglieder der Kommission, beantragten Ausdehnung der Unfallversicherung auf alle Arbeiter, insbesondere also auf das Kleingewerbe, das Handwerk, die Handlungsgehilfen und das Gefinde. Sämmtliche Anträge wurden nach lebhafter Debatte gegen ihre Stimmen abgelehnt. Dasselbe Schicksal erfuhr ihre eventuellen Anträge, die Unfallversicherung auf den Fischereibetrieb, den Apothekenbetrieb, die Organe und Beamten der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften, die Kassenboten in kaufmännischen Betrieben unter das Gesetz zu stellen. Da das Reichs-Versicherungsamts, wie Wollenbühr an einer Reihe von Urtheilen darlegte, sich hier und da der irrigen Ansicht zumeist, Akkordarbeiter, die gemeinschaftlich eine Arbeit übernehmen, seien keine — Arbeiter, sondern Unternehmer, ist eine Definition des Begriffes Arbeiter für eine sichere, gleichmäßige Anwendung desselben dringend erforderlich. Unsere Genossen beantragten deshalb, dem § 1 folgenden Absatz zuzufügen: „Arbeiter im Sinne dieses Gesetzes ist derjenige, der vertraglich verpflichtet ist, einen Theil seiner geistigen oder körperlichen Arbeitskraft für ein wirtschaftliches oder ein gemeinschaftliches Unternehmen eines anderen oder für die häusliche Gemeinschaft eines anderen gegen einen vereinbarten Lohn zu verwenden; die Lohnform (Zeitlohn, Stücklohn, Akkordlohn, Werklohn, Geldlohn, Naturalbezüge, freie Wohnung, Kost, Feuerung u. s. w.) ist für den Begriff „Arbeiter“ unerheblich. Zu den Arbeitern im Sinne dieses Gesetzes werden auch gerechnet: 1. Lehrlinge, 2. diejenigen Personen, welche gemeinschaftlich die Ausübung einer Arbeit für das Gewerbe, die Wirtschaft oder die Hausgemeinschaft eines anderen übernommen haben, 3. diejenigen Personen, welche für bestimmte Gewerbetreibende außerhalb der Arbeitsstätte der letzteren mit der Anfertigung gewerblicher Erzeugnisse beschäftigt sind, und zwar auch dann, wenn sie die Roh- und Hilfsstoffe selbst beschaffen. Auch dieser Antrag fiel durch dieselbe Mehrheit. Gegen 6 Stimmen fiel der gleichfalls sozialdemokratischerseits gestellte Antrag, auch Unglücksfälle, die auf dem Wege von oder nach der Arbeitsstätte sich ereignen, für versicherungspflichtig zu erachten. Etwas besser ging es ihrem Antrag, auch die in Betrieben der Strafanstalten Beschäftigten zu versichern und als neuen Paragraphen einzuschalten: § IX. Untersuchungsgefangene, Strafgefangene, in Besserungsanstalten oder Arbeitshäusern Detainirte, in Armen- oder Sitten-Anstalten Beschäftigte sind gegen die Folgen der bei ihrer Arbeit sich ereignenden Unfälle versichert, wenn die Arbeit, falls sie außerhalb der Anstalt freiwillig gegen Entgelt verrichtet wäre, als eine in einem versicherungspflichtigen Betriebe verrichtete zu erachten wäre. Der Anspruch dieser Personen auf Unfallrente ruht während der Dauer der Straftat.“ Selbst Freiherr v. Stumm mußte sich für diesen im Interesse der Humanität, der Gerechtigkeit und im Interesse des durch Strafanstaltsarbeiten geschädigten Gewerbes liegenden Antrages „im Prinzip“ erklären, sprach und stimmte aber dennoch gegen denselben. Regierungsseitig wurde betont, daß der Antrag das Zustandekommen des Gesetzes gefährden würde. Preußen habe sich dagegen erklärt, weil die Versicherung der Strafgefangenen die Disziplin lockern würde und weil, falls Versicherung eintreten würde, noch schwerer Unternehmer sich bereit finden würden, Zuchtanstalts-Konkurrenzarbeit ausüben zu lassen. Da von allen Parteien eingesehen wurde, daß der gestellte Antrag besonders von den Handwerkern mit Freuden begrüßt würde, so war man um einen Ausweg verlegen. Herr v. Stumm fand ihn. Er brachte die vöblig bedeutungsvolle Resolution ein: Den Reichskanzler anzusuchen, noch vor Beginn der Plenarberatungen einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der die Strafgefangenen einer Unfallversicherung unterwirft. Durch diese Resolution gelang es, ein Paar Zentrumsleute und die Konservativen zum Umfoll zu bringen. Die Anträge unserer Genossen wurden mit 12 gegen 10 Stimmen abgelehnt und dadurch den Gewerbetreibenden wieder einmal vor Augen geführt, wie sehr diese mit dem Mund für den Mittelstand eintretenden Parteien in Wahrheit, gegen deren Interesse fortgesetzt handeln. Angenommen wurden die von den Abgeordneten v. Stumm bezeichneten R ö s i c k e und E n g e l s gestellten Anträge, die Unfallversicherung auf alle Schlosser- und Schmiedebetriebe, gewerblichen Bauereien und auf das Fleischergewerbe auszudehnen. Mit diesen Änderungen wurde § 1 des Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetzes angenommen. — Die nächste Sitzung findet am 8. Februar um 10 Uhr statt.

Subjekt-Kommission. Die Kommission beginnt mit der Weiterberathung der einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats für die

Armee. Gefordert werden zur Vermehrung der Reserven an Verpflegungsmitteln, letzte Rate, 342 000 M., die für den württembergischen Etat gefordert werden. Es entsteht eine Debatte darüber, ob es zweckmäßig sei, im jetzigen Stadium der Etatberathung über den Posten zu beschließen. An der Debatte betheiligen sich der Unterstaatssekretär A s c h e n b o r n und die Abgg. Richter und Lieber. Man kommt überein, für Württemberg die Forderung zu bewilligen, dagegen die korrespondirende Forderung für Preußen (3 120 000 M.) auszusetzen.

Im Etat der Einnahmen der Militärverwaltung wird die Einnahme für Verkauf von Grundstücken in Karlsruhe, die mit 944 780 M. angelegt ist, um 108 980 M. gekürzt, da die letztere Summe von der Stadt Karlsruhe bereits gezahlt wurde.

Es wird beschlossen, in eine zweite Beratung der einmaligen Ausgaben einzutreten. Im Namen des abgehaltenen Kriegsministers nimmt General v. Gemmingen das Wort, um darzulegen, daß der Kriegsminister gegen die Beschlüsse der Kommission in Sachen der einmaligen Ausgaben nichts einwenden wolle, wenn die Kommission die mit 13 gegen 11 Stimmen abgelehnte Forderung für Osabrück annehme. Abg. Richter regt an, als Kompensation die bewilligte Forderung für das neue Kadettenhaus in Naumburg zurückzugeben. General v. Gemmingen erklärt, daß er nicht bevollmächtigt sei, über die vom Abg. Richter gemachte Anregung eine Zusage machen zu können, dagegen erklärt er sich bereit, wenn auch mit schwerem Herzen, ca. 150 000 M. bewilligte Forderungen in seinem eigenen Verwaltungsdepartement preiszugeben. Oberst v. Wallmer giebt noch einmal eine Uebersicht über die schlechten Kasernierungsverhältnisse in Osabrück. Abg. Hammacher befürwortet die Bewilligung, die mit großer Mehrheit ausgesprochen wird.

Auf Antrag Richter wird nochmals die Forderung für Naumburg, erste Rate für ein neues Kadettenhaus, 513 500 M., zur Debatte gestellt und beantragt er die Ablehnung der Forderung. Abg. Lieber erklärt sich gegen den Antrag Richter, ebenso Abg. v. Massow. Nachdem auch noch mehrere der Kommissare sich für die Forderung ausgesprochen haben, wird der Antrag Richter mit großer Mehrheit abgelehnt. Eine Petition der Stadt Hünningen im Elsaß um eine Garnison wird abgelehnt durch Uebergang zur Tagesordnung. Schluß der Sitzung; nächste Sitzung Dienstag.

Die Kommission des Herrenhauses zur Vorberathung des Lehrerbildungs-Gesetzes nahm gestern Nachmittag zunächst § 19 (Naturalleistungen) unter Streichung des ersten Satzes: „Bei Errichtung neuer Schulstellen darf das Grundgehalt weder ganz noch zum Theil in Naturalleistungen festgesetzt werden“, an.

Partei-Nachrichten.

Der Naumann'schen „Zeit“ war aus Bochum geschrieben worden: „Die von etlichen Sozialdemokraten Bochums geplante demonstrative Gegenversammlung zur selben Zeit in einem anderen großen Saale, wo Bebel oder Liebknecht sprechen sollte, war durch die Führer des alten Verbandes, denen es Ernst mit einem Zusammengehen beider Organisationen in wirtschaftlichen Fragen ist, hintertrieben.“

Zu dieser Anklaffung bemerkt unser Dortmunder Bruderorgan, die „Atheinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung“: „Gerade ungekehrt haben Bebel und Liebknecht erklärt, daß eine gleichzeitige Gegenversammlung nicht zweckmäßig sei, da es nicht gelte, die Mitglieder des christlichen Bergarbeitervereins zu reizen, sondern sie zu gewinnen. In einer Versammlung, die 8 Tage später stattfinden sollte, war ein Abgeordneter zu sprechen bereit, und zwar selbstverständlich in einem dem Interesse aller Bergarbeiter gemäßen Sinne und, wenn möglich, ein Zusammengehen empfehlend.“

Wir können hierzu nur bemerken, daß die Abgeordneten im Einverständnis mit der Verbandleitung handelten, als sie die Versammlung zur Zeit des Kongresses ablehnten.

Aus der Schweiz. Genosse Paul Brandt in St. Gallen, der zum Redakteur des Basler „Vorwärts“ gewählt war, hat die Wahl abgelehnt, weil er St. Gallen nicht verlassen will, wo er seit einer Reihe von Jahren in der Sozialpolitik und namentlich im Erziehungsrathe hervortretend thätig ist.

In Stockholm wird Ende Juli der fünfte skandinavische Arbeiterkongress abgehalten. Die Einladungen werden durch die Zeitung der schwedischen sozialdemokratischen Partei, der norwegischen Arbeiterpartei und der dänischen vereinigten Fachvereine versandt.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

„An die Arbeiter Deutschlands!“ lautete ein Flugblatt über den Hamburger Hasenarbeiter-Streit, das im Dezember vorigen Jahres in vielen Orten Deutschlands verbreitet wurde. Niemand wurde es beanstandet, bis die Staatsanwaltschaft in Breslau die Entdeckung machte, daß der Inhalt der Druckschrift aufreizenden Inhalts sei. Wegen den Verleger des Flugblatts, Schippmann in Hamburg, und gegen den Redakteur der „Volkswacht“, Genossen Zahn in Breslau, hat die Staatsanwaltschaft Anklage erhoben. Das Breslauer Landgericht wird im Laufe dieses Monats über die Sache verhandeln.

Das „Volkswort für Halle“ schreibt: Eingeklagt wurde das Verfahren, welches gegen unseren Kollegen Salomon wegen Verurtheilung eingeleitet worden war. Es handelte sich um eine Notiz in Nr. 3 des „Volkswortes“, in welcher die Arbeiter des Saalkreises davor gewarnt wurden, als Streikbrecher nach Hamburg zu gehen. Um dieser Notiz willen fand in der Expedition, Redaktion und Druckerei des „Volkswortes“ sogar eine Hausung nach der gefährlichen Nummer statt. Gefunden wurde freilich nichts.

Wegen Veranstaltung einer öffentlichen Kollekte — einer Sammlung für die Hamburger — wurden Vorkämpfer und Schriftführer des Sozialdemokratischen Vereins in Heidenheim (Württemberg) zu einer resp. drei Mark Geldstrafe vom Oberamt verurtheilt. Ein Bezirksfeldwebel hatte die Mißthat angezeigt.

Gewerkchaftliches.

Zug von Arbeitern nach Hamburg ist während der Dauer der dortigen Lohnbewegung aufs strengste fernzuhalten! Gelder sind zu senden an das Berliner Gewerkschaftsbüreau (M. Millarg, Berlin S., Annenstr. 16.)

Achtung, Pauer Berlin! Die Zustände in unserem Gewerbe zwingen uns, ein ernstes Mahnwort an Euch zu richten. Im vorigen Jahre war es durch einmüthiges Zusammenstehen der Kollegen gelungen, die im Gewerbe herrschenden Mißstände wenn auch nicht vollständig zu beseitigen, so doch bedeutend einzubämmern. Mit der Ruhe in der Natur scheinen aber die Pauer jedes Interesse für die eigene Existenz verloren zu haben, Kollegialität und Solidarität scheinen ihnen fremde Begriffe geworden zu sein. Die Folgen zeigen sich bereits. Die alten Mißstände, wie Puhmesthum, Ratenzahlungen, Zahlung niedrigeren Lohnes u. s. w., sind wieder bemerkt und es wird hohe Zeit, daß wir uns ermannen, fester denn je zusammen zu stehen und dem Indifferentismus Einhalt zu thun. Darum Kollegen, schließt die Reihen, tretet Mann für Mann in die am Orte bestehende Organisation, dem Zentral-Verband deutscher Maurer. Persönliche Zwistigkeiten dürfen nicht einen einzigen überzeugten Arbeiter der Organisation fern halten. Jetzt, daß ihr die Solidarität, die ihr anderen Gewerkschaften gegenüber bis jetzt stets bewiesen habt, auch im eigenen Lager zu betheiligen wißt, dann wird und muß es uns gelingen, nicht nur die alten schwer erklämpften Po-

sitionen zu behaupten, sondern auch bessere Arbeitsbedingungen zu erkämpfen und so im wirtschaftlichen Emanzipationskampfe in der Reihe zu stehen und zu marschieren, welche uns gebührt. Auf Sonntag, den 7. d. M., vormittags 11 Uhr, ist nach der Kommandantenstr. 20 eine Versammlung einberufen, die über Mittel und Wege berathen soll, welche geeignet erscheinen, uns dem Ziele: Befreiung der Arbeit von den Fesseln des Kapitals wieder einen Schritt näher zu bringen. Kollegen erscheint sämmtlich in dieser Versammlung! Der Bevollmächtigte: H. Neumann, Brunenwaldstr. 118.

Achtung, Metallarbeiter! Der Ausfluß bei der Firma Zimmermann u. Buchholz in Berlin, Uferstr. 6a, dauert unverändert fort. — Die Differenzen bei der Gesellschaft „Fahrpreis-Anzeiger“ sind geregelt. Der Vorstand des Verbandes aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.

Verein der Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäsche- und Krabattenbranche Berlin. Zuschriften sind an den Vorsitzenden des Vereins, Genossen Trinks, Elisabethstr. 20, in Rassen-angelegenheiten jedoch an Genossen Stanofsky, Hochtstr. 48, Hof 1 zu richten.

In Schwerin liegen die Vorstände der Maurer- und Zimmerer-Vereine im Prozeß um die Auszahlung dreier Legate im Betrage von jährlich je 500 M., die den Vereinen von unserem verstorbenen Parteigenossen Hofbaurath Demmler testamentarisch vermacht worden sind. Das Landgericht hatte einen für die Vorstände ungünstigen Entscheid gefaßt. Diesem Entscheid ist jetzt auch das Ober-Landesgericht beigetreten, das ihre Berufung kostenpflichtig verworfen. Gründe wurden, wie die „Medien-Volkzeitung“ mittheilt, bei der Verurteilung des Urtheils nicht angegeben. Vorläufig sieht nur so viel fest, daß das Ober-Landesgericht gerade so wie das Schweriner Landgericht die Fachvereins-Vorstände der Schweriner Maurer und Zimmerer nicht für berechtigt erklärt, die Legate in Empfang zu nehmen, obwohl Demmler in einem Zusatz zu dem Testament eigenhändig die ausdrückliche Bestimmung getroffen hat, daß die Legate alljährlich an die Vorstände dieser beiden Vereine auszubezahlt werden sollten. Den Maurern und Zimmerern Schwerins bleibt noch übrig, ans Reichsgericht zu gehen.

Der Stand des Klavierarbeiterstreiks bei Gebr. Bergina in Schwerin i. M. ist noch unverändert. Es fällt den Ausständigen, wie das Streikkomitee meldet, augenblicklich schwer, in Schwerin Arbeit zu bekommen, indem die Tischlerinnung erklärt hat, es liege keine Veranlassung vor, die solidarische Vereinbarung mit Herrn Bergina zu brechen. Auf Grund dieser Erklärung wird den Ausständigen die dort übliche Arbeitskarte verweigert, mithin auch die Arbeitsgelegenheit genommen. Die Ausständigen hoffen auf das Solidaritätsgefühl aller Kollegen, ihnen bei diesem gerechten Kampfe nicht in den Rücken zu fallen; auch andere indifferente Tischler aufzuklären und den Zugzug fernzuhalten. Sendungen und Anfragen sind zu richten an A. Knöchel, Schwerin i. M., Seestr. 2, II.

Die „Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ veranstaltet unter den Bergleuten eine Enquete, um festzustellen, was dieselben in den letzten drei Jahren verdient haben. Von Seiten der Bergverwaltungen wird nämlich in den Zeitungen angegeben, der Lohn der Bergleute habe sich entsprechend der günstigen Geschäftslage „gehoben“.

Die Schuhmacher Hamburgs beschließen, den Unternehmern beim Eintritt einer günstigen Geschäftslage einen neuen Lohn-tarif vorzulegen.

Die Klempner Breslaus hatten am 30. November beschlossen, an die Unternehmer folgende Forderungen zu stellen: 1. die Bewilligung einer zehnstündigen Arbeitszeit, und zwar derart vertheilt, daß Montags und Sonnabends eine Stunde weniger als an den anderen Tagen gearbeitet wird; 2. die Bewilligung eines Minimal-Stundenlohnes von 30 Pf., von 35 Pf. für bessere Arbeitskräfte und von 40 Pf. für selbständigen Arbeiter; 3. für Arbeiten, die außerhalb Breslaus in einer Entfernung von über eine Meile verrichtet werden, die Bewilligung eines Zuschlages von 1,50 M. für den Tag; 4. für Sonntagarbeit sowie für jede Ueberstunde die Bewilligung einer Zulage von 15 Pf. Die Klempnerinnung, der diese Forderungen mitgetheilt worden sind, hat sich nun, wie berichtet wird, bereit erklärt, mit der Lohnkommission in Verbindung zu treten, derselben aber zur Bedingung gemacht, sich auch mit den nicht in der Innung befindlichen Klempnermeistern und Fabrikanten, die Klempnergehilfen beschäftigten, in Verbindung zu setzen.

Die Tischler in Barmen und Kassel beschließen, in eine Lohnbewegung einzutreten. In Barmen wird verlangt: neun-stündige Arbeitszeit unter Beibehaltung des jetzt üblichen Wochenlohns, resp. 10 Pct. Zuschlag bei Stunden- und Akkordarbeit, 25 Pct. Zuschlag für Ueberstunden, Sonntags- und Feiertagsarbeiten; Freitagshauszahlung; bei Wohnungs-Umzügen darf die Stunde nicht unter 60 Pf. bezahlt werden. — In Kassel wird u. a. gefordert: Kennzeichnung, Minimallohn von 18 M., Abschaffung der Akkordarbeit.

In Leipzig verlangt das Polizei-Amt jetzt die Einhaltung seiner Genehmigung, wenn zur Unterstützung von Streikenden in Fabriken und Werkstätten von den Berufsgenossen Sammlungen vorgenommen werden sollen. Im Gegenzug hierzu hat das Leipziger Landgericht im Jahre 1892 in einem Prozeß als Berufungsinstanz entschieden, daß Sammlungen in Werkstätten und Fabriken der polizeilichen Genehmigung nicht bedürfen, wenn sie auf Grund eines Beschlusses von Berufsgenossen erfolgen, in welchem Falle sie ein Bestandtheil des Koalitionsrechts sind, und wenn sie den Kreis der Berufsgenossen nicht überschreiten. Gegen die erwähnte Maßnahme des Polizei-Amts wird natürlich richterliche Entscheidung angerufen werden.

Zur Buchdruckerbewegung. In Dresden ist ein Antrag auf Ausschluß von etwa 10 Mitgliedern des Verbandes der Deutschen Buchdrucker wegen ihrer Zugehörigkeit zur Opposition (Gegner der Tarifgemeinschaft) abgelehnt worden; nur fünfzehn Stimmen waren für Ausschluß. In einem weiteren angenommenen Antrage verwies man die Oppositionellen auf den sachlichen Weg und den „Korrespondent“. Gegen letzteren faßte man mit 75 Stimmen (gegen 68) eine Adressen-Resolution wegen eines unsachlichen Berichtes über die letzte Dresdener allgemeine Buchdrucker-Versammlung.

Die schweizerische Brannerunion hielt am letzten Sonntag in Bern ihre Delegirtenversammlung ab, welche von den Sektionen Basel, Rheinhelden, Bern, Genf, Lausanne, Freiburg, Zürich und Winterthur besucht war. Als Vertreter des deutschen Braverbundes wohnte der Versammlung Genosse Wiehle aus Hannover bei. Beschlossen wurde, durch Entfaltung lebhafter Agitation die Organisation auszudehnen und alle Brannerarbeiter anzuschließen, auch die sachsenflüchtigen vom vorjährigen Boykott. Zur Ansammlung eines möglichst hohen Fonds wird ein monatlicher Beitrag von 20 Centimes erhoben werden.

In Aarhus haben die Gasanstalts-Arbeiter die Anerkennung des Berechtigungsrechtes durchgesetzt. Der Konflikt ist somit beigelegt.

Bei der Berliner Gewerkschaftskommission gingen für die streikenden Hamburger Hasenarbeiter folgende Beiträge ein:
Stimmthau I. Sachsen durch Goldh., 4. Rate 200.—, Sachsen („Volkswort“), 2. Rate durch Krammel 60.—, Hünnerwalde (Gewerkschaftsblatt), 5. Rate 50.—, Mittweida durch Gims (Parasit D. E. 29. 10, 100 Pf. Hübner 1,26, Familien ob. 2,50

ng, den 7. Februar, nachmittags 8 Uhr, bei
Zeuschlein in Mariensfelde stattfindende Volks-
versammlung aufmerksamer gemacht, in welcher der Reichstags-
Abgeordnete unseres Kreises, Genosse Fritz Jubel, über „Unsere
politische Lage und der Reichstag“ sprechen wird. Da außer dem
Vortrag noch wichtige Angelegenheiten ihrer Erledigung harren, so
ist zahlreicher Besuch nur zu wünschen.

Jetzt gehe ich nach Hause und hänge mich auf! Mit diesen
Worten verabschiedete sich gestern Morgen der Lichler Wegner aus
Weidensee von seinen Freunden, mit welchen er die Nacht zusammen
gewesen war. Natürlich glaubte man der durch nichts motivierten
Drohung des erst dreißigjährigen Mannes nicht. W. hat sich, als er
nach Hause gekommen war, wirklich erhängt.

Kunst und Wissenschaft.

Im Ostend-Theater soll als nächste Novität ein Volksstück
von Maria Gintter-Brauer „Zu hoch hinaus“ aufgeführt werden.

Im Hamburger Thalia-Theater wurde Donnerstag Abend
Henri Zola's neuestes Drama „John Gabriel Borkman“ vor aus-
verkauftem Hause mit großem Erfolge zum ersten Male gegeben.
Es ist das umso bemerkenswerther, als das Publikum dieses Theaters
an die leichteste Postenliste gewöhnt ist. Am 14. Februar wird
„John Gabriel Borkman“ von dem Verein „Freie Volkshäuser“
von Hamburg-Altona ebenfalls zur Aufführung gebracht.

Soziale Rechtspflege.

Die schlesische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft
wollte den verstorbenen Landwirt Adamczyk durchaus zum Wild-
dieb stempeln, um seiner Wittve leihen Unfallrente geben zu brauchen.
Adamczyk war eines Nachts erschossen worden, als er sich in
Gesellschaft eines Bekannten auf seinem Kartoffelfelde ausbielt.
Frau Adamczyk wandte sich an die Berufsgenossenschaft um eine
Unfallrente und machte geltend, daß ganz erheblicher Wild-
schaden ihren Mann veranlaßt hätte, in jener Nacht sein
Land zu bewachen. Die Berufsgenossenschaft lehnte aber den
Anspruch ab, indem sie ausführte, die beiden Männer hätten sicher
widerstand leisten können, denn sonst hätten sie wohl kein Gewehr mit-
genommen. Auf die Berufung der Klägerin veranlaßte das Schieds-
gericht eine Beweiserhebung. Der Begleiter des Erschossenen gab
an, daß er von A. aufgefordert worden sei, mit ihm wegen des
Wildes, das das Land verwüste, zu machen. Er habe dem Wunsch
nachgegeben und sein Gewehr mitgebracht; Adamczyk selbst sei ohne
Waffe gewesen. Von der Schöpfung her, die dem Felde gegenüber
liegt, sei plötzlich ein Geräusch herübergetönt und er, Zeuge,
habe sich erhoben und dorthin geblickt. A. sei seinem Beispiel ge-
folgt, um im nächsten Augenblick tot hinzusinken, durchbohrt von
einer Kugel, die ein unbekannter Schütze aus der Schöpfung ab-
gefaßt hatte. — Der ebenfalls vernommene Revisorsförster hat
wenige Tage vor dem Unfall auf dem Felde Schaden gesehen, der
von Rothwild herrührte. Das Schiedsgericht nahm hierauf an,
daß A. im Interesse seiner Landwirtschaft gehandelt
habe, und verurteilte die Berufsgenossenschaft zur Renten-
zahlung. Die Berufsgenossenschaft gab sich immer noch
nicht zufrieden, sondern legte Rekurs ein. Jetzt meinte
ihr Vorstand, es wäre ja möglich, daß A. auch sein Feld habe
schützen wollen; jedenfalls hätte er aber, als er sich auf den Acker
begab, die Absicht gehabt, zu widerstehen. Dafür spreche, daß er sich
in eine Furche geflegt habe. Das Reichs-Versicherungsamt
unter dem Vorsitz des Geh. Regierungsrates Gerstel wies jedoch
den Rekurs zurück. Es nahm an grund der Beweiserhebung an,
daß A. lediglich seinen Acker vor Wildschaden habe schützen wollen.
Das liege im landwirtschaftlichen Betriebsinteresse und es sei des-
halb der Unfall als Betriebsunfall zu behandeln.

Der Simulant. Der Knecht Reddweg hatte sich den Fuß
verletzt und wurde deshalb in eine Remeter Heilanstalt geschickt,
worin ein Doktor Vock der Heilkunst auf die Beine hilft. Dieser
entließ den Verletzten schon nach wenigen Tagen als geheilt. Der
Knecht Reddweg wollte aber garnicht begreifen, daß er bereits ge-
heilt sei. Er spürte immer noch heftige Schmerzen, weswegen er sich auch
bald wieder bei Vock meldete. Mittlerweile hatte A. auch Ansprüche
auf die Unfallrente erhoben. Dr. Vock erklärte ihn einfach für einen
Simulanten. Er meinte, wenn der Mann Schmerzen hätte, würde
er ruhig sitzen; derselbe laufe jedoch immer umher. Die landwirt-
schaftliche Berufsgenossenschaft lehnte jede Rentengewährung ab und
das Schiedsgericht erkannte im selben Sinne. Das Reichs-Ver-
sicherungsamt erhob nochmals Beweis. Ein Arbeitgeber des Ver-
letzten sagte aus, Reddweg habe in seiner Gegenwart gewinkt und
geäußert, er müßte wieder ins Krankenhaus, er könne
nicht mehr laufen. Und dies sei geschehen, nachdem er
sich erst darauf gefreut habe, wieder arbeiten zu
können. Das Rekursgericht holte auch noch das Gutachten
des Kreisphysikus Jwanowicz ein und verurteilte dann die
Berufsgenossenschaft, dem Kläger 40 pCt. der Vollrente zu zahlen.
Es nahm an, daß Reddweg sich beim Dünghaufen die Verletzung
zugezogen habe und daß das Gutachten des Dr. Vock nicht zutreffe.
Das Gericht schloß sich vielmehr dem Gutachten des Kreisphysikus
an, daß für den Kläger günstig ausgefallen war. — Am vor-
liegenden Falle zeigt sich wieder einmal, wie notwendig es ist,
daß das Reichs-Versicherungsamt Rekursinstanz bleibt und nicht,
wie vorgeschlagen, Revisionsgericht wird.

Gerichts-Beitrag.

Zwischen der Direktion des Theaters „Neu-Berlin“ der
Berliner Gewerbe-Ausstellung und der Gesellschaft „Ideal“ waren
Streitigkeiten ausgebrochen, die zur Folge hatten, daß die
Gesellschaft „Ideal“ die Honorierung eines großen Postens Ideal-
Biletts verweigerte. Es wurde behauptet, daß die Direktion des
Theaters „Neu-Berlin“ ihre Verpflichtungen nicht eingehalten habe.
Da die Direktion nachweisen konnte, daß sie an der angebotenen
Vertragsverletzung keine Schuld trug, wurde die Gesellschaft „Ideal“
verurteilt, an die Klägerin das freitilige Objekt in Höhe von
36 000 M. zu zahlen.

Der Prozeß Kneeb, der seit einigen Tagen vor der Straf-
kammer verhandelt wird, hat bisher wenig geboten, was das große
Publikum, soweit es sich nicht den Sportreisen zugehen
fählt, interessieren könnte. Wie in der ersten Verhandlung
wurden von den hier vernommenen Zeugen schwerwiegende Be-
denken gegen die Echtheit des Rennpferdes Kelly Kneeb
laut, wogegen die amerikanischen Zeugnisaussagen sich wenn
auch unbestimmt, für die Echtheit der Stute und damit für die
Anschuld des Angeklagten aussprechen. Sachverständiger Professor
Engeling erklärte zu diesen Zeugnisaussagen, welche fast sämtlich
betrafen, daß die echte „Bethel“, mit der das Renn-
pferd „Kelly Kneeb“ vertauscht worden sein soll, sich in
Amerika befinde, folgendes: Bei der Abgabe meines Gutachtens
am zweiten Verhandlungstage habe ich mich auf die Ausführung der
aus meinen eigenen Feststellungen gezogenen Schlüsse beschränkt.
Seute nach Anhörung der Zeugnisaussagen bleibe ich bei meinem
Urtheil. Der Sachverständige erörtert nochmals eingehend die
Arbeiten und sonstigen Erkennungszeichen der beiden Pferde und
schließt seine Ausführungen folgendermaßen: „Ich bin der Ueber-
zeugung, daß das von mir in Amerika untersuchte Pferd nicht
Bethel ist, sondern daß sich dieselbe hier in Westend
befindet.“

Nachmittags begannen die Plaidoyers. Der Staatsanwalt
schließt sein Pfändiges Plaidoyer mit dem Antrage, den An-
geklagten zu 2 Monaten Gefängnis (unter Anrechnung von
2 Monaten), 2 Jahren Ehrverlust, 1000 M. ev. noch 100 Tage Gefängnis
zu verurtheilen und auf Einziehung des Pferdes zu erkennen.
Einer Pastentfassung widerspricht der Staatsanwalt sehr
lebhaft, einerseits weil der Angeklagte sicher wieder alle
ihm zu Gebote stehenden Rechtsmittel erschöpfen werde und
dann eine Rekursinstanz vorliege, andererseits weil mit dem Augen-

blicke seiner Pastentfassung keine Möglichkeit gegeben wäre, die
1000 M. von dem Angeklagten einzutreiben. Und diese Summe
wäre doch für den Fiskus nur ein ganz kleiner Ertrag der
ungeheuren Kosten dieses Prozesses. Die Kosten der seit Mai 1894
auf Staatskosten verpflegten Stute betragen allein 120 Mark
monatlich!

Um 5 Uhr wurde eine Stunde Ruhepause gemacht, dann
begannen die sehr eingehenden Plaidoyers der Rechtsanwältin
Dr. Schneider und Dr. Sello, die den Ausführungen des
Staatsanwalts scharf entgegengetreten, den Nachweis einer Schuld des
Angeklagten nicht für erbracht halten und event. beantragen, eine
zu erkennende Strafe durch die Untersuchungshaft für verbüßt zu
erachten. Wie uns noch berichtet wird, dürfte die Verhandlung
sich bis Mitternacht hinziehen, so daß das Urtheil erst morgen ge-
bracht werden kann.

**Vernichtung der Ortsklasse für Handlungsgehilfen durch
das Ober-Verwaltungsgericht!** Für die Ortsklasse für Handlungs-
gehilfen, die etwa 20 000 Mitglieder zählt, ist eine Entscheidung des
Ober-Verwaltungsgerichtes verhängnisvoll, welche
der dritte Senat in seiner letzten Sitzung fällte. Es handelte
sich um nichts weniger, als um die Erziehung der Klasse. —
Am 1. Januar 1899 trat die Orts-Krankenkasse für Handlungs-
gehilfen in Berlin ins Leben, nachdem sich alle zu-
ständigen Instanzen für sie ausgesprochen hatten. Später genehmigte
dann der Bezirksausfchuh auch anstandslos verschiedene Statuten-
änderungen und erkannte somit die in ihrem Wesen gleichgebliebene
Organisation mehrfach an. Jetzt hat nun der Oberpräsident
— oder sonst wer — herausgefunden, daß alle jene Beschlüsse des
Bezirksausfchusses gescheitert seien. Der Vorsitzende des Bezirks-
ausfchusses wurde vom Oberpräsidenten veranlaßt, vom Ober-
Verwaltungsgericht die Aufhebung der Beschlüsse zu verlangen. Er
that dies, indem er sich auf den § 16 des Kranken-Versicherung-
gesetzes berief. Das Gericht ist dem Antrage thatsächlich auch
gefolgt. Der Präsident Kommel begründete die Aufhebung der
fraglichen Beschlüsse folgendermaßen: Es sei die Frage zu ent-
scheiden gewesen, ob die Errichtung einer Orts-Krankenkasse für
Handlungsgehilfen zulässig sei. Zweckmäßigkeits-
rücksichten hätten bei ihrer Entscheidung keine Rolle
spielen können. Das Gesetz selber spreche aber im § 16 klar aus, daß die
Orts-Krankenkassen in der Regel für die in einem Gewerbe-
zweige oder in einer Betriebsart beschäftigten Personen errichtet werden
sollten. Zugelassen würden außerdem solche für mehrere
Gewerbe- oder Betriebsarten. Aus den betreffenden
Bestimmungen gehe hervor, daß die Errichtung der Orts-Kranken-
kassen lediglich nach Gewerbe- oder Betriebs-
arten erfolgen solle und daß ihre Errichtung nach anderen Ge-
sichtspunkten überhaupt nicht erlaubt sei. Auch die folgenden
Bestimmungen des Gesetzes gingen davon aus. Die Bildung der
genannten Kassen nach den Klassen der Arbeitnehmer
sei demnach unzulässig und deshalb wären alle Beschlüsse des
Bezirksausfchusses als gescheitert zu verwerfen, durch die die
Bildung einer Orts-Krankenkasse für Handlungsgehilfen
gebildet und die Erziehung dieser Klasse anerkannt worden sei. —
Hiermit ist die Klasse vernichtet.

Versammlungen.

Die Fliesenleger verhandelten in einer Versammlung vom
31. Januar über ihre Stellung zur Gewerkschaftsbewegung. Während
in der Diskussion von einer Seite der Anschluß an die Gewerkschaft
der Maurer empfohlen wurde, waren die übrigen Redner der
Meinung, daß die Branche der Fliesenleger ihre besonderen Inter-
essen zu vertreten habe und deshalb ihre langjährige Organisation,
die jetzt auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehe, wohl
berechtigt sei. Hierauf wurde Duth zum Delegirten und
Schubert zum Stellvertreter in die Gewerkschaftskommission ge-
wählt.

Eine gut besuchte Volksversammlung, einderufen von der
Vertrauensperson der Berliner Frauen, tagte am 3. Februar in
Kührens Brauerei in Moabit. Das Referat hatte Reichstags-
Abgeordneter Peus übernommen, der in einem interessanten Vor-
trag über das Thema referirte: Der demoralisierende Gegensatz
zwischen Reich und Arm. Da Wegner nicht das Wort nahmen, so
wurde die Versammlung ohne Diskussion mit einem Hoch auf die
Sozialdemokratie geschlossen.

In einer Versammlung, die von der deutsch-sozialen
Reformpartei einderufen war, sprach am Donnerstag Abend
der antisemitische Abg. Werner über: Welche Vorbereitungen gewährt
die beabsichtigte Gehaltsaufbesserung? Und, Abänderung des Heilten-
gesetzes und des Wohnungsgeldausfchusses für Subaltern-Beamte und
Unterbeamte. Postbeamte und Unterbeamte füllten den Vödhov'schen
Saal bis in den letzten Winkel. Was der Referent aber
über das Vortragsthema von sich gab, war ein so ober-
flächliches Geschwätz, daß es wohl nur wenige Hörer
befriedigt hat. Das Thema selbst wurde nur flüchtig gekreist; als
der Redner das wenige, was ihm so schwante, gesagt, giug
er, um nicht schon nach einer Viertelstunde seinen Platz
wieder einzunehmen, auf allgemeine politische Details ein.
Genosse Vietz nahm dann in der Diskussion Gelegenheits, die
Gandlungsweise des Vordirektors Thät vom Postamt 8 und des
Post-Vertrauensarztes Dr. Schlötte ins rechte Licht zu bringen.
Vietz führte dann weiter aus, daß die bevorstehende Gehalts-
aufbesserung eine günstige Gelegenheit biete, die unteren Schichten
über ihre Forderungen, die sie an den Staat zu stellen berechtigt sind,
aufzuklären. Er beleuchtete die den Postassistenten und Unter-
beamten durch das Altersstufen-System zugefügten Schädigungen,
die Benachteiligung der Unterbeamten durch die von der Behörde
erlassenen Bestimmungen, welche die Anrechnung von 5 Jahren
Dienstat vollständig annullieren und zeigte, wie die Regierung, im
Widerspruch mit der Resolution des Reichstages, zahlreiche Beamten-
schichten aufbessere, die bereits 1890/91 und 1892/93 bedacht seien. Dagegen
lasse die unteren Subalternbeamten und Unterbeamten unberücksichtigt.
Redner giug dann zur Erörterung der Frage über, ob die
antisemitische Partei ohne Verletzung ihrer Prinzipien im Stande
sei, für die unteren Schichten einzutreten und verneinte die Frage.
Die antisemitische Partei sei aber gerade diejenige, die sich
jeder Forderung der sozialen Lage der Arbeiterklasse entgegensetze.
Besall und Tumult hatten während dieser Ausführungen abgewechselt.
Was aber auf diese sachlichen Ausführungen von den Rednern
der Antisemiten, nicht der Postbeamten, entgegnet wurde, war ein
wüßtes Geschimpfe. Die Redakteure Duth und von der „Deutschen
Postzeitung“ und Kemmerz vom „Deutschen Postboten“ mußten
unter Tumult abtreten, nicht ohne vorher ausgesprochen zu haben,
daß die Rede Werner's ihnen nicht gefallen, daß Vietz's Aus-
führungen dagegen in der Sache zu loben wären. Vietz, der
noch einmal zum Worte kam, verzichtete angesichts der niedrigen,
unsachlichen Kampfesweise auf eine Polemik. Unter Lärm giug die
Versammlung zu Ende.

Die Arbeiter der sibirischen Branche hielten am Donner-
stag eine von etwa 60 Personen besuchte öffentliche Versammlung
ab. Zunächst stand der von der Redner-Kommission der Metall-
arbeiter aufgestellte Entwurf eines Reglements für deren Tätigkeit
zur Berathung. Die Schaffung der Kommission wurde allgemein
als notwendig anerkannt. Nur Heller meinte, daß er nach den
Ergebnissen der bisherigen Kommissionen, in denen es vor
allem an der erforderlichen Einigkeit fehlte, keine große Sympathie für die
Kommission habe und daher eine neutrale Stellung derselben gegen-
über empfehle. Die meisten Redner hielten es für bedenklich und
schwer durchführbar, daß nach dem Reglement jeder Metallarbeiter
einen festen Beitrag von 25 Pf. pro Woche an den allgemeinen
Fonds zahlen solle. Es wurde beschloffen: Die Versammlung stehe
dem durch die Kommission bewirkten Zusammenschluß aller Metallarbeiter
sympathisch gegenüber, behält sich aber einen Beschluß über die getroffenen
Bestimmungen bis zur nächsten Versammlung vor. Als zweiter
Punkt stand auf der Tagesordnung: Stellungnahme zum Kongreß
der lokalorganisirten Gewerkschaften. Menz hob in längeren Aus-

führungen den Werth der Lokalorganisationen hervor, betonte die
Nothwendigkeit eines engeren Zusammenschlusses derselben und be-
sprach die einzelnen Punkte der Tagesordnung des Kongresses. Die
Nothwendigkeit, ein eigenes Gewerkschaftsorgan für die Lokal-
organisationen zu schaffen, begründete er damit, daß der
„Vorwärts“ die zentral organisirten Gewerkschaften gegenüber
den lokal organisirten bevorzuge, was man sofort sehen könne,
wenn man die Versammlungsberichte beider Organisationsformen
mit einander vergleiche. Diese Parteilichkeit erklärte sich daraus,
daß sowohl die Redakteure als auch die Berichterstatter Anhänger
der Zentralorganisation seien. Die ausgedehnte Debatte, an der
sich auch Maurer Laurod betheiligte, gestaltete sich fast aus-
schließtlich zu einer Empfehlung der lokalen Organisationsform und
einer abfälligen Kritik der zentralen. Die Versammlung beschloß
gegen 6 Stimmen, den Kongreß zu beschicken.

*) Die Annahme ist vollkommen unrichtig. (Red.)

Pankow. Hier tagte am 31. Januar eine gut besuchte Ver-
sammlung der Maurer, in der Weidemann über die Lohn-
verhältnisse am Orte referirte. Redner empfahl, sich den Forde-
rungen der Berliner Maurer anzuschließen, um im Frühjahr den
neunmündigen Arbeitslohn auf 55 Pf. Stundenlohn zu erziehen. In
der Diskussion fand dieser Vorschlag allseitig Zustimmung und wurde
hierauf Weidemann zum Vertrauensmann gewählt.

Arbeiter-Bildungsschule. Sonnabend Abend von 8 bis 9 1/2 Uhr:
Nord-Schule, Brunnen-Str. 20: Natur-Erkennnis, Kritik
und moderne Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Altertum.
Christliche Weltanschauung und biblische Uebersetzung. Die Entdeckung der Erde
aus ihrer geographischen Stellung im Weltall. Mechanische Aufstellung und
experimentelle Fortschritt. Die Entdeckung des Menschen in das Naturgange
(Lamarck, Darwin). Das Seelenproblem. Atomismus und Materialismus.
Brennen der Natur-Erkennnis. Herr Dr. G. Voil.

Der Unterricht in der S. 10 - S. 11 Schule fällt aus.
Die Schulnarrs sind zur Besorgung der Bibliothek und des reichen Zeit-
schriftenmaterials schon von 2 Uhr abends zur Verfügung.
Die Schulleiter der Arbeiter-Bildungsschule, Brunnenstr. 20, ist nachmittags
von 6-8 Uhr, Sonntag von 4-6 Uhr, unentgeltlich für jedermann geöffnet.
Die Geschäftsstelle der Schule N. Brunnenstr. 20, die den Berufs-
verhältnissen zur Vermittelung von Vorträgen wissenschaftlichen Charakters zur
Verfügung steht, ist ebenfalls von 6-8 Uhr nachmittags geöffnet.

Arbeiter-Vereinigung Berlin und Umgebung. Vorsitzender Hr. Neumann,
Postenstr. 2. Alle Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich
Kortum, Postenstr. 49, v. 3. Tr.

Hand der gefelligen Arbeitervereine Berlin und Umgebung. Alle
Anfragen, den Bund betreffend, sind zu richten an G. Gent, 3. Dresdener-
Str. 107/8.

Arbeiter-Vereinigung Berlin und Umgebung. Veränderungen im
Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschwieg, Dresdener-
Str. 2, Hof, 4. Tr.

Arbeiter-Verein. Heute Abend 9 Uhr, Reichstr. 15: Versammlung
mit Vortrag und Ausgabe der Biletts zum Westendball.

Arbeiter-Vereinigung Berlin und Umgebung. Sonntag, den 7. d. M., vorm. 10 Uhr,
Pillau Berlin 7. Versammlung Sonntag, den 7. d. M., vorm. 10 Uhr,
bei Schöp, Reichstr. 10. Um zahlreiches Erscheinen erucht die Orts-
verwaltung.

Arbeiter-Naturheilverein. Sonntag, den 7. d. M., abends 8 Uhr, im
Restaurant „Waldhölle“, Turmstr. 2. Sitzung mit nachfolgendem Familien-
abend.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 7. Februar 1897, vormittags
10 Uhr pünktlich, Postenstr. 38: Versammlung. Freireligiöse Vorträge. Um
8 Uhr vorm. ebenfalls: Vortrag des Herrn G. Bogner: „Der Acker-
glaube“. Abends 7 Uhr, im oberen Saale von Keller, Postenstr. 29: Freireligiöse
Versammlung. Vortrag des Herrn Bogner über: „Wesen und Wirken der
Vöel“.

Vergnügungsverein „Alemania“. Heute Abend 9 Uhr im Englischen Hof,
Reichstr. 2: Wiener Westendball.

Arbeiter-Vereinigung Berlin und Umgebung. Sonntag, den 7. Februar,
vormittags 11 Uhr bei R. Sommer, Brunnenstr. 2: Eröffnung der Bibliothek.
Der Vertrauensmann der Handwerker (Lokalverein Berlin) hält heute
Abend bei Grindel, Brunnenstr. 128, sein 6. Sitzungsfest ab.

Eingelaufene Druckschriften.

Le devenir social, Revue internationale d'économie, d'histoire et de
philosophie. Paraît tout les mois en un fasc. de 96 pages gr. in-8.
Abonnement annuel: France 15 fr.; Etranger 20 fr. 16, rue Soufflot, Paris.
Sommaire No. 1 (Janvier). La démocratie et le droit fiscal dans l'antiquité et
particulièrement à Athènes. G. Pison. — L'Université et la liberté de la Science.
Antonio Labriola. — Legislation ouvrière. La loi belge du 15 juin 1885 sur les
réglements d'atelier. Emile Vanderwilde. — Revue critique: G. D'Arveni. Le
mécanisme de la vie moderne (E. G.). — Notes bibliographiques: Crépeux-
Jamin, Brunetiere.

Derefschen und letzte Nachrichten.

Köln, 5. Februar. (W. Z. B.) Der Rheinwasserstand betrug mittags
6,20 Meter, nur noch langsam steigend. Am Oberrhein ist Still-
stand eingetreten. In Koblenz hat die Mosel die unteren Stadttheile
theilweise unter Wasser gesetzt. Die Mosel fällt jetzt. Die Arbeiten
am Deutschen Eck sind unterbrochen worden.

Wilhelmshaven, 5. Februar. (W. Z. B.) Der Torpedomatrose
Wachtler hat sich im Toilettenraum der Torpedofstation mit seinem
Dienstrevolver erschossen.

Braun, 5. Februar. (W. Z. B.) Die Carbonisierungsanlage der
Wollindustrie-Aktiengesellschaft ist von einem großen Brande heim-
geschickt worden, der beträchtlichen Schaden anrichtete. Drei Arbeiter
konnten nur mit größter Anstrengung von der Feuerwehre dem ver-
heerenden Elemente entziffen werden.

Paris, 5. Februar. (W. Z. B.) Die „Agence Havas“ meldet
aus Athen: In Canea soll voller Aufruhr herrschen. Der
Gehobrangriff sei von den Mohamebanern ausgegangen. Die
Zahl der Opfer ist noch nicht bekannt, indes hält man
sie für beträchtlich. Das englische Panzerschiff hat fünf
Matrosen unter Führung eines Offiziers zum Schutze
des Telegraphenbureaus an Land geschickt. Der französische Panzer
landete unmittelbar darauf die gleiche Anzahl Matrosen, welche mit
den Engländern zusammen vor dem Bureau auf Wache zichen. Es
werden noch mehrere fremde Panzerschiffe erwartet.

Rom, 5. Februar. (W. Z. B.) Die Bewegung der Studenten
dauert fort. In Neapel wurden die durch die Studenten hervor-
gerufenen Unruhen auch heute fortgesetzt, so daß die Truppen
einschreiten mußten. Mehrere Polizeigenanten wurden leicht verwundet;
es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. — In Turin hat
der akademische Rath infolge der Rumbegungen der Studenten die
Schließung der Universität angeordnet.

Lissabon, 5. Februar. Der englische Dampfer „City Negra“,
von Liverpool nach Kalkutta unterwegs, ist vollständig verlorren.

Antwerpen, 5. Februar. (W. Z. B.) Der deutsche Dampfer
„Africa“, welcher vorgestern von hier nach New-Orleans in See
gegangen war, ist mit einer Gavarie zurückgekehrt und in Hülftungen
eingetroffen. Die „Africa“ war bei starkem Nebel in der Nordsee
mit dem norwegischen Dampfer „Saga“ zusammengefahren, welcher
infolge des Zusammenstoßes sank. Die „Africa“ rettete 8 Mann
der Besatzung der „Saga“. Von dem Schicksal der übrigen Mann-
schaft ist nichts bekannt.

Petersburg, 5. Februar. (W. Z. B.) Als in der ersten
Hälfte des Januar den bereits aufständigen Arbeitern dreier hie-
riger Fabriken sich auch die Arbeiter sechs großer Spinnereien in
und um Petersburg angeschlossen und bedrohlich festgestellt
wurde, daß der Generalfreil aller Fabrikarbeiter völlig
geplant und vorbereitet war, beeilte man sich von zu-
ständiger Seite dem Ausbruch desselben durch Anschläge in den
Fabriken vorzubeugen, laut welchen den Arbeitern amtlich mit-
getheilt wurde, daß ein Geschehen über die Regelung der
Arbeitszeit sofort in den Reichsrath gelangen und voranschicklich
schon im April in Kraft treten werde. Inzwischen fehlten die
meisten größeren Spinnereien freiwillig unter gleichzeitiger ent-
sprechender Vohnerhöhung die Arbeitszeit auf 10 1/2 Stunden fest. Für den
Augenblick haben sich die Arbeiter mit dieser Bethätigung der Strei-
tfragen einverstanden erklärt und die Arbeit allerorts wieder auf-
genommen, haben jedoch zugleich die bestimmteste Erwartung aus-
gesprochen, daß bis zum April die endgiltige Regelung der Arbeits-
zeit stattgefunden haben werde. Der Finanzminister hat nun einen
diesbezüglichen Geschehen fertiggestellt, welcher dem Reichsrathe
in den nächsten Tagen zugehen wird.

Vermischtes vom Tage.

— Vom deutschen Weinbau. In der Mosel werden fortgesetzt neue Weinberge angelegt. Ganze Waldkomplexe werden abgetrieben und an stelle der Bäume Neben gepflanzt. — Deshalb kriegt der Arbeiter doch keinen Tropfen zu sehen. —
 — Der Maler Wilhelm Dieffenbach, der früher in München in einer Kutsche und ohne Hut und Schuhe herum lief, dann mit seinen Kindern und Schülern längere Zeit in einem Steinbruch lebte, befindet sich augenblicklich in dem Kurort Heluan bei Kairo. Er will dort eine ständige Kunstausstellung einrichten. —
 — Der Schacht des neuangelegten Salzbergwerks Kochendorf (Württemberg) ist unter Wasser gesetzt. Die von allen Seiten eindringenden Wasser konnten mit den Pumpen nicht mehr bewältigt werden und mußten daher die Arbeiter ihre Tätigkeit einstellen. Der Schacht ist bis auf 104 Meter Tiefe gebohrt. Als Ursache des enormen Wasserandrangs wird auch das Thauwetter und das Steigen der Flüsse in betracht gezogen und sollen daher später wieder die Auspumparbeiten aufgenommen werden. —
 — Die große Baumwollspinnerei von Dölsau-Wieg in Mülhausen i. Elz. ist niedergebrannt. —
 — Ein Sprachgewaltiger. In einem schweizer Blatt schreibt einer: Darum, o Volk, lege hier einen Finger an deine mit dem vierprozentigen Brett vermalte Denkerhirn. —
 — Von der vierten Kammer des Sachgerichtes in Paris wurde unlängst in der Schnelligkeit statt zwischen zwei streitenden Gattungen zwischen ihren Anwälten die Scheidung ausgesprochen. Erst nach Aufsertigung des Urtheils bemerkte man die gemachte Dummheit. —
 — In Deva im Retezatgebirge (Ungarn) wurden die in einer Sägemühle beschäftigten Arbeiter sammt der Hütte von einer Schneelawine in das Thal gerissen. Es gelang nur mit schwerer Mühe die Verunglückten aus dem Schneemassen herauszugraben. Zwei derselben wurden todt, 14 verwundet aufgefunden. —
 — In einem Walde in Kroatien fanden Hirten in einem Brunnen die Leichen dreier Männer und einer Frau. Es liegt

Raubmord vor. Die Polizei weiß bereits den Namen des Thäters, kennt aber nicht den Aufenthaltsort des Mannes. —
 — Eine Abtheilung französischer Alpenjäger wurde bei dem Uebergang über den Traversette-Paß durch eine Lawine in den Grund gerissen. Drei Alpenjäger wurden getödtet, mehrere verwundet. —
 — Verschuldung in Italien. Das Amtsblatt für die Provinz Rom kündigt in einer Nummer nicht weniger als 182 Zwangsverläufe von Grundeigentum wegen rückständiger Steuern an, wovon allein auf die kleine Ortschaft Monte Priora 68 entfallen. Die rückständigen Steuern sind nach der „Kön. Volksztg.“ oft sehr gering (4—6 M.) und übersteigen in wenigen Fällen den Betrag von 40 M. —
 — In einer Parfümeriefabrik zu Barcelona sprang ein Kessel. Der Maschinist und zwei Arbeiter wurden getödtet, ein Arbeiter verwundet. —
 — In Kiew (Rußland) sollen hundert Studenten relegiert werden, weil sie die Kollegengelder für das verfallene Semester nicht bezahlet konnten. Beweist den Bildungstrieb des armen russischen Volkes. —
 — In Sidney (Australien) hat man in der Vorstadt Balmain mit dem Bau eines Kohlenbergwerks begonnen. In einer Tiefe von 900 Metern erwartet man, auf das Kohlenflöz zu stoßen. Die Gesamtaufgaben werden sich auf 8 Millionen Mark stellen. Das Kohlenbergwerk befindet sich an einer Stelle, die auch tiefgehende Seebäpfer erreichen können. —
 — Das Grab im Schnee. Ein in Irkutsk erscheinendes sibirisches Blatt erzählt, daß vor einigen Tagen fünfzehn nihilistische Verbrechte, darunter zwei Frauen, aus Sibirien zu entfliehen versuchten. Sie wurden jedoch während der Nacht in der Steppe von einem Schneesturm überrascht und erlitten sämtlich den Tod durch Erfrieren. Die Leichen wurden von der zur Verfolgung ausgesandten Gendarmarie entdekt; man fand jedoch nur zwölf Leichen, die sofort begraben wurden. Die anderen drei Leichen sind wahrscheinlich von Wölfen verschlungen worden. —

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montags, Dienstags, Freitags und Sonnabends, abends von 7—8 Uhr statt.
Krause. Ueber die Petition gegen die Verfrömmungsverordnung hat der „Vorwärts“ sich gleich zu Beginn der Bewegung eingehend geäußert, so u. a. in Nr. 13 des Blattes.
Georg G. 97. sich
R. H. Selbstverständlich kann ein Monarch nicht all diese Einzelheiten selbst entscheiden. Uebrigens entziehen sich die Einzelheiten eines solchen Vorganges unserer Kenntniß.

Witterungsüberblick vom 5. Februar 1897.

Stationen.	Barometer stand in mm reduziert auf d. Meereshöhe.	Windrichtung.	Wolkenhäufigkeit (Scala 1—12)	Wetter.	Temperatur nach Celsius (°C) = 40° F.
Swinemünde	768	Stil	—	wolkenlos	-10
Hamburg	765	SO	3	heiter	-9
Berlin	767	SO	2	heiter	-10
Wiesbaden	761	WB	1	bedeckt	1
München	761	SO	4	wolkig	0
Wien	766	Stil	—	bedeckt	-3
Opavanda	756	WB	2	wolkenlos	-20
Petersburg	750	SB	2	Schnee	-19
Oslo	753	SO	2	bedeckt	7
Aberdeen	755	SO	2	bedeckt	2
Paris	754	SO	2	bedeckt	7

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 6. Februar 1897.
 Trocken und vielfach heiter, zeitweise wolkig, bei frischen südöstlichen Winden; nachts ziemlich strenger, am Tage gelinder Frost. Berliner Wetterbureau.

Bildhauer!
Öffentliche Versammlung
 am Dienstag, den 9. Februar, abends 8 Uhr, Annenstraße 16.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht des Vertrauensmannes und Neuwahl desselben. 2. Bericht des internationalen Agitationskomitees und Neuwahl desselben. 3. Verschiedenes.
Der Vertrauensmann.

Fachv. der Musikinstrumenten-Arbeiter.
 Montag, den 8. Februar, abends 8 1/2 Uhr,
 im Lokale des Herrn Henke, Raunynstraße 27:
Klavaturarbeiter-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen **Georg Wagner** über: Volksbildung und Klassenbewußtsein. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Um zahlreiche Theilnahme bittet **Der Vorstand.**

Verband der Möbelpolirer.
 Montag, den 8. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Zwincmünderstr. 42:
Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen **Bruno Pörsch** über: Parlamentarismus, Gewerkschaftsbewegung und Volksbildung. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
 Die Mitglieder, welche bisher bei Trittelwitz, Faldensteinstraße, bezahlt haben, werden ersucht, bei Rosa, Oranienstr. 197, ihre Beiträge zu entrichten. Für Friedrichsberg nimmt Kollege Göttermeier, Frankfurter Chaussee 103, jeden Sonntag Vormittag von 10—11 Uhr Beiträge entgegen.
Der Vorstand.

Verband der in Buchbindereien,
 der Papier- und Leder-Galanteriewaaren-Industrie
 beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.
 Montag, den 8. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Feuerstein,
 Alte Jakobstr. 75:
Mitgliedschafts-Versammlung.
 Tages-Ordnung: 1. Wahl der Vertrauensleute der Buchbinder. 2. Fortsetzung der Beratung über die gestellten Anträge zum Verbandsstatut.
 Zahlreiche Theilnahme erwartet **Der Vorstand.**

Verein der Former.
 Den Mitgliedern und Freunden unseres Vereins zur Nachricht, daß unser **34. Stiftungsfest am Sonnabend, den 20. Februar, im Siebig's Salon, Große Frankfurterstraße 28, in Form eines**
Wiener Maskenballes
 stattfindet. Billets sind noch beim Vorstand, beim Komitee und am Sonntag, den 7. d. Mts., im Vereinslokal Politz, Hirsenstr. 21, von 10 bis 12 Uhr vormittags zu haben. **F. K. A. Mewes, Vorsitzender.**

Achtung! Maurer, Achtung!
 Mittwoch, 10 Februar, abends 8 Uhr, in Cohn's Festsälen,
 Beuthstr. 20:
Große öffentliche Versammlung
 der **Maurer Berlins und Umgegend.**
 Tages-Ordnung:
 1. Ergänzungswahl der Kommissionsmitglieder. 2. Kontrollkarten-System. 3. Gewerkschaftliches.
 Um regen Besuch ersucht **Die Lohnkommission.**

Verein der Maschinisten, Heizer und Berufsgen.
 Berlins und Umgegend.
 Sonntag, den 7. Februar, nachmittags 5 Uhr, Oranienstraße 51:
Versammlung.
 Tages-Ordnung: Fortsetzung der General-Versammlung vom 17. Januar. Die Mitglieder werden ersucht, pünktlich zu erscheinen.
Der Vorstand.

Mariendorf-Tempelhof-Mariensfelde.
 Sonntag, den 7. Februar, nachm. 3 Uhr, im Lokal
 des Herrn Teutschbein, Mariensfelde:
Große öffentliche Volksversammlung
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Fritz Zubell** über: „Unsere politische Lage und der Reichstags“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.
Die Vertrauensleute.

Grosse Berliner Schneider-Akademie.
 System Kuhn, früh. Rothes Schloss, jetzt Berlin W., Leipzigerstr. 117/118, Hohenzollernhaus. Comfortabelste Einrichtung. Gründlichste Ausbildung in der Herren-, Damen- und Wäsche-Schneiderei. Mässige Honorare. Neue Kurse am 1. u. 15. jeden Monats. Lehrbücher zum Selbstunterricht. Schnittmuster. Stellennachweis. Prospekte gratis.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler.
 Ortsverwaltung Berlin D.
 Sonntag, den 7. Februar 1897,
 vormittags 10 1/2 Uhr,
 in Förster's Salon, Beuthstr. 9:
Mitgliederversammlung
 Tages-Ordnung: (1897/10)
 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Berichterstattung von der Generalversammlung von Koburg. 3. Verschiedenes. **Die Ortsverwaltung.**

Orts-Krankenkasse der Buchbinder u. General-Versammlung
 am Montag, den 15. d. Mts., abends präzis 8 1/2 Uhr,
 Alte Jakobstr. 75, Feuerstein's Restaurant.
 Tages-Ordnung:
 1. Berichtigung der Protokolle. 2. Beschlußfassung über Erhöhung des Krankengeldes. 3. Wahl eines Kassenschreibers. 4. Verschiedenes. 25/4
G. Hoffmann.

Freie Vereinigung d. Mühlenarbeiter Berlins u. Umgegend.
Generalversammlung
 am Sonntag, den 7. Februar, nachmittags 3 Uhr,
 im „Englischen Garten“,
 Alexanderstr. 37c.
Der Vorstand.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u. Mitglieder-Versammlung.
 C. S. Nr. 3, Hamburg, Berlin D.
 Sonntag, den 7. Februar,
 vorm. 10 Uhr, im Märkischen Hof,
 Kommodenstr. 18c:
 Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung v. 4. Quartal 1896. 2. Bericht des Delegierten von der in Koburg stattgefundenen General-Versammlung. 3. Verschiedene Kassensangelegenheiten.
 18/4 **Die Ortsverwaltung.**

Kranken- u. Begräbniskasse der Seifenhändler und Berufsgenossen (S. S. 17).
General-Versammlung
 am Sonntag, den 14. Februar, vormittags 10 Uhr, im Restaurant **Wollschläger, Oranienstr. 183.**
 Tages-Ordnung:
 1. Jahresbericht. 2. Vorstandswahl. 3. Verschiedenes. — Quittungsbuch legitimirt. Um zahlreiches Betheil bittet
 31045 **Der Vorstand.**

Möbel, Spiegel und Polsterwaren.
 Reelle Waare. Ganze Wohnungs-Einrichtungen in Nussbaum u. Mahag. zu soliden Preisen.
Franz Tutzauer
 Tischlermeister, Märkerstr. 14.

Schulz' Festsale, vorm. Festsale
 Neue König-Strasse 7.
 Jeden Donnerstag: 8929
Damen-Kränzchen.
 Jeden Sonntag:
= Großer Ball =
 Vereinszimmer. Saal für Versammlungen frei. Ed. Schulz, Gastwirth.

Reinhold Streit
 Naunyn-Strasse 86
 empfiehlt Freunden u. Bekannten sein **Weiss- u. Bairischbier-Lokal. Vereinszimmer** bei 50 Personen fassend, noch mehrere Tage frei.
Achtung! Künstliche Zähne von 3 R. an, Edelz. höchst. 1 R., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Kerosinöden bei Befestigung umsonst.
Guckel, Naunynplatz 2, Elbasserstr. 12, Steglitzerstr. 71 L

Deutsche Schuh-Fabrik Erfurt
 liefert **Schuhwaren en gros & en detail** in eleganter und solider Ausführung.
Arbeiter Berlins!
 Die Fabrikate der ausgesperrten **Schuhmacher in Erfurt** werden jetzt, außer in den bekannten Verkaufsstellen, in den eigenen Niederlagen **Bellealliancestrasse 98/99** und **Rosenthalerstrasse 68/64** verkauft.
Weitere Filialen in Deutschland:
 München, Sendlingerstraße 10. **Köln a. Rh.,** Fingelheim 66.
 Danauerstraße 83. **Bremen, Heulenstraße 75.**
 Landbörgerstraße 7. **Hannover, Klagenmarkt 7a.**
 Frankfurt a. M., Viehhofstraße 26. **Hamburg, Wehrstraße 8a.**
 Düsseldorf, Bismarckstraße 91. **Leipzig, Heilerstraße 37.**
Braunschweig, Hofe 4.
 Jeder Käufer, der einen Versuch macht, wird mit dem gelieferten Fabrikat, das jeder Konkurrenz die Spitze bietet, in Preis und Qualität zufriedengestellt. — Unser Geschäftsgrundsatz ist: **Geringer Verdienst, rascher Umsatz.** — Jedem unserer Freunde kann die Waare bestens empfohlen werden.
Damenstiefel von M. 3.50, Herrenstiefel von M. 5.75.
In der Bellealliance-Strasse bitte genau auf Nummer 98 zu achten.
 Für die Geschäftsleitung: **Wilh. Bock.**

Achtung!
O. J. Engelke, Neue Jakobstraße 26.
 achten alten Nordhäuser Riter N. 1., 1/2 R. R. 0.50, extra alte Waare „1,40“, „0,70“
Kleinverkauf von 10 Pfg. an.

PATZENHOFER Bockbier
 kommt am 6. Februar er. zum Ausstoss und wird allen Verehrern desselben **hierdurch bestens** in Gebinden und Flaschen (letztere ohne Pfand) empfohlen.
 Prämiert mit der Preussischen **Staats-Medaille in Silber** auf der Berliner Gewerbe-Ausstellung 1896.
 Fernsprecher: Amt VII, No. 2900 u. 5535.

Für Wiederverkäufer.
 Roth-, Zwiebel- u. Mettwurst, 5 Pfd. gemischt à Pfd. 45 Pfg.
 f. Leber-, Schlackwurst u. Salami, 5 Pfd. gemischt à Pfd. 75 Pfg.
 Rohschneideschinken, 8—15 Pfd. à Pfd. 80 Pfg.
 Schinken in Brodteig gebacken, 5—6 Pfd. schwarz. à Pfd. 65 Pfg.
J. A. Partenheimer, Berlin O., Kaiser Wilhelmstr. 19a.

Der Ausstoss unseres diesjährigen Bock-Bieres beginnt **Sonnabend, den 6. Februar. Brauerei Pichelsdorf.**
Künstliche Zähne. Betten, Teppiche, Stoppdecken, Garben, dienen, Reisoester, Wäsche, Kleidungsst., Regulat., Remontoirer., Granaufsch. (pottb. Pfandl. Reanberstr. 8.)
N. Steffens, Rosenthalerstr. 61, 2 Tr. 10259
 1) Theilzahlung pr. Woche 1 R.

Todes-Anzeige.
 Allen Genossen, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau **geb. Pritzkow** am 3. d. Mts. nach 14 monatl. Leiden verstorben ist. Die Beerdigung findet **Sonntag, den 7. d. Mts., nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Gerglerstr. 2, aus** statt.
 Der trauernde Gatte **Albert Venzke, Former, nebst Kindern.**
 Hiermit sprechen wir dem Personal von **Rudig u. Käfer** sowie dem Metallarbeiter-Verband und allen Freunden und Bekannten für die zahlreiche Theilnahme bei der Beerdigung unsern Dank aus. [31008] **Die trauernden Hinterbliebenen.**
 Die Verdächtigung gegen den Mechaniker **Herrn Georg Schwarz** nehme ich hiermit zurück und warne vor Weiterverbreitung. [31008] **E. Leopold, Uhrmacher.**
 Empfehle meinen Freunden und Bekannten mein **Wich- u. Vairich-bier-Lokal.** Heute **Vodkier-Anstich.**
Adolf Sievert, Gdrtterstr. 50.

Nur Mk. 1,20
 kostet bei mir 1 kompl. Ferrigator, bestehend aus: 1. lat. Blechgefäß 1 Str., zwei Hartgummi-Röhren m. abdrahbarem Gahn und 1/2 Schlauch. **Friedr. Wilh. Weisse, Gummi-Waaren, Berlin O., Königsstr. 64.**

Lanolinseife!
 macht die Haut zart u. geschmeidig. 1 Stück Lanolinseife und ein reines Handtuch (Preis 1,10 R.) u. 10 Pfg. Handtuch-Berich. **Just. E. Wagner, Neue Königsstr. 17.** Fernsprecher: Amt VII, Nr. 2087.

Bereinszimmer v. 50—100 Pers. und Regellehne mehrere Tage frei. 30896 **Behlendorf, Zeughoferstr. 8.**

Ablauf-Öel
 faust zu höchsten Preisen. Offerten unter **Cel** an die Expedition dieses Blattes. 31145

Neu!! Großer Verdienst Neu!!
 Dandier, Haarer u. Vertreter in allen Städten und vom feinsten Patent mit gesch. Konvert mit Sicherheitsüberwachung gemalt. Man verlange Muster. **Künste, Charlottenburg, Wilhelmsdorferstr. 107.**

Zigarrengeschäft. Reines, 400 R., 3 1/2 R. R. od. 1/2 R. zu verk. Zu erf. **Adalbertstr. 7, Rest. Reumann.** [31115]

Genosse sucht sof. sand. möbl. Schlafst. im Osten od. Nordosten. Abz. abzug. **Hg.-Sped. Schwarztopf, Gr. Frankfurterstraße 129.** 31096

Schlafstelle **Forsterstr. 2, v. 3 Tr.** [31115]

Arbeitsmarkt. Klavierarbeiter!
 In der Pianofabrik von **Gebr. Persina** in Schwerin haben sämtliche Kollegen wegen Vornahme der Arbeit niedergelegt. 141/19
Der Vorstand d. Fachvereins der Musikinstrument. Arb. Berlins.

3 Zwicker auf **Vederpantoff.** best. **Seeger, Feinersdorferstr. 6.** [30995]

Einen Stanzendreher **J. Hirschhorn, Köpckeplatz 149.**
 Wir suchen einen im Mustermachen bewanderten **Buchbinder,** möglichst aus der **Sammlerwaaren-Industrie.** Meldungen 9—2, 6—7 Uhr. **Bräutigam u. Wahrenberg, Köpckeplatz 43/44.**

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Rußlands industrielle Entwicklung.

(Politisches; russische Ausstellung; Tendenz zur industriellen Selbständigkeit; Zollpolitik und Nationalismus; Steigerung der Produktionsziffern; Bauern und Arbeiter.)

Immer gewaltiger wachsen und dehnen sich die Gliedmaßen des russischen Kolosses. Im Innern schreckliches Elend der Bauern, rasch sich wiederholende Fehljahren und Hungersnöthe, dabei aber ein rapider Aufschwung großkapitalistischer Industrie und nach außen hin eine Politik, welche im Dienste dieser Industrie und des vorläufig noch herrschenden Zarenthums die Grenzen russischer Machtsphäre weiter und weiter hinausrückt. Im zentralen Asien besetzt sich diese Macht, gestützt auf die transkaspiische Bahn und eine dortige Baumwollkultur zielbewußt fördernde russische Regierungspolitik. Der persische Markt, früher die ausschließliche Domäne des englischen Handels, wird von Norden her energisch in Angriff genommen, und schon tauchen in den Kreisen der russischen Industrie Wünsche und Pläne auf, eine Eisenbahn durch das nördliche Persien zu legen, welche diese Gebiete an das kaspiische Becken anschließen soll. In Konstantinopel hat der Einfluß Rußlands den englischen verdrängt und am arabischen Meerbusen plant es dem Anschein nach bedeutsame Annehmungen; vor allem aber dringt es in dem nordöstlichen Asien vor. Der gewaltige Bau der sibirischen Pacifikbahn, dessen Endpunkt der russische Hafen Wladivostok am stillen Ozean wird, schreitet energisch vorwärts. Man hofft den Anschluß an Wladivostok bereits im Jahre 1902 zu erreichen, wenn auch auf einer Strecke von 1400 Kilometer (d. i. ungefähr die Entfernung zwischen Berlin und Bordeaux) Fußdampfer-Verkehr, der natürlich im Winter versagen wird, einstweilen in die Eisenbahnlinie eingeschaltet werden soll.

So rückt der russische Verkehr auch von Norden aus gegen das konservativ stagnierende China vor. Die Bedingungen des am Ende des Vorjahres bekannt gewordenen russisch-chinesischen Vertrages, welche den Russen die Fortsetzung ihrer sibirischen Bahn quer durch die chinesische Mandchurei, und die Anlage von Militärstationen in diesem Gebiete gestatten, bezeichnen einen gewaltigen Vorstoß gegen die politische und wirtschaftliche Gestaltung des himmlischen Reiches. Hiermit tritt Rußland im fernsten Osten als mächtiger Konkurrent dem kapitalistisch-aufstrebenden Japan, dem östlichen England, wie man es genannt hat, entgegen. Die französische, zur Deckung aller Anleihen bereits Bundesgenossenschaft sorgt dafür, daß auch den russischen Staatskassen die zu einer solchen Politik der Ausdehnung notwendigen Geldmittel nicht leicht ausbleiben. Die Staatsschuld Rußlands, die im Jahre 1881 884,4 Millionen Papier-Rubel betrug, war in dem Jahre 1894 bereits auf die enorme Höhe von 5589 Millionen gestiegen, eine Summe, in der freilich auch die aus einer weitgreifenden Eisenbahnverstaatlichung herrührenden Schulden mit einbegriffen sind.

Den Hintergrund dieser großen politischen bildet die wirtschaftliche Bewegung im Innern des russischen Reiches, über welche auf der großen Ausstellung in N y s h n i - l o w g o r o d mitten im Herzen des europäischen Rußlands 1896 Generalrevue abgehalten wurde. Der mächtige Finanzminister Witte gilt als ihr Schöpfer und die Regierung hatte keine Kosten gespart. Die weitgehendsten Freiheitsmaßnahmen (gewisse Personalkategorien wurden ganz unsonst befördert) sorgten dafür, daß sich eine ganze Wälderänderung dort hin ergoß. Die Schaustellung wirkte nach allen Richtungen imponant und nachhaltig. Sehr charakteristisch ist es, daß die Einfuhrprodukte westeuropäischer Industrie nach Persien, Japan, China mit detaillierten Preisangaben sorgfältig zusammengestellt waren, um die russischen Unternehmer über die Konkurrenzbedingungen in diesen Exportgebieten praktisch aufzuklären.

In Westeuropa beginnt man diese erstarkende Industrie mit recht zu fürchten. Daß sie auf dem Weltmarkt eine bedeutende Stellung erobern wird, das ist fürs erste allerdings noch nicht zu bezweifeln. Dazu ist vor allem die Leistungsfähigkeit der russischen, elend gelohnten und überarbeiteten Proletarier allumweit hinter der der europäischen Industriestaaten zurückgeblieben. In der Baumwollbranche, der am weitesten entwickelten Industrie Rußlands, leisten z. B. — nach den Berechnungen eines russischen Nationalökonom vom Jahre 1893 — die englischen Spinnereien und Webereien durchschnittlich mit zweimal weniger Arbeit dasselbe wie die russischen, und die englischen Fabrikanten können, sogar wenn sie dieselben Baumwollpreise zahlen, ihre fertige Waare fast anderthalb Mal so billig als diese loschlagen. An wirksamer Konkurrenz auf dem Hauptgebiete des Weltmarktes ist mithin, so lange diese typischen Verhältnisse unverändert bleiben, nicht zu denken. Aber was die europäische Industrie fürchtet, ist auch gar nicht so sehr die russische Ausfuhr, als eine Einschränkung der Handelszufuhr nach Rußland, dessen Bedürfnisse in steigendem Maße von der heimischen Industrie gedeckt werden. So hat gegenwärtig zum Beispiel die deutsche Stahl- und Eisenindustrie wie die deutsche Elektrotechnik auf der Basis des deutsch-russischen Handelsvertrages große und sehr gewinnreiche Aufträge für Rußland; massenhaft ist auch englisches, belgisches, französisches und deutsches Kapital unter weitem Entgegenkommen der russischen, sonst alles Fremde verfolgenden Regierung, in Rußland selbst angelegt. Aber die deutschen Eisenindustriellen besorgen jetzt, wie aus Fachberichten zu entnehmen ist, daß Rußland bei seiner gewaltig zunehmenden Roheisen-Produktion in etwa 10 Jahren schon ganz selbständig das beste und jeder Import ausländischer Montanindustrie dorthin aufhören werde. Vielfach hört man sogar die Behauptung, daß bis auf große Dampfmaschinen Rußland schon alles so vorzüglich wie die deutsche Eisenindustrie erzeuge. In gewissen Branchen (z. B. Baumwoll-, Leinen-, Jutewaren, Wollgewebe, Seide u. s. w.) haben die russischen Einfuhrziffern unter der Konkurrenz der heimischen Industrie bereits thätiglich zu sinken begonnen.

Ueberall, sagt ein Besucher der N i s h n y - N o w g o r o d - r - A u s s t e l l u n g (Herr Rohrschach in seinem Artikel: „Erfolge der russischen Wirtschaftspolitik“ im Januarheft der „Deutschen Rundschau“), kehrt dasselbe Bild wieder: Steigerung des industriellen Rohmaterial-Verbrauchs und Sinken der ausländischen Einfuhr, wobei sich meistens seit der Mitte der achtziger Jahre der entscheidende Aufschwung zu Gunsten Rußlands vollzog. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, daß Rußland überhaupt aufhört, in größerem Maßstabe ein Absatzmarkt für Westeuropa, speziell Deutschland, zu sein.

Die kapitalistische Produktion, vorwärts getrieben durch ihr nie gesättigtes Absatzbedürfnis, unterstützt durch die unendlich vervollkommenen Produktions- und Kommunikationsmittel, überspringt alle Grenzen, um sich die ganze Welt zu unterwerfen. Aber jede Erschließung neuer Märkte schafft dadurch, daß die industrielle Technik des Kapitalismus sich in ihnen einbürgert mit der Tendenz, den heimischen Bedarf durch heimische Produktion zu decken, neue Schranken für den industriellen Absatz der älteren kapitalistischen Nationen. So ist Englands kapitalistische Alleinherrschaft, nach deren Theorie die gesammte übrige Welt nur das agrarische, Rohmaterial liefernde Hinterland für englische Industrie und englischen Handel sein sollte, längst

in Stücke gegangen. Neben der englischen Industrie und gegen sie hat sich die der Vereinigten Staaten, und die des europäischen Kontinents, vor allem auch die deutsche Industrie, entwickelt. Und mit Riesenschritten erweitert sich dieser Kreis. Rußland, einmal in die Bewegung hineingezogen, mehr und mehr von der alleuropäischen Industrie sich emanzipierend, scheint den Orient aus seiner wirtschaftlichen Knebel aufzuschneiden und unermeßliche neue Gebiete dem Siegeszug des Kapitalismus zu eröffnen. Die wohlfeilen Waarenpreise der Bourgeoisie sind, nach den Worten des „Kommunistischen Manifestes“, die schwere Artillerie, mit der sie alle chinesischen Mauern in den Grund schlägt, mit der sie den hartnäckigsten Feind des Fortschritts der Barbaren zur Kapitulation zwingt. Sie zwingt alle Nationen, die Produktionsweise der Bourgeoisie sich anzueignen, wenn sie nicht zu Grunde gehen wollen... sie schafft sich eine Welt nach ihrem Bilde.

Wie im wesentlichen die deutsche Großindustrie, so ist auch die russische, die an Umfang der deutschen natürlich gewaltig nachzieht, ein Produkt der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts, vorwiegend der letzten Jahrzehnte. Die russische Bauernbesetzung vom Jahre 1861, die mit den feudalen Verhältnissen aufräumte, hat hier den Boden geebnet. Die romantischen Ideen der Slawophilen der vierziger und fünfziger Jahre, die davon träumten, das Rußland auf Grundlage des bäuerlichen Gemeindefreies, des sogenannten Mir, ganz andere Bahnen der Entwicklung als das durch den Konkurrenzkampf wild zerstückelte industrielle Westeuropa einschlagen werde — Ideen, die auch in gewissen Schattierungen des russischen Sozialismus lange lebendig waren —, haben durch die ökonomischen Thatfachen die bündigste Widerlegung erfahren. Ja, eine eigenartige Ironie des Schicksals wollte es (Näheres findet man darüber in dem vorzüglichen Aufsatz: „Der Nationalismus in Rußland und seine wirtschaftlichen Träger“ von Schulze-Gävernitz in Band 75 der „Preussischen Jahrbücher“), daß die von den Slawophilen ausgebildete russisch-nationale Ideologie sich in ein der wirksamsten Kampfmittel des im zentralen Rußland aufstrebenden und seit 1877 eine Politik des rücksichtslosen Fortschritts durchsetzenden industriellen Kapitalismus verkehrte. Die den Abschluß von Westeuropa predigenden Träumereien der Slawophilen lieferten Stichworte für den neuen Panlawismus, der gleichfalls den Abschluß von Europa verlangte, dem dieser Abschluß aber als ein Mittel galt, das Wesen der europäischen Gesellschaft, die kapitalistische Industrie unter dem Schutze hoher Zölle und Schranken umso erfolgreicher nach Rußland zu übertragen. Die Kerntuppe dieses sozialistischen Feldzugs, dem erst durch den deutsch-russischen Handelsvertrag eine gewisse Schranke gesetzt worden ist, waren die Unternehmer und Kaufleute des zentralen Moskauer- und Wolgastrom-Industrie-Bezirktes, die ihre Roh- und Hilfsstoffe aus dem russischen und russisch-asiatischen Hinterlande beziehen konnten, während die Petersburger und die polnische Industrie, die solche Bedingungen zum großen Theil entbehrt, naturgemäß mehr freihändlerisch gesinnt ist. Neben dem zentralen Rußland und Polen hat sich in jüngerer Zeit besonders auch Sibirien industriell mächtig entwickelt.

Einige Zahlenangaben werden Tempo und Art der jungen russischen Industrie-Entwicklung am besten veranschaulichen. Die russische Baumwollindustrie, die wir bereits erwähnt und die ihren Hauptstütz in dem Moskauer- und Wolgastrom-Bezirk hat, marschirt an der Spitze, nimmt doch Rußland, was die Masse der verarbeiteten Baumwolle betrifft, hinter England (allerdings in sehr weitem Abstande: Rußlands Baumwollverbrauch beträgt ein Viertel des englischen) die erste Stelle ein. Mehr als ein Viertel des Rohmaterials für die russischen Spinnereien wird jetzt bereits durch die schnellwachsende von der Regierung mit allen Mitteln unterstützte Baumwollproduktion gedeckt. Während im Jahre 1873 auf den russischen Fabriken noch nicht 3,7 Millionen Pud (1 Pud = 16,4 Kilogramm) Baumwolle verarbeitet wurde, betrug die verarbeitete Masse bereits im Jahre 1891 auf 11 1/2 Millionen Pud.

Rechnlich ist die Steigerung der Roheisenproduktion, von der übrigens annähernd ein Drittel aus Sibirien entfällt, von etwa 17,9 Millionen Pud im Jahre 1880 ist sie auf 80,1 Millionen Pud im Jahre 1893 gestiegen. Die Kohlenförderung hat sich nach amtlichen Angaben von 200 Millionen Pud im Jahre 1880 auf 529 Millionen im Jahre 1894 gehoben, sie ist also in 15 Jahren um das 2 1/2-fache gewachsen. Und trotzdem ging die Kohleneinfuhr, die etwa um 100 Millionen pro Jahr beläuft, ein Zeichen des erhöhten industriellen Kohlenverbrauches in Rußland, während dieser ganzen Zeit nur sehr wenig zurück. Eine erhöhte Bedeutung erhalten diese im Verhältnis zur Bevölkerungszunahme allerdings noch immer sehr niedrigeren Ziffern, wenn man den außerordentlich starken industriellen Verbrauch von Holzkohle und Naphthalinderivaten mit in Rechnung zieht. Die Naphtha- und Petroleumförderung nimmt wegen Kohlenmangels in dem zentralen Rußland sehr bedeutend zu, und die Naphtha-Produktion selbst hat sich quantitativ als ebendertige oder gar überlegene Rivalin der amerikanischen Petroleumindustrie entwickelt. Nach der Zusammenstellung des oben erwähnten Rohschach, dessen Artikel diese Zahlenangaben zum Theil entnommen sind (werthvolles, allgemein zugängliches Material bietet auch ein Aufsatz des russischen Professors Tschajew im letzten November- und Dezember-Heft der „Preussischen Jahrbücher“), hat Rußland im Jahre 1893 bereits 377 Millionen Pud Petroleum geliefert, während die allerdings durch Kartellierung künstlich beschränkte amerikanische Förderung nur 236 Millionen Pud betrug. Die russische Maschinenbau-Branche steigerte den Werth ihres Jahresproduktes von noch nicht 80 Millionen Rubel im Jahre 70 auf 50 Millionen im Jahre 91. Eine ähnliche Entwicklung haben auch viele andere Industriezweige in Rußland durchgemacht.

Hand in Hand ging damit, wie das zur Michuimogoroder Ausstellung erschienene amtliche Werk über Rußlands Produktion im einzelnen erkennen läßt, eine entschiedene Tendenz zur großkapitalistischen Konzentration der Produktionsmittel. In der Baumwollindustrie vor allem haben sich wahre Riesenbetriebe gebildet. Schulye-Gävernitz, der das zentrale Rußland aus eigener Anschauung kennt, schildert sie als einjam liegende Fabrikanlagen von 10 und 12 000 Einwohnern. Die Fabrikgebäude sind 4 und 6 Stock hoch, neben ihnen erheben sich gewaltige Arbeiterkasernen mit großen Schlafsälen, wo die elenden, der Unternehmervergeltung hilflos preisgegebenen Arbeiter, Männer und Frauen kampieren. Kreditwesen und Eisenbahnbau haben gleichfalls, der industriellen Bewegung entsprechend, zugenommen.

Der kapitalistische immer höher wachsende Ueberbau erhebt sich auch auf der Grundlage eines fürchterlichen, das proletarische Elend Westeuropas noch weit überragenden Massenelends. Der Bauer Rußland, der in primitivster Weise ohne Düngung und mit unralem Hackensystem den mit Steinen überlasteten Boden bearbeitet, ist in gedrücktester Lage; oft nimmt die Steuer den ganzen Ernte-Erlös fort und es müssen, um den harten Gläubiger Staat zufrieden zu stellen, ruhmirende Schulden vom Bauer gemacht werden. Die Landtheilungen der bäuerlichen Gemeinde des einst so viel gerühmten Mir, der für die Steuern seiner Mitglieder solidarisch haften, dienen selbst nur dem Zweck der Steuerverbringerung. Der Druck der Steuerlast wird durch die Unproduktivität der russischen Bauernarbeit natürlich noch gewaltig erhöht, so schätzt

man z. B., daß, auf den Kopf der landwirtschaftlichen Bevölkerung berechnet, in Rußland nur ein Zehntel der Getreide das in den Vereinigten Staaten erzielten Erntebetrages produziert wird.

Die Lage der industriellen Arbeiter, die aus diesem verelendeten Bauerntum hervorgehen und das Band mit dem Lande noch nicht gerissen haben, ist entsprechend elend. Größtentheils sind sie noch Mitglieder des Mir und kehren von Zeit zu Zeit zur bäuerlichen Arbeit zurück. Die Löhne sind ebenso jämmerlich niedrig, wie die Arbeitszeit lang ist. Aber trotz alledem regt und rührt sich, wenigstens in der Arbeiterschaft der großen Städte, bereits der westeuropäische Geist des Klassenkampfes. Das Vorjahr brachte den großen Petersburger Streik und das neue Jahr leitet sich durch Streikbewegungen ein. Die russische Presse darf nichts davon berichten, aber man weiß, daß die sozialistischen Ideen, die erst nur gewisse Kreise der russischen „Intelligenz“ ergriffen hatten, nun mehr und mehr an Werbekraft unter dem großstädtischen Proletariat Rußlands gewinnen. Die Flugblätter der Streikbewegung sind jetzt wie im Vorjahre unterzeichnet von dem „Verein für den Kampf um die Befreiung der arbeitenden Massen“. Wie der russische Kapitalismus gleich die entwickeltesten Formen großindustriellen Betriebes aus dem westlichen Europa übertrug, so kann das russische Proletariat die entwickeltesten Formen proletarischen Klassenbewußtseins aus eben dieser westeuropäischen Welt hinübernehmen. Hoffen wir, daß dem Sturmsturm des russischen Kapitalismus in nicht zu ferner Zeit ein Sturmschritt der russisch-proletarischen Bewegung entsprechen werde, der dieses gewaltige und gefährliche Bollwerk der Reaktion in seinen Grundfesten erschüttert. C. S.

Das deutsche Zucker-Syndikat.

Man schreibt uns: Die Zuckerindustrie will nicht zur Ruhe kommen. Man sollte meinen, daß die Zuckerindustriellen, die mit Liebesgaben förmlich gemästet werden und denen erst vor ganz kurzer Zeit wieder ein recht fetter Wirt in Gestalt des neuen Zuckersteuer-Gesetzes auf Kosten der Allgemeinheit spendiert worden ist, nun doch endlich einmal genug belämen. Weit gefehlt! So lange die Zuckerindustrie in Beratung Rand, verbietet sich die Herrschaft sein still und thut so, als ob sie sich in ihrer „Noth“ selbst in keiner Weise helfen könnten und nur auf die Hilfe des Staates angewiesen wären. Sobald aber die Vorlage Gesetz geworden war und so dem deutschen Steuerzahler glücklich wieder einige Millionen entzogen und in die weiten Taschen der Zuckerbarone hinübergeleitet worden waren, da fing die ganze noble Gesellschaft nordwärts auf das Gesetz an zu schimpfen, weil sie bei dem Ausbruch eigentlich auf die doppelte Beste gerechnet hatte.

Jetzt wurde die Parole ausgegeben: Der Staat will uns nicht helfen, also müssen wir uns selbst helfen! Seien wir deshalb einig, da wir im Grunde genommen doch alle den Profit lieben, und gründen wir Syndikate! Sofort tauchten zwei Syndikatsprojekte auf und mit Feuereifer wurde für sie Propaganda gemacht. Beide hatten natürlich den Zweck, die Konsumenten noch ärger zu schröpfen und ihnen das wichtige Lebensmittel Zucker noch mehr zu verteuern. Die Kandidaten es bereits jetzt in dieser Beziehung recht, darüber sind fürzlich in der französischen Kammer, in der auch wieder einmal zur Abwechslung ein Zuckersteuer-Gesetz zur Beratung steht, das den französischen Zuckerindustriellen erneute Millionen in den Schoß werfen will, einige lehrreiche Zahlen in Erinnerung gebracht worden.

Die drei hauptsächlichsten Zuckerproduktions-Länder Europas sind bekanntlich Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Frankreich. Und wie steht es mit dem Zuckerverbrauch in diesen Ländern? Der jährliche Durchschnittskonsum auf den Kopf der Bevölkerung beträgt in Deutschland 12 Kilogramm, in Frankreich 10 Kilogramm und in Oesterreich-Ungarn 9 Kilogramm. In England dagegen, das überhaupt keinen Zucker produziert, werden jährlich pro Kopf 40 Kilogramm Zucker konsumiert. Dieser Unterschied ist so außerordentlich groß, daß er einen tiefen Grund haben muß. Und den hat er auch. Der Engländer kann das Kilogramm deutschen oder französischen Zuckers für 25 Pfennige und darunter kaufen, während der Deutsche genau denselben Zucker mit 60—70 und der Franzose gar mit 80—90 Pf. bezahlen muß.

Diese Thatsache könnte man noch mit einem gewissen Gleichmuth hinnehmen, wenn die riesige Differenz in die Taschen des Staates fließen würde. Man könnte sich dann bei jedem Stück Zucker, das man in den Kaffee wirt, mit Vergnügen sagen, daß man wieder einmal die „vornehme“ Bürgerpflicht, das Steuerzählen, erfüllt habe. Aber die Sache verhält sich ganz anders. Der Staat zieht die Differenz wohl in Steuerform ein, aber den Löwenanteil davon zahlt er den Zuckerindustriellen als Prämien aus.

Aber das genügt den Herren, wie gesagt, noch nicht. Sie wollen mehr und immer mehr haben. Und das konnten sie nach ihrer Meinung am besten dadurch erreichen, daß sie eine jener modernen Unternehmerr-Koalitionen gründeten, die sich nach und nach auf allen Industriegebieten einstellen, wenn die freie Konkurrenz ihre mörderische Wirkung in genügender Weise gethan hat.

Man kann heute schon trotz der erfolgten Gründung des deutschen Zuckersyndikats mit Bestimmtheit sagen, daß die Syndikatsbestrebungen innerhalb der Zuckerindustrie gescheitert sind und daß sie auf lange Zeit hinaus keine Aussicht haben, zur Ausführung zu gelangen.

Der Grund hierfür liegt darin, daß die freie Konkurrenz in der künstlich aufgepöppelten Zuckerindustrie noch nicht genügend hat wirken und mit den Kleinen in der Industrie hat aufräumen können. Doch ist sie trotz der außerordentlichen Begünstigung der kleinen Fabriken durch die Gesetzgebung rastlos an der Arbeit, und es ist keine Frage, daß sie mit der Zeit auch die Zuckerindustrie den gleichen Gang der Entwicklung führen wird, den andere Industrien bereits durchgemacht haben. Und dann wird auch für die Zuckerindustrie die Zeit der Syndikate gekommen sein.

Gegenwärtig zählt man in Deutschland rund 400 Rohzuckerfabriken, die unter den aller verschiedenartigsten Produktionsbedingungen arbeiten.

Neben gewaltig großen, musterhaft gebauten, mit den trefflichsten Maschinen ausgestattet, nach den neuesten Errungenschaften der Wissenschaft und Technik eingerichteten Fabriken giebt es kleine, verbaute, werthlose Querschnitte, die kaum noch den Namen einer Fabrik verdienen und die sich wundern und ein großes Jeter-Mordis über die Nothlage der „nationalen“ Industrie anschlagen, wenn sie mit Verlust arbeiten.

Im allgemeinen befindet sich der Osten dem Westen gegenüber in günstigerer Lage. Der Boden ist dort noch nicht so ausgebeutet wie in den alten westlichen Kulturgegenden, die Fabriken sind dort durchweg neuer, größer und besser eingerichtet und lastet nicht die Entschärfung, die Arbeiter-Ausbeutung wird in Ostelbien mit größerem Raffinement und größerer Rücksichtlosigkeit betrieben als im Westen, was auf die Bilanz der Zuckerfabriken des Ostens natürlich einen recht vortheilhaften Einfluß hat. Mit 400 Theilnehmern, noch dazu von außerordentlich verschiedenem wirtschaftlichen Potens, läßt sich kein Syndikat bilden

und noch weniger auf die Dauer ausreicht erhalten. Gewiss haben alle, auch die Großen, ein gewaltiges Interesse daran, die Konsumenten auszunutzen; noch näher am Herzen liegt es aber den Großen, zunächst einen Theil ihrer Konkurrenten niederzuwerfen und zu vernichten. Das Bedürfnis der Syndikatsbildung beginnt bei den Großen erst dann, wenn keine Aussicht mehr vorhanden ist, die Konkurrenten durch rücksichtslosen Konkurrenzkampf zu beseitigen. Soweit sind wir aber in der Zuckerindustrie noch lange nicht. Da wird noch so mancher Kleine daran glauben müssen.

Die Geschichte der beiden im „Vorwärts“ schon des öfteren erwähnten Syndikatsprojekte und auch die aller früheren bestätigt diese Auffassung. Immer sind es die wirtschaftlich Schwachen, die mehr oder weniger vor dem Bankrott stehenden, die für die Syndikatsgründung agieren, um dadurch dem Messer der Pleite, das ihnen an der Kehle sitzt, die Schneide zu nehmen; und immer sind es die wirtschaftlich Starken, die in zwar äußerlich wohlwollender — handelt es sich doch um die „nationale“ Industrie, ein Schlagwort, das sie hochhalten müssen, da sie es auch von Zeit zu Zeit gebrauchen, um sich die Staatshilfe zu sichern und ihren Profit auf diesem Wege zu erhöhen — aber im Grunde tüchler Reservearmee sich zurückhalten.

Ein sehr erbauliches Beispiel von kapitalistischer Raffinerieität war das Projekt des sogenannten Inlandzucker-Syndikats. Der Zweck desselben war, den Inlandspreis des Verbrauchszuckers

in die Höhe zu treiben und damit den Profit der Raffinerien zu erhöhen. Natürlich war das nur möglich, wenn sich alle Raffinerien dem Syndikats anschlossen. Das erschien jedoch aussichtslos, da es den großen Raffinerien näher am Herzen lag, eine Reihe von Konkurrenten tot zu konkurrieren. Deshalb wurde folgender Plan ausgedacht: Das Syndikat wollte einen erheblichen Theil seines Raubes, den es den Konsumenten abzugeben hoffte, den Rohzuckerfabriken überlassen, wofür diese sich zu der einzigen Gegenleistung verpflichten sollten, den dem Syndikats nicht angehörenden Raffinerien keinen Rohzucker zu liefern. Wenn es gelungen wäre, alle oder doch fast alle deutschen Rohzuckerfabriken durch dieses lockende Versprechen zu ködern, so wären allerdings die widerstrebenden Raffinerien, falls sie ihren Betrieb nicht einstellen wollten, gezwungen gewesen, sich dem Syndikats anzuschließen, da sie sonst aus dem Inlande keinen Rohzucker bekommen und an der Einfuhr ausländischen Rohzuckers durch den Schutzzoll gehindert sind. Dann hätte das deutsche Volk sein blaues Wunder erleben können. Nach mühsigen Schätzungen wäre der Preis des Zuckers sofort um etwa 15 Pf. pro Kilogramm in die Höhe gegangen. Da sich jedoch nur ein Viertel der deutschen Rohzuckerfabriken bereit erklärte, mitzumachen, so wurde glücklicherweise nichts aus dem Inlandzucker-Syndikat.

Das andere, das deutsche Syndikat, das jetzt von Rohzuckerfabrikanten gegründet worden ist, hat den Zweck, ebenso wie

die in Oesterreich gegründete „Genossenschaft der Oesterreichisch-ungarischen Zuckerraffinerien“, den Preis des Zuckers durch kaufmännische Regelung des Angebots und des Abfahes zu erhöhen. Natürlich ist auch dabei eine Wirkung nur bei großer Beteiligung möglich. Die 151 Fabriken aber, die das Syndikat gegründet haben, betragen nur 38 pCt. der deutschen Fabriken und repräsentieren, was besonders bezeichnend ist, gar nur 24 pCt. der deutschen Rohzuckerproduktion. Also gerade die kleinsten Betriebe, die schwer um ihr Dasein ringen müssen, haben sich in überwiegendem Maße beteiligt, während die großen fern geblieben sind. Und damit ist das deutsche Zuckersyndikat von vornherein zu vollkommener Bedeutungs- und Wirkungslosigkeit verdammt. Die Vorteile, die das Syndikat etwa bieten könnte — in Wirklichkeit wird davon kaum die Rede sein — kämen ohne weiteres auch den Nichtmitgliedern in vollem Maße zu gute, ja sogar in noch höherem Maße, da sie ihre freie Beweglichkeit behalten und jeden Vorteil ausnützen können, während die Syndikatsmitglieder durch alle unglücklichen komplizierten Beschränkungen in ihrer freien Beweglichkeit gehindert werden.

Schon das allein wird die Mitglieder des Syndikats veranlassen, sich nach und nach von ihm zurückzuziehen, und mit so großem Lärm das Syndikat auch in die Welt getreten ist, es wird sicherlich bald wie ein schwaches Licht im Sturm des wirtschaftlichen Kampfes verlöschen.

Urania, Tauben-Strasse
No. 48-49.
Naturhistorische Ausstellung
täglich geöffnet von 10 Uhr vorm. ab.
Eintritt 50 Pf.
Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.

Theater.
Sonabend, den 6. Februar.
Opernhaus. Bajazz. Phantasia
im Bremer Rathstheater.
Zahnpflichthaus. Die Heilige.
Deutsches. Moritur.
Zahnpflicht. Ein Volkstheater.
Berliner. Nachmittags 3 Uhr:
Nebenbühne. Abends 7 1/2 Uhr:
Nebenbühne.
Festung. Das Oidensband. (Le
Raban).
Westen. Der Raub der Sabine-
rinnen.
Neues. Marcelle.
Residenz. Affisch. Vorher: Die
trollische Forderung.
Central. Eine wilde Sache.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die
Grille.
Thalia. Frau Lieutenant.
Alexandereplatz. Eine pilante Ghe-
tend. Die Stunde der Versuchung.
Parodie. Genoveva.
Volks. Von Stufe zu Stufe.
Passage-Panoptikum. Traumbilder.
Spezialitäten.
Apollo. Spezialitäten.

Belle-Alliance-Theater
Volks-Vorstellung
unter Regie von Julius Türk.
Sonntag, den 7. Februar, nachmittags
3 Uhr: Zum ersten Male:
Das Mädchen von Heilbronn.
Von Heinrich von Kleist.
Mädchen: Wilhelma Wagner. Beter
v. Straßl. Heinrich Frey. Rheingraf
v. Stein: Rich. Hergas, Theobald:
Wid. Ruff.
Eintrittskarten 4 50 Pf. sind in
den bekannten Zeitungen zu haben.

Waller-Theater
(Wallner-Theater).
Sonabend, abends 8 Uhr: Ein
Volkstheater.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Ein
Wintermärchen.
Abends 8 Uhr: Ein Schritt vom
Wege.

Friedrich-Wilhelmst. Theater.
Zum ersten Male: Die Grille.
Schauspiel in 5 Akten von Charlotte
Birn-Pfeiffer.
Sonntag nachm. 4 Uhr: Dorf und
Stadt. Schauspiel in 5 Akten von
Charlotte Birn-Pfeiffer. Abends 8 Uhr:
Die Grille.
Montag: Die Grille.
Billets sind ohne Vorbestellung
schon drei Tage vorher an der Theater-
kasse zu haben. Außerdem im In-
validenbau, Unter den Linden 24, bei
Paul Kowalek, Veltzingerstr. 6, und
Julius Vengenfeld, Ratzenstr. 60.

Thalia-Theater.
(vormals Adolph Ernst-Theater).
„Frau Lieutenant.“
Schauspiel in drei Akten von Paul
Fertier und Anton Pars.
Deutsch von Hermann Bischof.
Ruff von G. Serpette und B. Roger.
Morgen und folgende Tage: „Frau
Lieutenant.“
Sonntag, nachm. 3 Uhr: Trilby.

Volks-Theater
34 Reichensbergerstr. 34.
Vierdehntausend Köstlicher Thor.
Sonabend, den 6. Februar,
abends 8 Uhr:
Zum vierten Male in glänzender
Ausstattung:
Von Stufe zu Stufe.
Lebensbild mit Gesang von
Dr. Hugo Müller. Musik von
H. Biel, die neuen Couplets und
Gesangsnummern v. H. Broder,
komponirt von H. Thiele.
Regie: August Reiff.
Preis der Plätze: Prosce-
loge 3 W. Parquetloge 2 W.
Parquet, Mittelrang-Baum.
und 1. Rang-Baum 1 W. 50 Pf.
Mittelrang und 1. Rang 1 W.
Tribüne 75 Pf. Entree 50 Pf.

Ostend-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 122. Dir. C. Weisk.
Deutscher: 2. Volks-Vorstellung zu
kleinen Preisen: Die Stunde der
Versuchung. Lebensbild m. Gesang.
Aufang 8 Uhr.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr, zu
hoh. Preisen: Der deutsche Michel.
Abends: Der Walküren. —
Montag, 3. Volksvorstellung zu kleinen
Preisen: Schwerenöther. Anf. 8 Uhr.

Central-Theater.
Alle Jakobstr. 30. Dir. Rich. Schulz.
Sonabend, den 6. Februar er.:
Zum letzten Male:
Emil Thomas a. G.
Benefiz für Robert Guthery.
Zum 117. Male:
Eine wilde Sache.
Morgen: Zum 1. Male: Novität!
Ein adeliger Abend.
Aufang 7 1/2 Uhr.

Berliner Possen-Theater
Münzstrasse 17.
(Eingang Königsgraben.)
Direktion: Joseph Klinger
und Leonhard Gadel.
Heute geschlossen!
Morgen: Der Glück-
macher. — Der Lumpenball.
Entree 50 Pf.
Die Direktion.

Concordia Variété-Theater
Brannenstr. 154.
Täglich: Grosse Theater- und
Spezialitäten-Vorstellung
Das beste Programm d. Nordens.
U. a. G. W. Carré, brillante
Doppel-Fongleur.
Mira Barrmann, die feine Soubr.
Otto Buddel, gefüllt nach wie vor.
Neu einstudirt:
Bomben und Granaten, Pöste.
Aufang Wochentags 7 1/2 Uhr.
Sonntags 6 Uhr.
Umtausch-Billets haben Gültigkeit.

Lumpe-Gastspiel
Parodie-Theater
Oranienstr. 52.
Jeden Abend 8 Uhr die Novität:
Genoveva, Walsgrillen am Rhein,
oder: Ein schwer gepörschtes Frauen-
berg. Großes Nitterdrama in 5 Akten.

Circus Renz
Karlstrasse.
(Jubiläum-Zeison 1896/97.)
Sonabend, den 6. Februar 1897.
Abends 7 1/2 Uhr:
Parade-Gala-Vorstellung.
Aufführung der Novität:
Durchschießender Krieger!
Aus der Mappe
eines
Riesengebirgs-Phantasia.
Eine romantisch-phantastische
Gandlung. Von Direktor Franz
Renz und dem großherzoglich hes-
sischen Hofballmeister Aug. Siems.
Außerdem die hervorragendsten
Nummern des Repertoires. 4 arab.
Schimmelreiter, dress. und vorgef. von
Dir. Fr. Renz. Eine Schil-
quadrille, ger. von 8 Herren. Freilich-
lingsreigen, geritten von 5 Damen.
16 Spring-Akrobaten, Webr. Char-
lottenried. Deutschlands größartige
Kulturturner.
Sonntag, den 7. Februar 1897:
2 grosse Vorstellungen. 2
Nachmittags 4 Uhr: (Erwähigte
Preise und 1 Kind unter 10 Jahren
frei.) Lustige Blätter. Finale:
Großes elektrisches Ballet.
Abends 7 1/2 Uhr: Aus der Mappe
eines Riesengebirgs-Phantasia.

Sternwarte
Invalidenstr. 57/52
Lehrer Stadtbahn-
hof. Täglich von 7 1/2 Uhr abends
50 Pf. Im Theater-Saal täglich
8 Uhr abends Vorträge, mit Experi-
menten u. gr. Lichtbildern ausgestattet.
Näheres die Tagesanschlage.

Passage-Panopticum.
Affen-Theater
und Zirkus.
Vorstellungen
um 5 und 7 Uhr.

Castan's
Panopticum.
Pygmäen
die kleinsten
Menschen der Welt!
Damen-Wettswimmen.

Werestochagin-Ausstellung
Napoleon I. in Russland 1812
Altes Reichstags-Gebäude
4 Leipzigerstr. 4.
Geöffn. v. 11 vorm. b. 4 Uhr ab.
Entree 50 Pf.

Alexandereplatz-Theater.
Kleine Preise. Heute und die
folgenden Tage: Eine pilante Ghe-
tend. Berliner Pohe mit Gesang und Tanz
in 4 Akten von Eugen Prubens.
Morgen, nachmittags 4 Uhr:
Nebenbühne. Original- Zaubern-
märchen mit Gesang und Tanz in
6 Bildern von Heinrich Volten-Bäcker.
Aufang 8 Uhr — Sämmtliche aus-
gegebenen Boms, auch die zu anderen
Stücken ausgegeben sind, behalten
ihre Gültigkeit.
Billets sind schon 3 Tage vorher, ohne
Vorbestellung, an der Theaterkasse
zu haben. Vormittags 11-1/2 Uhr.
Abends von 7 1/2 Uhr an.

Berliner Possen-Theater
Münzstrasse 17.
(Eingang Königsgraben.)
Direktion: Joseph Klinger
und Leonhard Gadel.
Heute geschlossen!
Morgen: Der Glück-
macher. — Der Lumpenball.
Entree 50 Pf.
Die Direktion.

Concordia Variété-Theater
Brannenstr. 154.
Täglich: Grosse Theater- und
Spezialitäten-Vorstellung
Das beste Programm d. Nordens.
U. a. G. W. Carré, brillante
Doppel-Fongleur.
Mira Barrmann, die feine Soubr.
Otto Buddel, gefüllt nach wie vor.
Neu einstudirt:
Bomben und Granaten, Pöste.
Aufang Wochentags 7 1/2 Uhr.
Sonntags 6 Uhr.
Umtausch-Billets haben Gültigkeit.

Lumpe-Gastspiel
Parodie-Theater
Oranienstr. 52.
Jeden Abend 8 Uhr die Novität:
Genoveva, Walsgrillen am Rhein,
oder: Ein schwer gepörschtes Frauen-
berg. Großes Nitterdrama in 5 Akten.

Circus Busch
Bahnhof-Börse.
Sonabend, den 6. Februar,
Abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung.
Nach Sibirien.
Sensationeller Erfolg!
Aufführung: Zum 1. Male:
Hermans Castagna, excent.
musikal. Clown. Hippolog. Konstre-
Tableau, dress. und vorgef. von
Dir. Busch. 4 arab. Schimmelreiter
als Schausteller, dress. und vorgef.
von Dir. Busch. Alligator, ostr.
Beinh. und der ungar. Volkstänzer
Balar, dress. und geritten von Herrn
Foscht-Burgardt. Jahrb. auf.
Festst. ger. v. Herrn Salamonski.
Spezialitäten 1. Ranges. Vortägliche
Klownen.
Morgen: 2 Vorstellungen. Nach-
mittags 4 Uhr (1 Kind unter 10 Jahren
frei): Pöste. — Abends 7 1/2 Uhr:
Nach Sibirien.

Welt-Restaurant
Variété- und Spezialitäten-
Theater.
Tredenerstr. 97.
Im vorderen Saal täglich bei freiem
Entree:
Grosses Künstler-Konzert
Im großen Theateraal:
Berliner Sportmädels.
Ausstattungs-Bureau mit Gesang
Aufang: Entree:
Wochent. 7 1/2 Uhr. Wochentags 20 Pf.
Sonntags 6 Uhr. Sonntags 30 Pf.

Feen-Palast, Burg.
Direktion Winkler & Fröbel.
Täglich mit großem Erfolge!
Die uralte Gesangsposse:
Eine tolle Nacht.
Unter Mitwirkung von
Rich. Winkler u. Wilhelm Fröbel.
Dazu das unübertrefflich, brillante
riesengroße
Februar-Programm.
Aufang 7 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr.
Entree 30 Pf. Reservirt 50 Pf.

Schippanowsky's
Deutsche Konzerthallen
Spandauer Brücke 3.
Neue Ausstattung!
!! Im Frühlingglanz!!
Täglich populäre Konzerte der gelamm.
Kapellen, u. K. der 3 Mann Saxen
Verlagerei: Truppe.
Theater-Abtheilung:
Aufstren von Humoresken, Komikern zc.
Täglich Anstich von
Bock-Bier
aus der
Berliner Bock-Bräuerei.

Kaufmann's Variété
Neues Programm!!!
Der kleinste Circus der Welt.
Real Wasser-Pantomime.
D. Einführung a. d. Trachtenklucht.
Mr. Patty Antipode.
Lorch-Truppe,
Rose und Jules,
B'laek und White,
Geschw. Emilon,
Geschw. Gorelly,
Edi Blum
und 25 Güte-Nummern.

Apollon-Theater.
Vollständig neues Programm.
Aufstren der berühm. spanischen
Tänzerin
Carmencita,
sowie des engl. Schönheits-Tänzer
The 5 Lorrison,
genannt: Das Empire-Quintett.
Kinolograph mit vollständig
neuer interessanter
Silber-Serie.
Erster: 12 Debuts.
Kahneröffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.
Restaurant
Umstände halber zu verkaufen Michael-
straße 1. 3112b



Alcazar
Variété und Spezialitäten-
Theater 1. Ranges.
Tredenerstr. 52/53 (Circus-Passage)
Münzstr. 42/43.
Sensationelles, neues Programm.
Unter anderem: Die unerreichten,
großartigen Kunststücke
Brothers Clewers, Robin
& Berat, Barnum & Bellay.
Großes Konzert
eines volkst. Dichters mit pers. Vert.
des Kapellmeisters Martin Stein.
Die Feiertage behalten Gültigkeit.
Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 6 Uhr.
Entree 30 Pf. Die Direktion.
Klagen, Eingaben, Zahlungsbelege
sehr billig Rechtsbureau Bankstr. 6.

Volksgarten
(früher: Weimann's Volksgarten)
Gesundbrunnen, Badstr. 56.
Mit dem heutigen Tage habe ich das obige Etablissement in
eigene Regie übernommen und stelle dasselbe den verehrlichen Vereinen
und Gesellschaften beifolgend Abhaltung von Winter-Bergnügungen
und Sommerfesten, sowie Vereins-Versammlungen, Hoch-
zeiten zc. zu den kulantesten Bedingungen zur Verfügung.
Es finden während der Sommer-Saison wie bisher täglich
Konzerte, Theater- und Spezialitäten-Vorstellungen statt.
Das ganze Etablissement wird durchwegs renovirt, mit allen
Verbesserungen der Neuzeit und elektrischem Licht ausgestattet,
und da für Küche und Keller auf das Beste gesorgt ist, dürfte der
Aufenthalt in meinem Etablissement den weitgehenden Ansprüchen
genügen.
Besuch persönlicher Rücksprache wegen Ueberlassung der
Lokalitäten bin ich täglich Vormittags in meinem Bureau, Badstr. 56,
zu sprechen.
Hochachtungsvoll J. Zernik, Direktor.
Telephon II. Nr. 2136.

Direct von Aachen!
weltberühmt durch elegante u. reelle Tuche, versenden
wir zu — anerkannt niedrigen Preisen — Herren-
Anzug- und Paletotstoffe vom einfachsten bis
zum elegantesten. Vorzügliche Musterwahl franco an
Jedermann! Zahllose Empfehlungen aus allen Kreisen
beweisen unsere Reellität!
uns. bekannte Spezialität, kosten
3/2 Met. schwarz, blau od. braun zu
einem godieg. Anzug 10 M.
Anerkennungsschreiben u. Nachbestellungen tägl!
Wilkes & Cie, Tuchindustrie, Aachen No. A. 78.
Riffen genau zu adressiren.

Reell und billig
kauft man in der Norddeutschen Schuh-
fabrik von W. Hilschke, ge-
gründet 1872, Stallstr. 13, Ecke
Admiralstraße, am Rottbuser Thor.

Musikinstrumente
aller Art. Vortheilhafte
Bezugsquelle. Garantie. Instr.
Fracht-Katalog 112 Seiten portofrei.
G. Schubert & Co.
Berlin SW., Benthstr. 17. I.
(Sein Vaden.) 9822*

Herren-Hüte 65 Pf.
Bessere Güte, enorm billig.
Verkauft aus der Fabrik
im Komptoir
Barnim-Str. 45,
Kassanien-Allee 101.
Sonntags geöffnet.

Jede Uhr
repariren und reinigen
solltet bei mir unter
Garantie d. Gehens
nur 1 Mark 50 Pf.
außer Bruch, keine Reparaturen
billiger. Großes Lager neuer und
gebrauchter Taschenuhren, Regu-
latoren und Werke, alle Arten
Reiten, sowie Brillen u. Vincenz.
Carl Lux, Uhrmacher,
35 Chaussee-Str. 35.

Für 36 Mark
feinere Anzüge nach Maß. Für 30 W.
7. Sommer-Paletot nach Maß. Für
8-12 W. feine Hosen nach Maß.
Gehrod-Anzüge zu billigen Preisen.
Groß-Stocklager. 9852*

Hackescher Markt 4, J. Brünn Am Stadtbahnhof „Börse“.
Nach beendeter Inventur gelangen nunmehr große Lagerbestände meiner
Leppiche! Gardinen! Steppdecken!
Fertige Wäsche! Leinwandwaren!
zu ganz aussergewöhnlich billigen Preisen zum
Ausverkauf!